

Abgeordnetenhaus B E R L I N

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

94. Sitzung
5. Dezember 2025

Beginn: 10.00 Uhr
Schluss: 16.37 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, zu Tagesordnungspunkt 9 – Stichwort: Fortsetzung der Haushaltsberatungen – seien folgende Änderungsanträge eingegangen: zum Einzelplan 27 Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 CF –, Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CT –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DG –, zum Einzelplan 03 Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CG – und Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DB –, zum Einzelplan 25 Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CR –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DC –, zum Einzelplan 05 Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DH –, Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV –, zum Einzelplan 06 Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CI –, Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CN –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 CZ –, zum Einzelplan 07 Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DE –, zum Einzelplan 08 Ände-

rungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CK –, Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CP –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DF –, zum Einzelplan 09 Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CL –, Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CY –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DD –, zum Einzelplan 12 Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CM –, Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CQ –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 CX –, zum Einzelplan 15 Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CS –, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DA –, zum Einzelplan 25 Änderungsanträge der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CU –, Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CW – sowie Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 DI –. Als Tischvorlage liege eine Vertagungsliste der Koalitionsfraktionen vor.

Der **Ausschuss** stimmt den Ergänzungen und Änderungen der Tagesordnung aus den beiden vorliegenden Mitteilungen zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, das Ausschuss habe sich im Vorfeld darauf geeinigt, die mitberatenen Berichte a – rote Nr. 2169 –, b – rote Nr. 2213 B – und c – rote Nr. 1645 G – – Stichwort: Grundsteuer – unter Tagesordnungspunkt 9 – Kapitel 2900 – zur Sitzung am 10. Dezember zu vertagen.

André Schulze (GRÜNE) beantragt, den Bericht – rote Nr. 2535 – Stichwort: Umgang der BIM mit der Grundsteuer – ebenfalls auf diese Sitzung zu vertagen.

Der **Ausschuss** stimmt der Vertagung zu.

Finanzen – 15

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 1 zur Sitzung am 10. Dezember 2025 vertagt worden sei und der Tagesordnungspunkt 1 A gegen 13 Uhr aufgerufen werde.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2642	<u>w,vs</u> Haupt DiDat
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anstalt des öffentlichen Rechts IT- Dienstleistungszentrum Berlin (in der 90. Sitzung am 14.11.2025 zur Sitzung am 05.12.2025 vertagt)	

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass eine Beschlussempfehlung des Ausschusses DiDat vom 22. September 2025 vorliege, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen – einstimmig mit allen Fraktionen.

Stefan Ziller (GRÜNE) merkt an, dass das neue Gesetz dem ITDZ nach Zustimmung des Hauptausschusses die Bildung von Rücklagen ermögliche. Wie sehe das senatsinterne Verfahren aus? Lege das ITDZ dem Hauptausschuss die Vorlage direkt vor, oder erfolge weiterhin eine Prüfung durch die SenFin? Ziel müsse sein, die „Ping-Pong-Schleifen“ zwischen Senatskanzlei, SenFin und ITDZ aufzulösen und die Handlungsfähigkeit des ITDZ zu stärken.

Franziska Brychey (LINKE) erkundigt sich, wie sich die neuen Ergebnisprognosen auf die Liquidität des ITDZ auswirke und ob bereits Gegenmaßnahmen ergriffen worden seien. Falls noch kein Folgebericht beauftragt worden sei, bitte sie um einen Bericht zu Quartalsberichten, Prognosen und Jahresabschluss.

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet darum, die Satzung des ITDZ im Januar 2026 dem Hauptausschuss vorzulegen. Werde der Senat im Verwaltungsrat auf transparente und aussagekräftige Preise im Sinne des Benchmark-Berichts hinwirken?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) betont, dass das neue Gesetz das Mitspracherecht bei der Preisgestaltung stärken solle, um mehr Transparenz und angemessene Preise zu erreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Satzung des ITDZ dem Ausschuss im Januar vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung –, Drucksache 19/2642, gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Digitalisierung und Datenschutz zu empfehlen. Die Dringlichkeit werde empfohlen.

Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – 07

Punkt 3 der Tagesordnung

Schreiben SenMVKU – IV C 51 – vom 12.11.2025

2526

Verlängerung des bestehenden

Haupt

Dienstleistungsvertrags mit der ARGE Center

Nahverkehr Berlin GbR für die optionalen

Zusatzleistungen („Unterstützungsleistungen

S-Bahn-Vergabe“)

hier: Zustimmung

gemäß Auflage A. 20 – Drucksache 19/1350 zum

Haushalt 2024/25

(in der 93. Sitzung am 03.12.2025 vertagt)

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben – rote Nr. 2526 – wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 4 der Tagesordnung

Austauschfassung zur roten Nummer 2534
Schreiben SenWGP – IV D 5 – vom 26.11.2025
Verlagerung von Sperren bei Kapitel 0940
hier: Austauschfassung

2534-1
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben – rote Nr. 2534-1 – wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung

Schreiben SenWGP – V D 4 – vom 27.11.2025
**Charité, Herrichtung von Bestandsflächen für das
Friede Springer Cardiovascular Prevention Center
at Charité (FS-CPC), CBF**
Antrag zur Aufhebung einer Sperre
gemäß § 8 Haushaltsgesetz 2024/2025 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 10 und A. 17 –
Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/2025

2537
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben – rote Nr. 2537 – wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2680
**Rahmenvertrag mit dem Studierendenwerk Berlin
über die Haushaltsjahre 2026 bis 2029**

2440
Haupt(f)
WissForsch

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass eine Stellungnahme des Ausschusses Wissenschaft und Forschung vom 1. Dezember 2025 vorliege – mehrheitlich mit CDU und SPD gegen GRÜNE und LINKE bei Enthaltung AfD –, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen.

André Schulze (GRÜNE) bittet darum, zum 31. März 2026 die Bemühungen des Landes Berlin und des Studierendenwerks zur Nutzung von Förderprogrammen für den Neubau und die Bestandssanierungen darzustellen und die Umsetzung des Klimaneutralitätspfads des Studierendenwerks zu erläutern.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung –, Drucksache 19/2680, gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zu empfehlen. Die Dringlichkeit werde empfohlen.

Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – 11

Punkt 6 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL – vom 30.09.2025

[2426](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung von Geflüchteten

- 1. Zustimmung zur Verlängerung des Mietvertrages**
- 2. Kenntnisnahme, dass bei der Senatsverwaltung für Finanzen eine Beantragung der Umsetzung der Verpflichtungsermächtigungen aus Kapitel 1170 Titel 97101 nach Maßgabe des § 50 LHO zu den sachlich in Betracht kommenden Titeln im Kapitel 1172 erfolgt**

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25

(in der 87. Sitzung am 17.10.2025 zur Sitzung am 05.12.2025 vertagt)

vertagt zur Sitzung am 10 Dezember 2025.

Punkt 7 der Tagesordnung

a) Vertrauliches Schreiben SenASGIVA/LAF – II AbtL – vom 13.11.2025

[2504](#)

Haupt

Vertrauliche
Beratung

Weiteranmietung eines Objektes zur Unterbringung von Geflüchteten

- 1. Zustimmung zur Verlängerung des Mietvertrages**
- 2. Kenntnisnahme, dass bei der Senatsverwaltung für Finanzen eine Beantragung der Umsetzung der Verpflichtungsermächtigungen aus Kapitel 1170, Titel 97101 nach Maßgabe des § 50 LHO zu den sachlich in Betracht kommenden Titeln im Kapitel 1172 erfolgt**

gemäß Auflage A. 4 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25

(in der 92. Sitzung am 26.11.2025 zur Sitzung am 05.12.2025 vertagt)

b) Austauschseite zur roten Nummer 2504

hier: Austauschseite: Seite 5 und 6

2504-1

Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass es sich um vertrauliche Vorlagen handle und die Öffentlichkeit gegebenenfalls ausgeschlossen werden müsse.

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem vertraulichen Schreiben – rote Nr. 2504 – mit der Austauschseite – rote Nr. 2504-1 – wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 8 der Tagesordnung

Schreiben SenStadt – V D 7 – vom 05.11.2025

2538

Verlagerung der qualifizierten Sperre

Haupt

Kapitel 1250 – Hochbau, MG 05 – Titel 70160 –

Polizei und Feuerwehr; Neubau einer Kooperativen

Leitstelle auf dem Gelände Gallwitzallee;

Feuerwehrleitstelle Nikolaus- Groß-Weg, Errichtung

eines Erweiterungsbaus und Sanierung des

Bestandsgebäudes

Torsten Schneider (SPD) schlägt vor, den Tagesordnungspunkt an das Ende der Tagesordnung zu verlegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt Einvernehmen fest, dass so verfahren werde.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2026/2027 (2. Lesung Einzelplan 27 mit Nachschauerergebnis Bezirkshaushaltspläne und Restelesung)

Punkt 9 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

2400
Haupt(f)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltjahre 2026 und 2027 (Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)

hierzu:

- a) **Austauschseiten im Band 7 –** 2400-1
Drucksache 19/2627-1 Haupt
Kapitel 0730, Titel 52135 und 54059
- b) Empfehlung des UA BezPHPW vom 24.11.2025 zur Vorlage – zur Beschlussfassung – 2400 BK
Drucksache 19/2627
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltjahre 2026 und 2027 (Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)
hier nur:
II. Personaltitel, Stellenpläne und Produktdarstellungen
(ohne Änderungen)

Mitberaten werden:

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – 2401
Drucksache 19/2626 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
(überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- a1) Bericht SenFin – II LIP 6 / II BfdH (V) – vom 19.11.2025 2401 A
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)
- b) Bericht SenFin – Fin II B 13 WT – vom 25.08.2025 2400 A
IKT-Titelliste 2026/2027 Haupt

- | | |
|--|---|
| c) Bericht SenFin – II B 13 WT – vom 27.08.2025
FM-Titelliste 2026/2027 | <u>2400 B</u>
Haupt |
| d) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom 12.06.2025
Kreditermächtigungen gemäß § 3 Abs. 3 BerlSchuldenbremseG für die Jahre 2025 und 2026 für die als Extrahaushalte eingestuften Landesunternehmen
hier: Nachfragen zur Kredithöhe zum 31.12.2024 sowie zur BEN
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) | <u>2222 B</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung |
| e) Bericht SenFin – Fin II B Ne – vom 21.08.2025
Bericht zu doppelt veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen für den Doppelhaushalt 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025) | <u>2379</u>
Haupt |
| f1) Bericht SenFin – II A – vom 15.06.2025
Möglichkeiten der Schuldenaufnahme für den Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) | <u>1872 C</u>
Haupt |
| f2) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 28.07.2025
Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024 und 65. Sitzung vom 04.09.2024) | <u>1872 D</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung |
| f3) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 02.10.2025
Entwurf des Klimapakts 2025-2030 – Gemeinsame Erklärung des Landes Berlin und bedeutender Landesunternehmen zur beschleunigten Erreichung ihrer Klimaschutzziele
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025) | <u>1872 E</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung |
| g) Bericht SenFin – II B Ne – vom 17.08.2025
Budgetübersichten nach Politik- und Querschnittsfeldern für den Haushaltsplanentwurf 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) | <u>2376</u>
Haupt |

- h) Bericht SenFin – Fin II LIP 6 / II BfdH (V) – vom 20.08.2025 [2377](#)
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)
Controlling 2025 (Statusbericht)
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025)
- i) Bericht SenFin – II F 24 – vom 03.09.2025 [1905 H](#)
Neue Praxis zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)

Stefan Ziller (GRÜNE) kündigt an, Fragen zum Bericht – Budgetübersichten nach Politik- und Querschnittsfeldern für den Haushaltsentwurf 2026/2027 – rote Nr. 2376 – nachzurichten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Zweite Lesung

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 CF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27
(Die Änderungsanträge wurde den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CT](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27
(Die Änderungsanträge wurde den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27
(Die Änderungsanträge wurde den Titeln zugeordnet.)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, es bestehe kein Bedarf, die Änderungsanträge übergreifend zu begründen.

Kapitel 2703 (neu)

Neuer Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DB
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 21 Haupt

Ansatz 2026: 0
Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 21 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 300 000 Euro
2027: + 1 300 000 Euro

„a) Mehrbedarf in den Bezirken gemäß Sicherheitsgipfel

b) Ergänzung der Erläuterung: „Unter anderem für die dauerhafte Verstärkung der
Ordnungsbüros infolge des Sicherheitsgipfels stehen den Bezirken 1.300.000 Euro
pro Jahr zur Verfügung (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 21 – rote Nr. 2400 DB –
der Fraktionen der CDU und der SPD an.

Kapitel 2705 – Aufwendungen der Bezirke - Inneres und Sport –

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass das Kapitel bei der zweiten Lesung
des Einzelplans 05 am 19. November 2025 aufgerufen worden sei.

Titel 51915 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen – **Schulsanierungsprogramm (SchulSP) und** **Sportanlagensanierungsprogramm (SportSP) –**

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CH
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 9 Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, seine Fraktion habe erst verspätet erfahren, dass der
Senat im Haushalt zusätzlich 6 Mio. Euro als pauschale Minderausgabe für eine Olympiabe-
werbung einplane. Stattdessen sollten Mittel den Bezirken für den Erhalt von Sportstätten zur

Verfügung gestellt werden sollten, um Trainingsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu sichern. Viele Berlinerinnen und Berliner lehnten eine Olympiabewerbung ab oder stünden dieser zumindest kritisch gegenüber. Das Abgeordnetenhaus solle diese Debatte berücksichtigen und die Mittel in bestehende Programme investieren.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 17 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 17 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ohne Aussprache ab.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 39 Haupt

Ansatz 2026: 18 138 000 Euro
Ansatz 2027: 18 138 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 39 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026:+ 200 000 Euro
2027: + 200 000 Euro

„a) Mehr für die Planung der Neugestaltung der Sportanlage „Am Rosenhag“ in Marzahn-Hellersdorf

b) Einfügung der Erläuterung: Am Ende der bisherigen Erläuterung wird folgende neue Erläuterung hinzugefügt: „Jeweils 200.000 € in 2026 und 2027 sind für die Fortsetzung von Planungen der Sportanlage am Rosenhag vorgesehen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache an.

Neuer Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 40

Ansatz 2026: 0
Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 40 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 600 000 Euro
2027: + 600 000 Euro

„a) Pilotprojekt Schlüsselverträge

b) Einfügung der Erläuterung: „Es werden bis zu 50.000 € pro Bezirk als Pilotprojekt „Schlüsselverträge“ bereitgestellt, um Vereinen des Breitensports die Eigenbewirtschaftung von Sportanlagen zu ermöglichen bzw. zu übernehmen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 40 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache an.

Neuer Titel 70100 - Neubau der Sportbaracke an der Regattastrecke Grünau

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 41

Ansatz 2026: 0
Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 41 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 207 000 Euro
2027: + 229 000 Euro

VE 2026 + 4 273 000
Davon fällig:
2027: +229.000
2028: + 3.586.000

2029: + 458.000

VE 2027 +/- 0

„a) Neubau der Sportbaracke an der Regattastrecke Grünau

b) Einfügung der Erläuterung: „Neubau der Sportbaracke an der Regattastrecke Grünau Die Gesamtkosten werden auf 4.500.000 € geschätzt. Die Ausgaben und Verpflichtungs-ermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2029 geplant.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 41 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Neuer Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 38

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 38 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 780 000 Euro

2027: + 1 825 000 Euro

„a) Je zwei Stellen pro Bezirk für den Katastrophenschutz und die zivile Verteidigung. Bezirksamter können die Mittel nur zweckgebunden für die Schaffung und Besetzung dieser Stellen einsetzen. b) Einfügung der Erläuterung: „Je zwei A12 Stellen pro Bezirk für den Katastrophenschutz und die zivile Verteidigung“ Außerdem werden die allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 2705 entsprechend angepasst.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 38 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 2707 – Aufwendungen der Bezirke - Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass das Kapitel bei der zweiten Lesung des Einzelplans 07 am 26. November 2025 aufgerufen worden sei.

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 10

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ab.

Titel 52132 – Unterhaltung der Brunnenanlagen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DE](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 5

Ansatz 2026: 3 015 000 Euro
Ansatz 2027: 3 015 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 500 000 Euro
2027: + 500 000 Euro

„a) Ausweitung des Programms zur Instandsetzung und Pflege von Zierbrunnen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DE – ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DE](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 6

Ansatz 2026: 1 200 000 Euro
Ansatz 2027: 1 800 000 Euro

VE 2026 1 600 000
VE 2027 800 000

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 775 000 Euro
2027: + 775 000 Euro

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) Weitere Erhöhung der Ansätze zur Absicherung der Umfriedung des Görlitzer Parks, kumulativ zur Erhöhung der Ansätze in der 2. Lesung

b) Die in der zweiten Lesung bereits erweiterte Erläuterung wird vor dem letzten Satz wie folgt ergänzt: „Außerdem stehen Mittel in Höhe von 775.000 € pro Haushaltsjahr im Zusammenhang mit der Umfriedung des Görlitzer Parks (u.a. Personal und Miete Service-Häuschen) zur Verfügung (verbindliche Erläuterung).“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DE – ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 24

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 24 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ab.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DE](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 7

Ansatz 2026: 0
Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2 288 000 Euro
2027: + 2 288 000 Euro

„a) Fortschreibung des Anteils der Mittel für die Parkläufer, die im Zusammenhang mit dem Sicherheitsgipfel zusätzlich zur Verfügung gestellt wurden. Nach dem positiven Abschluss der Evaluation des Projekts werden den Bezirken zusätzlich 6.000.000 € pro Haushaltsjahr über die Globalsumme zur dauerhaften Absicherung des Projekts zur Verfügung gestellt (siehe den Änderungsantrag zu 2729/97101).“

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Die dauerhafte Installation einer Parkbetreuung ist ein wichtiger Bestandteil der Umsetzung des Handlungsprogramms der Charta für das Berliner Stadtgrün, um zusammen mit anderen Instrumenten das Stadtgrün zu stärken, Konflikte zu mindern und die Wertschätzung zu fördern. Schwerpunkt der Arbeit im Projekt Parkbetreuung ist die Förderung eines friedlichen Miteinanders unterschiedlicher Gruppen von Nutzenden, um so zur Lösung bestehender Konfliktsituationen und insgesamt zu einer Verbesserung der Lebensqualität beizutragen. Die Ausgaben können den Bezirken zur auftragsweisen Bewirtschaftung übertragen werden. Die bisherige Verteilung der Mittel zwischen den Bezirken bleibt bestehen. Weitere Mittel für die Parkbetreuung in Höhe von 6.000.000 € pro Haushaltsjahr werden bei 2729/97101 nachgewiesen.“

c) Streichung des Wegfallvermerks.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DE – ohne Aussprache zu.

Titel 97110 – Verstärkungsmittel

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 11

[2400 CJ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ab.

Neuer Titel - Thematische Untersuchungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 3

[2400 CO](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ab.

Kapitel 2708 – Aufwendungen der Bezirke - Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt –

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass das Kapitel bei der zweiten Lesung des Einzelplans 08 am 14. November 2025 aufgerufen worden sei.

Titel 68577 – Sonstige Zuschüsse an Einrichtungen der bildenden Kunst

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 27

[2400 DF](#)
Haupt

Ansatz 2026: 900 000 Euro
Ansatz 2027: 900 000 Euro

Änderungsantrag Nr.27 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +600 000 Euro
2027: + 600 000 Euro

„a) Kompensation eines Teils der Kürzungen bei den Jugendkunstschulen im Haushaltsentwurf (50.000 € mehr pro Bezirk)

b) Anpassung der Erläuterung: Der Satz „Weniger ab 2026 ggü. 2025 i. H. v. 800.000 € zur Haushaltskonsolidierung.“ wird wie folgt gefasst: „Weniger ab 2026 ggü. 2025 i. H. v. 200.000 € zur Haushaltskonsolidierung.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DF – ohne Aussprache zu.

Titel 68611 – Zuschüsse an Kinder-, Jugend- und Puppentheater

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DF](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08

hier: Nr. 28

Ansatz 2026: 1 500 000 Euro

Ansatz 2027: 1 500 000 Euro

Änderungsantrag Nr.28 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 75 000 Euro

2027: + 75 000 Euro

„a) Zusätzliche Mittel für das ABC-Begegnungszentrum in Hirschgarten im Rahmen des KiA-Programms

b) Anpassung der Erläuterung: Vor dem Gender Budgeting wird folgender Satz eingefügt: „75.000 € pro Haushaltsjahr sind für das Begegnungszentrum „ABC“ vorgesehen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DF – ohne Aussprache zu.

Kapitel 2709 – Aufwendungen der Bezirke - Wissenschaft, Gesundheit und Pflege –

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass das Kapitel bei der zweiten Lesung des Einzelplans 09 am 14. November 2025 aufgerufen worden sei.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 Haupt
hier: Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CL – ab.

Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke - Bildung, Jugend und Familie –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke - Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 2712 – Aufwendungen der Bezirke - Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen –

Neuer Titel 97110 - Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Mietpreisüberhöhung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CM – ab.

Kapitel 2713 – Aufwendungen der Bezirke - Wirtschaft, Energie und Betriebe –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 2729 – Zuweisungen an die Bezirke

hierzu:

- a) Bericht SenFin – II H / II LIP / IV A – 13.11.2025 [2400 BE](#)
Nachschau über die Bezirkshaushaltspläne 2026/2027
(in der 91. Sitzung am 19.11.2025 zur Vorberatung an den UA BezPHPW überwiesen)
- b) Empfehlung des UA BezPHPW vom 24.11.2025 zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2627
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 (Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)
hier nur:
III. Bezirkshaushaltspläne 2026/2027 [2400 BK](#)
Haupt
- c) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 CF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27
(Der Änderungsantrag wurde dem Titel zugeordnet.)
Haupt
- d) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CT](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27
(Der Änderungsantrag wurde dem Titel zugeordnet.)
Haupt
- e) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27
(Die Änderungsanträge wurde den Titeln zugeordnet.)
Haupt

Hinweis:

Die in der 87. Sitzung am 17.10.2025 angeforderten Berichte zu den Bezirkshaushaltsplänen und zum Kapitel 2729 wurden in der 41. Sitzung des UA BezPHPW am 24.11.2025 beraten und erledigt.

01 - Mitte

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Mitte [2400 E](#)
Stand: BVV-Beschluss Haupt

Keine Wortmeldung.

02 - Friedrichshain-Kreuzberg

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks [2400 F](#)
Friedrichshain-Kreuzberg Haupt
Stand: BVV-Beschluss

Keine Wortmeldung.

03 - Pankow

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Pankow [2400 G](#)
Stand: BVV-Beschluss Haupt

Keine Wortmeldung.

Mitberaten wird:

Schreiben BA Pankow – BzBm – vom 12.11.2025 [2075 C](#)
Konsolidierungskonzept für den Bezirk Pankow für Haupt
die Jahre 2026-2029
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
(in der 91. Sitzung am 19.11.2025 zur Vorberatung an
den UA BezPHPW überwiesen)

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass eine Empfehlung des UA BezPHPW vom 24. November 2025 vorliege – einstimmig mit CDU und SPD bei Enthaltung GRÜNE, LINKE und AfD –, dem Schreiben zuzustimmen.

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben – rote Nr. 2075 C – gemäß der Empfehlung des UA BezPHPW wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

04 - Charlottenburg-Wilmersdorf

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf [2400 H](#)
Stand: BVV-Beschluss Haupt

Keine Wortmeldung.

05 - Spandau

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Spandau [2400 I](#)
Stand: BVV-Beschluss Haupt

Keine Wortmeldung.

06 - Steglitz-Zehlendorf

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Steglitz-Zehlendorf [2400 J](#)
Stand: BVV-Beschluss Haupt

Keine Wortmeldung.

Mitberaten wird:

Schreiben BA Steglitz-Zehlendorf – BzBm – vom 05.11.2025 [2418 A](#)
Konsolidierungskonzept des Bezirks Steglitz-Zehlendorf 2026-2029
(in der 91. Sitzung am 19.11.2025 zur Vorberatung an den UA BezPHPW überwiesen)

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass eine Empfehlung des UA BezPHPW vom 24. November 2025 vorliege – einstimmig mit CDU und SPD bei Enthaltung GRÜNE, LINKE und AfD –, dem Schreiben zuzustimmen.

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben – rote Nr. 2418 A – gemäß der Empfehlung des UA BezPHPW wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

07 - Tempelhof-Schöneberg

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Tempelhof-Schöneberg [2400 K](#)
Stand: BVV-Beschluss Haupt

Keine Wortmeldung.

08 - Neukölln

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Neukölln [2400 L](#)
Stand: BVV-Beschluss Haupt

Keine Wortmeldung.

09 - Treptow-Köpenick

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Treptow-Köpenick
Stand: BVV-Beschluss

[2400 M](#)

Haupt

Keine Wortmeldung.

10 - Marzahn-Hellersdorf

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Marzahn-Hellersdorf
Stand: BVV-Beschluss

[2400 N](#)

Haupt

Keine Wortmeldung.

11 – Lichtenberg

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Lichtenberg
Stand: BVV-Beschluss

[2400 O](#)

Haupt

Keine Wortmeldung.

12 - Reinickendorf

Bezirkshaushaltsplan 2026/2027 des Bezirks Reinickendorf
Stand: BVV-Beschluss

[2400 P](#)

Haupt

Keine Wortmeldung.

hierzu:

- a) Bericht SenFin – II H / II LIP / IV A – 13.11.2025
**Nachschaub über die Bezirkshaushaltspläne
2026/2027**

[2400 BE](#)

Haupt

- b) Empfehlung des UA BezPHPW vom 24.11.2025 zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/2627
- Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltjahre 2026 und 2027 (Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**
- hier nur:
III. Bezirkshaushaltspläne 2026/2027
- 2400 BK
Haupt

Keine Wortmeldung.

Der **Ausschuss** nimmt die Bezirkshaushaltspläne 2026/2027 gemäß der Empfehlung des UA BezPHPW – rote Nr. 2400 BK – unter Berücksichtigung der Beschlüsse aus der Nachschau – rote Nr. 2400 BE – ohne Aussprache an und nimmt den Nachschaubericht – rote Nr. 2400 BE – unter a zur Kenntnis.

Titel 71902 – Pauschale Mehrausgaben für Bauinvestitionen

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
- Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27**
- hier: Nr. 1
- 2400 DG
Haupt

Ansatz 2026: 20 000 000 Euro
Ansatz 2027: 20 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr.1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 175 000 Euro
2027: + 715 000 Euro

„a) Mehrbedarf in den Bezirken

b) Hinter dem ersten Absatz wird als neuer Absatz folgender Satz eingefügt: „Für die Sanierung der ehemaligen Sporthalle erhält der Helle Tierarche e.V. 175.000 Euro pro Jahr (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DG – ohne Aussprache zu.

Titel 97101 – Pauschale Mehrausgaben

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CT](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27 Haupt
hier: Nr. 1

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fordert, dass die Mittel für das Psychiatrie-Entwicklungs-Programm – PEP – erhöht werden sollten, um die Unterstützung entlassener Patientinnen und Patienten in den Bezirken zu verbessern. Außerdem sollten zusätzliche Mittel für die Hilfen zur Erziehung – HZE – eingeplant werden, um mehr Personal gewinnen und binden zu können. Darüber hinaus sollten Mitte zur Festanstellung aller Musikschulhonorarkräfte bereitgestellt werden. Die von der Koalition vorgesehenen 4 Mio. Euro jährlich seien ein richtiger Schritt; das damit verbundene Auswahlverfahren lehne ihre Fraktion jedoch ab, da es erfahrene Lehrkräfte benachteilige.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CT – ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27 Haupt
hier: Nr. 2

Ansatz 2026: 662 538 000 Euro
Ansatz 2027: 640 677 000 Euro

Änderungsantrag Nr.2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 13 980 000 Euro
2027: - 45 368 000 Euro

„a) Verschiedene Mehrbedarfe in den Bezirken. Gegenfinanzierung der Mehrmittel i.H.v. 59.348.000 Euro, die ab 2027 im Titel 2710/67109 für den neuen Partizipationszuschlag vorgesehen sind. Ausbuchung zugunsten des Flexibudgets in 2710/68435 i.H.v. um 3.360.000 Euro pro Jahr.“

b) Nach der bisherigen Erläuterung wird folgende neue Erläuterung hinzugefügt: „Für folgende weitere Bedarfe in den Bezirken sind Mittel eingestellt:“

„a) 4.000.000 Euro pro Jahr stehen für die Erhöhung der Festanstellungsquote in den Bezirklichen Musikschulen zur Verfügung (verbindliche Erläuterung).“

„b) 2.500.000 Euro pro Jahr stehen zur Verstärkung des Psychiatrieentwicklungsprogramms (PEP) der Bezirke zur Verfügung (verbindliche Erläuterung).“

,c) 2.400.000 Euro pro Jahr stehen zur Schaffung von drei Stellen pro Bezirk im Allgemeinen Ordnungsdienst (AOD) zur Bekämpfung illegaler Müllablagerung sowie für die Sachbearbeitung der entsprechenden Ordnungswidrigkeiten - und Verwaltungsverfahren zur Verfügung (verbindliche Erläuterung).‘

,d) Für die Jugendverkehrsschulen sind in 2026 und 2027 je 1.200.000 Euro zusätzlich vorgesehen, d.h. je 100.000 Euro pro Bezirk (verbindliche Erläuterung).‘

,e) Für die Erhöhung der Sicherheit der Beschäftigten in den Ämtern der Bezirke sind 600.000 Euro pro Jahr bzw. 50.000 Euro pro Jahr pro Bezirk vorgesehen (verbindliche Erläuterung).‘

,f) Für die Weiterfinanzierung der Dokumentenprüfgeräte in den Bezirken sind 240.000 Euro pro Jahr vorgesehen (verbindliche Erläuterung).‘

,g) 125.000 Euro pro Jahr sind für Tarifanpassungen bei den Familienzentren im Rahmen von deren Abschichtung in die Bezirke vorgesehen (verbindliche Erläuterung).‘

,h) Für die Erneuerung des Schulhofes der Anna -Essinger -Gemeinschaftsschule Standort „Am Rohrgarten“ sind pro Jahr 30.000 Euro vorgesehen (verbindliche Erläuterung).‘

,i) Für das stadtteilorientierte Abraham Projekt in Spandau zur Förderung des interkulturellen Austauschs, Sprachförderung und sozialen und kulturellen Aktivitäten sind in 202 6 und 202 7 jeweils 1 50.000 € vorgesehen (verbindliche Erläuterung).‘

,j) Für die Seniorenarbeit im sog. Schwedenhaus wird die Paul -Gerhardt - Kirchengemeinde Spandau mit 25.000 Euro pro Jahr unterstützt (verbindliche Erläuterung).‘

,k) Für die Aktion „Weihnachten für alle“ erhält der Fitness -Club Spandau e.V. 20.000 Euro pro Jahr (verbindliche Erläuterung).‘

,l) Für die dauerhafte Installation einer Parkbetreuung in Umsetzung der Charta für das Berliner Stadtgrün stehen 6.000.000 Euro pro Jahr zur Überführung in die Globalsumme der Bezirke zur Verfügung (verbindliche Erläuterung). Zusätzliche Mittel für die „Parkläufer“ sind in 2707/54106 veranschlagt.‘

,m) Für den Kinder - und Jugendzirkus „Cabuwazi“ in Hohenschönhausen stehen 50.000 Euro pro Jahr zur Verfügung (verbindliche Erläuterung).‘

,Im Zuge des veränderten Auszahlungsmechanismus für den Partizipationszuschlag im Rahmen des KitaFöG werden im Haushaltsjahr 2027 59.348.000 Euro aus den Globalsummen 5 der Bezirke herausgelöst und nach 2710/67109 aufgeschichtet.‘

,Im Zuge der Erhöhung des sog. „Flexibudgets“ für die Bezirke werden in beiden Haushaltsjahren 3.360.000 Euro aus den Globalsummen der Bezirke (Transferzuweisung HzE) herausgelöst und nach 2710/68435 aufgeschichtet.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DG – ohne Aussprache zu.

- c) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 CF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 27 Haupt
hier: Nr. 1

André Schulze (GRÜNE) erklärt, dass die Parkgebühren erhöht und die Einnahmen je zur Hälfte den Bezirken und dem Land zur Finanzierung von Klimaschutz- und Verkehrswendemaßnahmen zugutekommen sollten. Zudem fordere er zusätzliche Mittel zur Erhöhung der Festanstellungsquote im Zuge der Umsetzung des Herrenberg-Urteils sowie eine Basiskorrektur bei den Leistungen der Hilfen zur Erziehung.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) lehnt dagegen eine Erhöhung der Parkgebühren ab. Autofahrer dürften nicht zur Einnahmesteigerung belastet werden. Anpassungen der Parkraumbewirtschaftung zur Förderung der Fluktuation in Geschäftsstraßen seien möglich, die Gebühren dürfen jedoch nicht zum Ausgleich der Bezirkshaushalte genutzt werden.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rote Nr. 2400 CF – ab.

Kapitel 2730 – Kalkulatorische Verrechnungen

Keine Wortmeldung.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die zweite Lesung des Einzelplans 27 einschließlich des Stellenplans damit abgeschlossen sei.

Restelesung

Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/Regierender Bürgermeister

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03 Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DB](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03 Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, es bestehe kein Bedarf, die Änderungsanträge übergreifend zu begründen.

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage RBm – Skzl – ZS B 1 – vom
24.11.2025

[2488 A](#)

Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
2. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 03
hier: Leichte Sprache und Gebärdendolmetschung**
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet darum, in einem Bericht bis zum 21. Januar 2026 darzustellen, welche Projekte aus den Mitteln des Sicherheitsgipfels finanziert und welche Projekte 2026 fortgeführt, umgesetzt und eingestellt würden.

Laut des Berichts sei die Senatspressekonferenz für Menschen mit Einschränkungen nicht geeignet und eine Übersetzung in leichter Sprache sowie Gebärdendolmetschung daher nicht notwendig. Welches inklusive Verständnis habe der Senat hinsichtlich Pressevertreterinnen und -vertretern? Werde darüber nachgedacht, künftig IT-Unterstützung für Dolmetschung für Journalistinnen und Journalisten einzusetzen?

Staatssekretär Florian Graf (CdS) sagt den Bericht zu, jedoch müsse zunächst geklärt werden, welches Ressort dafür zuständig sei. Eine Gebärdendolmetschung und Übersetzungen in leichte Sprache seien wünschenswert, derzeit aber nicht finanziert.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) ergänzt, sie habe bereits im Fachausschuss berichtet, dass die Kompetenzstelle für digitale Barrierefreiheit das Tool SUMM AI beschafft habe, das künftig Übersetzungen in einfacher Sprache ermögliche. Das Tool befindet sich aktuell im Beteiligungsverfahren des Hauptpersonalrats. Nach dessen Abschluss solle es der Berliner Verwaltung kostenfrei zur Verfügung stehen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) hebt hervor, auf der letzten Parlamentarischen Konferenz Berlin-Brandenburg habe ein Vertreter des Behindertenparlaments darauf hingewiesen, dass ein großer Teil der Gesellschaft aufgrund von Einschränkungen ausgeschlossen werde. Diesen Menschen Teilhabe zu ermöglichen, sei eine Frage der Priorisierung. Gebärdendolmetschungen und Übersetzungen in leichter Sprache sollten auf der Pressekonferenz angeboten werden.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) entgegnet, der Abgeordnete habe die Parlamentarische Konferenz und die Senatspressekonferenz miteinander vermischt. Die Senatspressekonferenz kommuniziere zielgruppengerecht; für Gebärdendolmetschungen fehlten die finanziellen Mittel.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) hält dagegen, ihm seien die Unterschiede zwischen der Parlamentarischen Konferenz und der Senatspressekonferenz bewusst. Es gehe nicht um Mittelknappheit, sondern um politische Prioritäten. Menschen mit Einschränkungen müssten auch bei der Senatspressekonferenz stärker einbezogen werden.

Stefan Ziller (GRÜNE) kritisiert, dass eine Kommunikation nicht zielgruppengerecht sei, wenn Journalistinnen und Journalisten mit Bedarf an Gebärdendolmetschung von vornherein

ausgeschlossen würden. Er werbe für ein sensibleres Vorgehen und beispielsweise die Bedarfe bereits in den Einladungen abzufragen.

Franziska Brychey (LINKE) regt an, mit SUMM AI zumindest Zusammenfassungen der Senatsbeschlüsse in leichter Sprache bereitzustellen, da dies kostengünstiger sei als eine dauerhafte Gebärdendolmetschung.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) mahnt, den Bericht nicht zu überbewerten, zunächst die Einführung von SUMM AI abzuwarten und anschließend im Fachausschuss über weiteren Bedarf zu entscheiden. Eine adressatenoffene Kommunikation der Inhalte der Senatspressekonferenz sei notwendig, jedoch habe er diesbezüglich ein Problembewusstsein bei den Staatssekretären erkannt. Er danke der demokratischen Opposition für die sachlichen Nachfragen und fordere die AfD-Fraktion dazu auf, den mündlichen Antworten sorgfältiger zu folgen und keine falschen Tatsachen zu unterstellen.

Staatssekretär Florian Graf (CdS) bestätigt, dass der Senat für das Thema sensibilisiert sei und Anregungen aus der Sitzung aufnehme.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Leichte Sprache und Gebärdendolmetschung der Sammelvorlage – rote Nr. 2488 A – zur Kenntnis.

Kapitel 0300 – Senatskanzlei

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage RBm – Skzl – ZS B 1 – vom [2488 A](#)
24.11.2025 Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
2. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 03
hier: Gesamtstädtische Zielvereinbarungen**
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht Gesamtstädtische Zielvereinbarungen der Sammelvorlage – rote Nr. 2488 A – zur Kenntnis.

Titel 11960 – Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain „berlin“

Mitberaten wird:

Sammelvorlage RBm – Skzl – ZS B 1 – vom [2488 A](#)
24.11.2025 Haupt

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
2. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 03
hier: Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-
Domain „berlin“**
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain „berlin“ der Sammelvorlage – rote Nr. 2488 A – zur Kenntnis

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03

hier: Nr. 1

Ansatz 2026: 2 222 000 Euro
Ansatz 2027: 145 000 Euro

Änderungsantrag Nr.1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 2 222 000 Euro

2027: - 145 000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Streichung der Erläuterung

c) Wird künftig bei 2500/23190 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CG
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03

hier: Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CG – ohne Aussprache ab.

Titel 42231 – Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 2

Ansatz 2026: 135 000 Euro
Ansatz 2027: 25 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 135 000 Euro
2027: - 25 000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Ansatz 2026 135.000 Ansatz 2027 25.000 - 135.000 - 25.000 Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

- b) Streichung der Erläuterung
- c) Wird künftig bei 0360/42231 nachgewiesen.
- c) Änderung des Stellenplans: 2026/2027: Teilplan A - 1,000 A13 Regierungsrätin/-rat - 1,000 A11 Regierungsamtfrau/-mann (Die Positionen werden künftig inklusive des Stellenvermerks „Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.“ bei 0360/42231 nachgewiesen.)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

**Titel 42831 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte
(Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD **2400 DB**
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 3

Ansatz 2026: 672 000 Euro
Ansatz 2027: 120 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 672 000 Euro
2027: - 120 000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Streichung der Erläuterung

c) Wird künftig bei 0360/42831 nachgewiesen. Änderung des Stellenplans: 2026 /2027: Teilplan B - 1,000 E15 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) - 2,000 E14 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) - 4,000 E13 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) (Die Positionen werden künftig inklusive des Stellenvermerks „Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.“ bei 0360/42231 nachgewiesen).“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke **2400 CG**
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03

hier: Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CG – ohne Aussprache ab.

Titel 52610 – Gutachten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DB](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 4

Ansatz 2026: 960 000 Euro
Ansatz 2027: 960 000 Euro

VE 2026 3.960.000
Davon fällig:
2027 990.000
2028 990.000
2029 990.000
2030 990.000

VE 2027 3 960 000
Davon fällig
2028 990.000
2029 990.000
2030 990.000
2031 990.000

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 959 000 Euro
2027: - 989 000 Euro

VE 2026 - 3 959 000
Davon fällig:
2027 - 989.000
2028 - 990.000
2029 - 990.000
2030 - 990.000

VE 2027 - 3 959 000
Davon fällig:
2028: - 989.000
2029: - 990.000
2030: - 990.000
2031: - 990.000

„a) Zur Stärkung der CDO -Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende

Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Streichung der Erläuterung

c) 959.000 € / 989.000 € werden künftig bei 2500/52610 nachgewiesen.

Lösung der Sperrvermerke.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03

hier: Nr. 5

Ansatz 2026: 640 000 Euro
Ansatz 2027: 550 000 Euro

VE 2026 2.200.000

Davon fällig:

2027	550.000
2028	550.000
2029	550.000
2030	550.000

VE 2027 2 200 000

Davon fällig

2028	550.000
2029	550.000
2030	550.000
2031	550.000

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 639 000 Euro

2027: - 549 000 Euro

VE 2026 - 2 199 000

Davon fällig:

2027	- 549.000
2028	- 550.000
2029	- 550.000
2030	- 550.000

VE 2027 -2.199 000

Davon fällig:

2028:	- 549.000
2029:	- 550.000
2030:	- 550.000
2031:	- 550.000

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltssmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltssmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Streichung der Erläuterung

c) Wird künftig bei 2500/54002 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DB

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03

hier: Nr. 6

Ansatz 2026: 4.400.000 Euro
Ansatz 2027: 5.250.000 Euro

VE 2026 8.000.000
VE 2027 8.000.000

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 1.250.000 Euro

2027: - 2.000.000 Euro

VE 2026 - 8.000.000

VE 2027 - 8.000.000

„Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt. b) Anpassung der Tabelle: TA „Digitalstrategie Gemeinsam Digital Berlin“ wird in Folge der Verlagerung nach 2500/54010 hier gelöscht c) 1.250.000 € / 2.000.000 € werden künftig bei 2500/54010 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 54053 – Veranstaltungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 7

Ansatz 2026: 780.000 Euro

Ansatz 2027: 530.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 175.000 Euro

2027: - 175.000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Anpassung der Tabelle: TA 2 „Verwaltungssteuerung“ wird in Folge der Verlagerung nach 2500/54053 hier gelöscht

c) 175.000 € werden künftig bei 2500/54053 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 3

2400 CG
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CG – ohne Aussprache ab.

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 8

2400 DB
Haupt

Ansatz 2026: 1.124.000 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 1.124.000 Euro
2027: +/- 0 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt. b) Streichung der Erläuterung c) Wird künftig bei 2500/54690 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 9

Ansatz 2026: 13.000.000 Euro
Ansatz 2027: 13.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 250.000 Euro
2027: + 250.000 Euro

„a) Mehrbedarf“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 68230 – Zuschuss CityLAB

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 2.800.000 Euro
Ansatz 2027: 2.800.000 Euro

VE 2026 11.200.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.800.000 Euro
2027: + 2.800.000 Euro

VE 2026 - 11.200.000

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich

Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

- b) Streichung der Erläuterung
- c) Wird künftig bei 2500/68230 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DB](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 11

Ansatz 2026: 18.990.000 Euro
Ansatz 2027: 19.990.000 Euro

VE 2026 18.690.000 Euro
VE 2027 18.690.000

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 500.000 Euro

2027: + 500.000 Euro

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) Aufstockung des Titels (kumulativ zur 2. Lesung) zugunsten der Visual-Effects-Förderung, die in der 2. Lesung vom EP 13 in den EP 03 verlagert wurde

b) Anpassung der Erläuterung: Der bei der 2. Lesung in die Erläuterung eingefügte Satz „Vom Ansatz sind 4.000.000 € für die Förderung von Visual Effects vorgesehen.“ wird wie folgt gefasst: „Vom Ansatz sind 4.500.000 € pro Haushaltsjahr für die Förderung von Visual Effects vorgesehen.“

c) Einfügung Übertragbarkeitsvermerk: „Die Mittel sind übertragbar.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CG](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03 Haupt
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CG – ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 DB](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 12

Ansatz 2026: 8.012.000 Euro
Ansatz 2027: 7.565.000 Euro

VE 2026 8.000.000 Euro
VE 2027 8.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 517.000 Euro
2027: - 70.000 Euro

VE 2026 - 8.000.000
VE 2027 - 8.000.000

„a) Förderung der Berlin Freedom Conference (TA 17 neu: +1.000.000 p.a.) Verlagerung der Förderung des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin von Einzelplan 09 in den Einzelplan 03 (TA 18 neu: +900.000 p.a.) Verlagerung von zwei Teilansätzen in den Einzelplan 25 zur Stärkung der CDO-Rolle (TAs 6 und 9: -2.447.000/-2.000.000) Stärkung von „Tu was für Europa e. V.“ (TA 11: +30.000 p.a.)

b) Anpassung der Tabelle: TA 11 „Tu was für Europa e. V.“ 2026: 130.000 2027: 130.000 TA 17 (neu): Berlin Freedom Conference 2026: 1.000.000 2027: 1.000.000 TA 18 (neu): Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin 2026: 900.000 2027: 900.000 TA 6 „Zuschuss für Smart-Cities-Projekte“ und TA 9 „Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin“ werden in Folge der Verlagerung nach 2500/68569 gelöscht.

c) 2.447.000 € / 2.000.000 € werden künftig bei 2500/68569 nachgewiesen. 900.000 € / 900.000€ waren bisher bei 0940/68569 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DB](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 13 Haupt

Ansatz **2026:** 357.000 Euro
Ansatz **2027:** 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 357.000 Euro
2027: +/- 0 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

- b) Streichung der Erläuterung
c) Wird künftig bei 2500/68590 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 89361 – Investive Zuschüsse im Rahmen des Modellprojekts Smart City

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DB](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 14 Haupt

Ansatz **2026:** 1.000 Euro
Ansatz **2027:** 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 14 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 1.000 Euro

2027: +/- 0 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Streichung der Erläuterung

c) Wird künftig bei 2500/89361 nachgewiesen

c) 2.447.000 € / 2.000.000 € werden künftig bei 2500/68569 nachgewiesen. 900.000 € / 900.000€ waren bisher bei 0940/68569 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

**Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit
gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03

hier: Nr. 15

Ansatz 2026: 4.700.000 Euro

Ansatz 2027: 4.785.000 Euro

VE 2026 19.140.000

VE 2027 19.140.000

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 4.500.000 Euro

2027: - 4.585.000 Euro

VE 2026 19.140.000

VE 2027 19.140.000

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich

Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

- b) Streichung der Erläuterung
- c) Wird künftig bei 2500/89361 nachgewiesen
- c) 2.447.000 € / 2.000.000 € werden künftig bei 2500/68569 nachgewiesen. 900.000 € / 900.000€ waren bisher bei 0940/68569 nachgewiesen.“

Stefan Ziller (GRÜNE) weist darauf hin, dass im Kapitel 2500 bislang überwiegend Mittel des Digitalhaushalts veranschlagt gewesen seien. Durch die Verlagerung der Mittel für Zielvereinbarungen würden Digitalhaushalt und Staatsmodernisierung nun stärker miteinander verknüpft und an die Struktur des Bundes angelehnt. Er halte es für sinnvoll, diese Weichenstellung auch in künftigen Haushalten beizubehalten. Gebe es dazu strukturellen Überlegungen in der Senatskanzlei?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) bestätigt, dass sämtliche Mittel des CDO-Bereichs aus dem Einzelplan 03 in den Einzelplan 25 verlagert würden. Im Zuge der Verwaltungsreform entstehe ab Januar das Querschnittsfeld Organisation, Prozesse und Digitalisierung, weshalb auch die Mittel zur Verwaltungsmodernisierung dort etatisiert seien. Berlin folge dabei einem vom Bund vorgelebten Trend, ohne in Konkurrenz zu ihm zu treten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – zu.

Kapitel 0350 – Senatskanzlei - Europa –

Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DB
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 16

Ansatz 2026: 700.000 Euro
Ansatz 2027: 837.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 16 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 85.000 Euro
2027: + 85.000 Euro

VE 2026 19.140.000

VE 2027 19.140.000

„a) Zuschuss an die Hellenische Gemeinde Berlin (vormals bei Kapitel 0850, Titel 68406 veranschlagt). Die Ansatzerhöhung des Titels erfolgt kumulativ zur 2. Lesung.

b) Am Ende der Erläuterung wird folgender Satz eingefügt: „85.000 € pro Haushaltsjahr sind als Zuschuss für die Arbeit der Hellenischen Gemeinde Berlin vorgesehen und sollen bei Vorliegen der Voraussetzungen bevorzugt in institutioneller Förderung ausgereicht werden.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – zu.

Kapitel 0360 – Senatskanzlei - Digitalisierung –

Titel 42231 – Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DB](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 17

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 17 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 135 000 Euro
2027: + 25 000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Ausgaben aus Bundesmitteln für Projekte zur Smart -Cities -Strategie Berlins, s. a. Titel 42831 sowie 23190, 54690, 68590 und 89361 im Kapitel 2500. Das Land beteiligt sich in Höhe von 35 % an den Gesamtausgaben der Projekte; der Landesanteil wird im Kapitel 2500 bei Titel 68569 nachgewiesen.“

c) Änderung des Stellenplans: 2026 /2027: Teilplan A + 1,000 A13 Regierungsrätin/-rat + 1,000 A11 Regierungsamtfrau/ -mann Jeweils mit Stellenvermerk „Stel-

le/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.“ Wurde bislang bei 0300/42231 nachgewiesen. Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben für Projekte zur Smart -Cities -Strategie Berlins der Titel 54690, 68590 und 89361 im Kapitel 2500 nach Maßgabe der haushaltrechtlichen Regelungen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03

hier: Nr. 18

Ansatz 2026: 1.000 Euro
Ansatz 2027: 1.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 18 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 3.203.000 Euro
2027: + 3.283.000 Euro

„a) Die Verwaltungsmodernisierung verfolgt das Ziel, die Berliner Verwaltung beweglicher und effizienter aufzustellen, Prozesse und Verfahrenswege zu beschleunigen und Zuständigkeiten klar und transparent festzulegen. Insbesondere die Verwaltungs- und die Vergabestrukturreform sollen mittel- bis langfristig Ressourcen freisetzen, die gegenwärtig in wenig effizienten Strukturen gebunden sind. Auch wenn somit mittel- bis langfristig von einer Kostenneutralität sowie von Einspareffekten der Verwaltungsmodernisierung auszugehen ist, sind für die Dauer der Implementierung zunächst angemessene Personalressourcen notwendig, um diese Effizienzen zu heben. Daher werden zunächst befristet bis 31.12.2027 Beschäftigungspositionen geschaffen.

b) Ergänzung der Erläuterung: „Die Beschäftigungspositionen für notwendige Tätigkeiten im Rahmen der Verwaltungs- und Vergabestrukturreform werden durch die Senatskanzlei bewirtschaftet. Im Rahmen der Personalkostenerstattung kann Personal zur Unterstützung von Verwaltungen zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierungsvorhaben eingestellt werden. Die Verwaltungen benennen den Bedarf und stellen das Personal ein.“

c) Änderung des Stellenplans: 2026/2027:
Ziel, die Berliner Verwaltung beweglicher und effizienter aufzustellen, Prozesse und Verfahrenswege zu beschleunigen und Zuständigkeiten klar und transparent festzu-

legen. Insbesondere die Verwaltungs- und die Vergabestrukturreform sollen mittel- bis langfristig Ressourcen freisetzen, die gegenwärtig in wenig effizienten Strukturen gebunden sind. Auch wenn somit mittel- bis langfristig von einer Kostenneutralität sowie von Einspareffekten der Verwaltungsmodernisierung auszugehen ist, sind für die Dauer der Implementierung zunächst angemessene Personalressourcen notwendig, um diese Effizienzen zu heben. Daher werden zunächst befristet bis 31.12.2027 Beschäftigungspositionen geschaffen.

b) Ergänzung der Erläuterung: „Die Beschäftigungspositionen für notwendige Tätigkeiten im Rahmen der Verwaltungs- und Vergabestrukturreform werden durch die Senatskanzlei bewirtschaftet. Im Rahmen der Personalkostenerstattung kann Personal zur Unterstützung von Verwaltungen zur Umsetzung der Verwaltungsmodernisierungsvorhaben eingestellt werden. Die Verwaltungen benennen den Bedarf und stellen das Personal ein.“

c) Änderung des Stellenplans: 2026/2027:“

Teilplan A + 1 AT1 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) + 2 E15 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) + 16 E14 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) + 13 E11 Tarifb. Jeweils mit Stellenvermerk „Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 42831 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DB
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 19

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 19 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 672 000 Euro
2027: + 120 000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Ausgaben aus Bundesmitteln für Projekte zur Smart-Cities-Strategie Berlins, s. a. Titel 42231 sowie 23190, 54690, 68590 und 89361 im Kapitel 2500. Das Land beteiligt sich in Höhe von 35 % an den Gesamtausgaben der Projekte; der Landesanteil wird im Kapitel 2500 bei Titel 68569 nachgewiesen.“

c) Änderung des Stellenplans: 2026 /2027: Teilplan B + 1,000 E15 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) + 2,000 E14 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) + 4,000 E13 Tarifb. (abgeschl. wiss. Hochschulbildg) Jeweils mit Stellenvermerk „Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.“ Wurde bislang bei 0300/42831 nachgewiesen. Die Ausgaben sind einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben für Projekte zur Smart -Cities -Strategie Berlins der Titel 54690, 68590 und 89361 im Kapitel 2500 nach Maßgabe der haushaltrechtlichen Regelungen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Titel 54050 – Innovationsfonds

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

[2400 DB](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 03
hier: Nr. 20

Ansatz 2026: 250.000 Euro
Ansatz 2027: 250.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 20 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 250.000 Euro
2027: - 250.000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO -Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

c) Wird künftig bei 2500/54050 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DB – ohne Aussprache zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die Restelesung des Einzelplans 03 einschließlich des Stellenplans damit abgeschlossen sei.

Einzelplan 25 – Landesweite Maßnahmen des E-Governments

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion **Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25** (Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) [2400 CR](#)
Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD **Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25** (Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) [2400 DC](#)
Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, es bestehe kein Bedarf, die Änderungsanträge übergreifend zu begründen.

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht RBm – Skzl – CDO – vom 17.11.2025 **Stand der Umstellung auf Windows 11** (Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 01.10.2025) [2521](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet darum, dem Hauptausschuss zu Ende Januar 2026 den aktuellen Stand der Umstellung auf Windows 11 darzustellen.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) sagt den Bericht zu. Die Anzahl der Umstellungen habe sich weiter erhöht. Nach aktuellem Stand seien circa 85 Prozent der Arbeitsplätze umgestellt, dadurch sei der im Bericht genannte Betrag von 1,8 Mio. Euro auf maximal 1 Mio. Euro gesunken.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 2521 – zur Kenntnis.

- b) Vertraulicher Bericht RBm – Skzl – V C 21 – vom 27.11.2025 **Finanzsituation des ITDZ Berlin** (Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025) [0789 F](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass gegebenenfalls die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden müsse, da es sich um einen vertraulichen Bericht handle.

Stefan Ziller (GRÜNE) erinnert daran, dass in der 90. Sitzung des Hauptausschusses offene Rechnungen zunächst verneint worden seien, obwohl zu dem Zeitpunkt zahlreiche Rechnun-

gen des ITDZ von verschiedenen Abteilungen der Berliner Verwaltung nicht akzeptiert worden seien. Habe sich die Anzahl seitdem reduziert? Bestehe möglicherweise noch in diesem Jahr zusätzlicher Finanzierungsbedarf Mittel, um die Liquidität des ITDZ zu sichern? Welche Perspektive gebe es zur Begleichung der Rechnungen? Er rege vor, den aktuellen Stand im Januar gemeinsam mit dem ITDZ zu erörtern. Mit Blick auf die Digitalisierung sei es wichtig, dass das ITDZ handlungsfähig sei. Es sei bezeichnet, dass der Betrieb von Chatbots derzeit vom CityLAB übernommen werden müsse, da das ITDZ hierzu noch nicht in der Lage sei. Verzögerungen in der Digitalisierung seien ein erhebliches Haushaltsrisiko.

Franziska Brychey (LINKE) wiederholt ihre Fragen, welche Schlussfolgerungen aus der neuen Ergebnisprognose auch hinsichtlich der Liquidität des ITDZ gezogen und welche Maßnahmen geplant seien. Seien Investitionen verschoben worden? Sei ein Bericht zum Quartals- und Jahresabschluss sowie zum Wirtschaftsplan bereits beauftragt worden?

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) bestätigt, dass der angeforderte Bericht bereits zugesagt worden sei und bis Ende des ersten Quartals vorliegen solle. Ihre frühere Aussage habe sich auf überfällige Rechnungen der IKT-Steuerung bezogen. Anschließend habe das ITDZ eine Übersicht mit über 7 000 offenen Rechnungen vorgelegt. Sie teile die Einschätzung, die Thematik im ersten Quartal erneut zu beraten. Es sei richtig, dass der Chatbots BärGPT derzeit nicht vom ITDZ getragen werden könne, die kurzfristige Übernahme durch das CityLAB sei jedoch positiv zu werten; perspektivisch solle der Betrieb beim ITDZ liegen. Maßnahmen zur Verbesserung der Liquidität seien bereits eingeleitet worden, unter anderem durch verkürzte Zahlungsziele von 30 auf 14 Tage, ohne dass Investitionen verschoben werden müssten.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, bis wann die Unterlagen zum Jahresabschluss und zu den offenen Rechnungen vorlägen, um eine Befassung im Februar zu ermöglichen.

Staatssekretärin Martina Klement (Skzl) sagt zu, die entsprechenden Unterlagen bis Ende Januar bereitzustellen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 0789 F – zur Kenntnis.

Kapitel 2500 – Steuerung der verfahrensunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Geschäftsprozessoptimierung

Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DC
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25

hier: Nr. 1

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.222.000 Euro
2027: + 145.000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Zuschuss des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für Projekte der Senatskanzlei im Rahmen der Smart-Cities-Strategie Berlins; Für Ausgaben aus den zweckgebundenen Mitteln sind die Titel 54690, 68590 und 89361 sowie im Kapitel 0360 die Titel 42231 und 42831 vorgesehen. Das Land beteiligt sich in Höhe von 35 % an den Gesamtausgaben der Projekte; der Landesanteil wird bei Titel 68569 nachgewiesen.“

c) Wurde bislang bei 0300/23190 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

Titel 52610 – Gutachten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DC
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25
hier: Nr. 2

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

VE 2026: 0
VE 2027 0

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 959.000 Euro
2027: + 989.000 Euro

VE 2026 + 3.959.000

Davon fällig:

2027: + 989.000
2028: + 990.000
2029: + 990.000
2030: + 990.000

VE 2027 + 3.959.000

Davon fällig:

2028: + 989.000
2029: + 990.000
2030: + 990.000
2031: + 990.000

„a) Zur Stärkung der CDO -Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Gutachten für die zentrale Unterstützung beim Auf- und Ausbau der daten - und wirkungsorientierten Verwaltungssteuerung.“
c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.

959.000 € / 989.000 € wurden bislang bei 0300/52610 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

**Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement
(ohne Aus- und Fortbildung)**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DC

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25
hier: Nr. 3

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

VE 2026: 0
VE 2027 0

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 639.000 Euro

2027: + 549.000 Euro

VE 2026 + 2.199.000

Davon fällig:

2027: + 549.000

2028: + 550.000

2029: + 550.000

2030: + 550.000

VE 2027 + 2.199.000

Davon fällig:

2028: + 549.000

2029: + 550.000

2030: + 550.000

2031: + 550.000

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltssmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltssmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Zentral konzipierte Unterstützungsleistungen für die Berliner Verwaltung zum Aufbau und Ausbau der datengestützten Steuerung und von ziel- und wirkungsorientierten Steuerungssystemen.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Wurde bislang bei 0300/54002 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DC

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25

hier: Nr. 4

Ansatz 2026: 2.710.000 Euro

Ansatz 2027: 2.684.000 Euro

VE 2026 9.850.000

Davon fällig:

2027 2.335.000
2028 1.623.000
2029 1.964.000
2030 1.964.000
2031 1.964.000

VE 2027 9.479.000

Davon fällig:

2028 1.623.000
2029 1.964.000
2030 1.964.000
2031 1.964.000
2032 1.964.000

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5.350.000

2027: + 5.800.000

VE 2026 + 11.800.000

Davon fällig:

2027: + 5.800.000
2028: + 2.000.000
2029: + 2.000.000
2030: + 2.000.000
2031: +/- 0

VE 2027 + 8.000.000

Davon fällig:

2028: + 2.000.000
2029: + 2.000.000
2030: + 2.000.000
2031: + 2.000.000
2032: +/- 0

„a) Zur Implementierung der Verwaltungsreform sind Sachmittel für externe Unterstützungsleistungen erforderlich, insbesondere für Steuerung und Begleitung des Umsetzungsprojektes sowie für die methodische Begleitung von „Reformwerkstätten“ der einzelnen Ressorts zur Hebung von Effizienzpotentialen Begleitung des Veränderungsmanagements, Entwicklung von Schulungskonzepten und Kommunikationsmaßnahmen Außerdem werden zur Stärkung der CDO-Rolle weitere Haushaltsmittel aus dem Kapitel 0300 in den Einzelplan 25 verlagert.

b) Anpassung der Tabelle: TA 5 (neu): Landesweite Implementierung der Verwaltungsreform 2026: 4.100.000 2027: 3.800.000 TA 6 (neu): Digitalstrategie Gemeinsam Digital: Berlin 2026: 1.250.000 2027: 2.000.000

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. 1.250.000 / 2.000.000 € wurden bislang bei 0300/54010 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25
hier: Nr. 1

[2400 CR](#)

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CR – ohne Aussprache ab.

Titel 54050 – Innovationsfonds

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25
hier: Nr. 5

[2400 DC](#)

Haupt

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 250.000 Euro
2027: + 250.000 Euro

„a) Zur Stärkung der CDO -Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt. c) Wurde bislang bei 0360/54050 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

Titel 54053 – Veranstaltungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DC
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25

hier: Nr. 6

Ansatz 2026: 74.000 Euro
Ansatz 2027: 84.000 Euro

VE 2026 168.000

Davon fällig:

2027 84.000

2028 84.000

VE 2027 168.000

Davon fällig:

2028 84.000

2029 84.000

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 175.000
2027: +175.000

VE 2026 +/- 0

VE 2027 +/- 0

„a) Zur Stärkung der CDO -Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Erläuterung wird ergänzt um ‚sowie zur Verwaltungssteuerung‘

c) 175.000 € wurden bislang bei 0300/54053 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

Titel 54614 – WLAN-Initiativen des Senats

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25 Haupt
hier: Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CR – ohne Aussprache ab.

Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DC](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25 Haupt
hier: Nr. 7

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.124.000
2027: +/- 0

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt. b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst: „Die Zuwendungen sollen insbesondere für öffentlichkeitswirksame Maßnahmen und das Projekt Smart City verwendet werden. Das Projekt Smart City wird in 2026 beendet.“ c) Wurde bislang bei 0300/54690 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

Titel 68230 – Zuschuss CityLAB

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DC
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25

hier: Nr. 8

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

VE 2026 **0**
VE 2027 **0**

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.800.000
2027: +2.800.000

VE 2026 **+ 11.200.000**
Davon fällig:
2027: + 2.800.000
2028: + 2.800.000
2029: + 2.800.000
2030: + 2.800.000

VE 2027 **+ 11.200.000**
Davon fällig:
2028: + 2.800.000
2029: + 2.800.000
2030: + 2.800.000
2031: + 2.800.000

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt. b) Der Erläuterungstext bei 0300/68230 inklusive Darstellung der genderrelevanten Daten wird inhaltsgleich übernommen

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Wurde bislang bei 0300/68230 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DC
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25
hier: Nr. 9

Ansatz 2026: 725.000 Euro
Ansatz 2027: 725.000 Euro

VE 2026 3.625.000
Davon fällig:
2027 725.000
2028 725.000
2029 725.000
2030 725.000
2031 725.000

VE 2027 3.625.000
Davon fällig:
2028 725.000
2029 725.000
2030 725.000
2031 725.000
2032 725.000

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.447.000
2027: + 2.000.000

VE 2026 + 8.000.000
Davon fällig:
2027: + 2.000.000
2028: + 2.000.000
2029: + 2.000.000
2030: + 2.000.000
2031: +/- 0
2032 725.000

VE 2027 + 8.000.000
Davon fällig:

2028:	+ 2.000.000
2029:	+ 2.000.000
2030:	+ 2.000.000
2031:	+ 2.000.000
2032:	+/- 0

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Tabelle ergänzen: TA 3: „Zuschuss für Smart-Cities-Projekte (neu)“ Ansatz 2026: 1.197.000 € Ansatz 2027: - TA 4: „Umsetzung Gemeinsam Digital: Berlin (neu)“ Ansatz 2026: 1.250.000 € Ansatz 2027: 2.000.000 €

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. 2.447.000 € / 2.000.000 € wurden bislang bei 0300/68569 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25 Haupt
hier: Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CR – ohne Aussprache ab.

Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der AfD-Fraktion der SPD [2400 DC](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25 Haupt
hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 357.000
2027: +/- 0

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt. b) Die Erläuterung wird aus 0300/68590 übernommen und angepasst. c) Wurde bislang bei 0300/68590 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

Titel 86361 - Investive Zuschüsse im Rahmen des Modellprojekts Smart City

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DC](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25
hier: Nr. 11 Haupt

Ansatz **2026:** 0 Euro
Ansatz **2027:** 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000
2027: +/- 0

„a Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt.

b) Die Erläuterung wird aus 0300/89361 übernommen und angepasst.
c) Wurde bislang bei 0300/89361 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

**Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit
gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DC](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25
hier: Nr. 12 [Haupt](#)

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

VE 2026 **0**
VE 2027 **0**

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 4.500.000
2027: + 4.585.000

VE 2026 + 18.940.000
Davon fällig:
2027: + 4.585.000
2028: + 4.785.000
2029: + 4.785.000
2030: + 4.785.000

VE 2027 + 19.140.000
Davon fällig:
2028: + 4.785.000
2029: + 4.785.000
2030: + 4.785.000
2031: + 4.785.000

„a) Zur Stärkung der CDO-Rolle sollen Haushaltsmittel im Zuständigkeitsbereich der/des CDO im Einzelplan 25 gebündelt werden. Hierzu werden dementsprechende Haushaltsmittel der Kapitel 0300 und 0360 zum Kapitel 2500 verlagert. Lediglich Personalausgaben sind aus strukturellen Gründen hiervon ausgenommen und werden im Kapitel 0360 gebündelt. c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt. Wurde bislang bei 0300/97114 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

**Titel 51161 - IKT-Basisdienste für E-Government als Bausteine in
fachverfahrensorientierten Online-Prozessen**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DC](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 25
hier: Nr. 13 Haupt

Ansatz 2026: 10.828.000 Euro
Ansatz 2027: 10.481.000 Euro

VE 2026 46.345.000
Davon fällig:
2027 9.269.000
2028 9.269.000
2029 9.269.000
2030 9.269.000
2031 9.269.000

VE 2027 46.345.000
Davon fällig:
2028 9.269.000
2029 9.269.000
2030 9.269.000
2031 9.269.000
2032 9.269.000

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 3.000.000
2027: + 3.000.000

VE 2026 + 15.000.000
Davon fällig:
2027: + 3.000.000
2028: + 3.000.000
2029: + 3.000.000
2030: + 3.000.000
2031: + 3.000.000

VE 2027 + 15.000.000
Davon fällig:
2028: + 3.000.000
2029: + 3.000.000
2030: + 3.000.000

2031: + 3.000.000
2032: + 3.000.000

„a) für Aufbau und Betrieb des IKT-Basisdienstes ‚Low Code-Plattformen‘ mit initial zwei Plattformen einschließlich Konzeptionierung und Bereitstellung von Schulungsangeboten

b) Anpassung der Tabelle: TA 9 (neu): IKT-Basisdienst ‚Low Code-Plattform‘ für Ersatz von Kleinstverfahren 2026: 3.000.000 2027: 3.000.000

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt. Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DC – ohne Aussprache zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass damit die Restelesung des Einzelplans 25 einschließlich des Stellenplans abgeschlossen sei.

Einzelplan 05 – Inneres und Sport

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke **Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05** [2400 CH](#)
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion **Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05** [2400 CV](#)
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) Haupt
- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD **Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05** [2400 DH](#)
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) Haupt

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenInnSport – I A 14 / I A 13 – vom 24.11.2025 **Transparenzgesetz und Projekt Direkte Demokratie** [2530](#)
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 19.11.2025) Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) weist darauf hin, dass sich bereits viele Koalitionen mit dem Transparenzgesetz beschäftigt hätten. Nach seiner Erinnerung habe der Senat vor einigen Jahren eine Umsetzung des Gesetzes in Aussicht gestellt, sobald das Parlament das Gesetz beschließe. Schon damals sei klar gewesen, dass zwischen Beschluss und Umsetzung ein bis zwei Jahre vergehen würden. Habe der Senat mit dem vorliegenden Haushalt sämtliche Vorarbei-

ten eingestellt, da er davon ausgehe, dass die Koalition das Gesetz nicht beschließen werde, sodass Vorbereitungen frühestens mit dem Haushalt 2027/2028 beginnen könnten und die Umsetzung erst ab 2030 möglich sei? Oder gebe es alternative Möglichkeiten, bei einem Beschluss des Parlaments bereits 2026/2027 mit den Vorbereitungen zu starten?

- b) Bericht SenInnSport – III E 21 – vom 06.11.2025 [1962 B](#)
Entwicklung der Fahrradstaffel Haupt
gemäß Auflage B. 27 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 1962 B – ohne Aussprache zu Kenntnis.

- c) Vertraulicher Bericht SenInnSport – III C 34 – vom [1848 A](#)
31.10.2025 Haupt
Verfahrens- und Ermittlungsaufkommen i. Z. m. Vertrauliche
SkyECC Beratung
(Berichtsauftrag aus der 66. Sitzung vom 09.10.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet bis Mai 2026 um einen Folgebericht zum aktuellen Stand beim Aufbau von Analyse- und Auswertungskompetenzen im Rahmen von P20, zum aktuellen Bearbeitungssachstand bei der Bearbeitung der SkyECC-Daten und mit einer Schätzung des inkriminierten Vermögens im SkyECC-Komplex.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) schlägt vor, den Folgebericht nach der Sommerpause zur roten Nr. 1848 A vorzulegen.

Zum Transparenzgesetz: Nach seiner Wahrnehmung habe die Koalition die Beratungen noch nicht abgeschlossen. Um eine verlässliche Prognose auch hinsichtlich der Gesamtkosten vornehmen zu können, sei es jedoch wichtig, die Absichten des Gesetzgebers einschätzen zu können. Falls Haushaltsmittel veranschlagt würden, sollten diese im Einzelplan 03 eingestellt werden.

Der **Ausschuss** nimmt den vertraulichen Bericht – rote Nr. 1848 A – zur Kenntnis.

**Kapitel 0500 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport –
Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ohne Aussprache ab.

Titel 68558 – Zuschüsse für Projekte der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 2 2400 CH
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 2 2400 DH
Haupt

Ansatz 2026: 5.769.000 Euro
Ansatz 2027: 5.769.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 500.000
2027: + 500.000

- „a) Zusätzliche Projektmittel für das Deradikalisierungsprogramm Rechtsextremismus
- b) Anpassung der Tabelle: TA 3: Berliner Landesprogramm Radikalisierungsprävention 2026: 2.400.000 2027: 2.400.000 Hinter den Erläuterungssatz, der mit „(...)“ durchgeführt werden.“ endet, wird folgender Satz als neuer Absatz eingefügt: „Zusätzliche Projektmittel i.H.v. je 500.000 Euro sind in beiden Jahren für das Deradikalisierungsprogramm Rechtsextremismus vorgesehen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 1

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 15.656.000
2027: - 10.650.000

„a) Gegenfinanzierung

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CH](#)
[Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ohne Aussprache ab.

Kapitel 0510 – Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Sport –

Mitberaten wird (übergreifend):

Bericht SenInnSport – IV A 2 – vom 23.10.2025 [2552](#)
Ausfallbürgschaften und -garantien sowie Kapitalzuführungen
hier: Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den vertraulichen Bericht – rote Nr. 2552 – zur Kenntnis.

Titel 52610 – Gutachten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ohne Aussprache ab.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ohne Aussprache ab.

Titel 53110 – Programminformation und Werbung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 7

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ohne Aussprache ab.

Titel 54053 – Veranstaltungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 3

Ansatz 2026: 50.000 Euro
Ansatz 2027: 50.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: **+6.000.000**
2027: **+/- 0**

„a) Ausgaben für den Bewerbungsprozess um Olympische und Paralympische Spiele in Berlin

b) Einfügung der Erläuterung: Vor dem bisherigen ersten Satz wird als neuer Absatz eingefügt: „Zusätzlich 6 Mio. Euro in 2026 für die Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele in Berlin.“ Der Satz „Weniger wegen Reduzierung der finanzierten Veranstaltungsanzahl.“ wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 54107 – Maßnahmen zur Entwicklung der Sportmetropole Berlin

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CV
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
Haupt
hier: Nr. 9

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenInnSport – IV D 21 – vom 26.11.2025 2540
Darstellung der Projekte, Gegenüberstellung der
Ansätze 24/25 zu 26/27 im Kapitel 0510, Titel 54107
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 19.11.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 2540 – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68276 – Zuschuss zur Deckung des Betriebsverlustes der großen Mehrzweckhallen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 10

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 11

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

Titel 68419 – Förderung des Sports

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 4

Ansatz 2026: 36.940.000 Euro
Ansatz 2027: 36.890.000 Euro

VE 2026	3.838.000
Davon fällig:	
2027	3.118.000
2028	720.000

2029 0

VE 2027 2.938.000

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 100.000
2027: + 350.000

VE 2026 +4.000.000

Davon fällig:

2027: + 100.000
2028: + 2.500.000
2029: + 1.400.000

VE 2027 +/- 0

„a) TA 27: Zuschuss für Betriebskosten und Instandhaltungsmaßnahmen an den Großverein SC Siemensstadt für die landeseigene Freizeit -Sportanlage "Sport Centrum Siemensstadt“ + 250.000 EUR in 2027 TA 32: Tauchturm und Liegenschaft DLRG Am Pichelssee: Sanierung inkl. Gutachten + je 100.000 EUR p.a. sowie 4 Mio. EUR Verpflichtungsermächtigungen zusätzlich zu den bereits in der 2. Lesung beschlossenen Mittel für die Liegenschaft am Pichelssee. Die Erläuterung zur TA 32 aus der 2. Lesung wird ersetzt durch die untenstehende Erläuterung

b) Anpassung der Tabelle: TA 27: Zuschuss für Betriebskosten und Instandhaltungsmaßnahmen an den Großverein SC Siemensstadt für die landeseigene Freizeit -Sportanlage „Sport Centrum Siemensstadt“ 2026: 2.000.000 2027: 2.300.000 TA 32: Zuschüsse für die Bundeslehr- und Forschungsstätte der DLRG 2026: 190.000 2027: 190.000 Anpassung der Erläuterung: Es wird eine Lfd. Nr. 32) in die Liste eingefügt und mit folgendem Text versehen: „150.000 Euro in 2026 und 100.000 Euro in 2027 Bei Verpflichtungsermächtigungen lfd. Nr. 32 (neu) sind für die Sanierung der Liegenschaft und des Tauchturms am Pichelssee 20-21, 13595 Berlin, in Höhe von 4 Mio. Euro einzusetzen. Diese teilt sich in die Jahresscheiben 2027: 100.000 € 2028: 2.500.000 € 2029: 1.400.000 € auf. Darin enthalten sind Mittel für ein entsprechendes Gutachten.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 12 [2400 CV](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

Titel 68506 – Zuschüsse an die Berliner Bäder-Betriebe

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 13

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 13 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 5

Ansatz 2026: 78.200.000 Euro
Ansatz 2027: 80.200.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.550.000
2027: + 1.550.000

„a) 50.000 Euro in 2026 sind für eine Machbarkeitsstudie Kombibad Marzahn-Hellersdorf vorgesehen. 1,5 Mio. Euro p.a. sind als Verstärkung des Zuschusses vorgesehen, um Einschränkungen der Saison zu vermeiden und ausreichende Beheizung bereitzustellen.

b) Anpassung der Erläuterung: Vor dem vorletzten Absatz wird folgender Satz eingefügt: „50.000 Euro in 2026 sind für eine Machbarkeitsstudie Kombibad Marzahn-Hellersdorf vorgesehen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kristian Ronneburg (LINKE) weist darauf hin, dass bereits eine Machbarkeitsstudie zum Kombibad Marzahn-Hellersdorf der Bäder-Betriebe von 2023 vorliege. Wolle die Koalition eine neue Machbarkeitsstudie beauftragen, und falls ja, zu welchem Zweck? Oder handele es um ein anderes Projekt, etwa die Erweiterung der Typenschwimmhalle um ein Außenbecken?

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich nach den Planungen des Senats und der Bäder-Betriebe für den Standort Marzahn-Hellersdorf.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bestätigt, dass 50 000 Euro für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Außenbeckens eingestellt worden seien.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt nach dem Zeitplan für die Studie. Zudem bitte er darum, in einem Bericht die ersten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Kombibad Marzahn-Hellersdorf darzustellen sowie den Umsetzungszeitplan zu erläutern.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) sagt den Bericht zu.

Titel 68523 – Ausgabenersatz an die BBB für Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an landeseigenen Bädern

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 14 [Haupt](#)

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 6 [Haupt](#)

Ansatz 2026: 2.850.000 Euro
Ansatz 2027: 2.400.000 Euro

VE 2026 1.000.000
VE 2027 1.000.000

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 250.000
2027: + 250.000

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) Mittel für die Ertüchtigung des Strandbades Wannsee b) Anpassung der Erläuterung: Nach dem Absatz „(...) Rahmen verfügbarer Mittel.“ wird folgender neuer Absatz eingefügt: „Für die Ertüchtigung des Strandbads Wannsee werden Mittel von 250.000 € p.a. zur Verfügung gestellt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ab.

Titel 86305 – Darlehen an Sportorganisationen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 15

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 15 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

Titel 89360 – Zuschüsse an Sportorganisationen

hierzu:

a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 16

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 7

Ansatz 2026: 634.000 Euro
Ansatz 2027: 634.000 Euro

VE 2026 634.000
VE 2027 634.000

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 240.000

2027: +/- 0

VE 2026 +/- 0

VE 2027 +/- 0

„a) Aufstockung des Vereinsinvestitionsprogramms zugunsten des Mellowparks

b) Ergänzung der Erläuterung: „Mittel in Höhe von 240.000 € im Haushaltsjahr 2026 sind für den Mellowpark vorgesehen.“ Die Beträge im Erläuterungstext werden entsprechend angepasst.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0511 – Olympiapark Berlin

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 8

Ansatz 2026: 6.100.000 Euro

Ansatz 2027: 6.470.000 Euro

VE 2026 3.650.000

VE 2027 3.650.000

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0

2027: + 2.500.000

VE 2026 +/- 0

VE 2027 +/- 0

„a) Temporäre Hülle für das Olympiabad im Winter (mit auffahrbaren ETFE-Luftkissen in Leichtbauweise)

b) Nach dem letzten Satz des dritten Absatzes, der mit „(...) im Olympiastadion veranschlagt.“ endet, wird folgender neuer Satz eingefügt. „2,5 Mio. Euro in 2027 sind für eine temporäre Hülle für das Olympiabad im Winter (mit auffahrbaren ETFE-Luftkissen in Leichtbauweise) vorgesehen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0512 – Sportforum Berlin

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 9

Ansatz 2026: 5.114.000 Euro

Ansatz 2027: 5.564.000 Euro

VE 2026 2.700.000

VE 2027 2.700.000

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 500.000

2027: +/- 0

VE 2026 +/- 0

VE 2027 +/- 0

„a) Für 2026 sind 500.000 Euro für die Erneuerung des Stromanschlusses für das Fußballstadion im Sportforum geplant. b) Ergänzung der Erläuterung: „500.000 € im Haushaltsjahr 2026 sind für die Erneuerung des Stromanschlusses für das Fußballstadion im Sportforum vorgesehen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0532 – Polizei Berlin - Landespolizeidirektion –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 806.029.000 Euro

Ansatz 2027: 838.364.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0

2027: +/- 0

„a) Änderungen im Rahmen der Polizeistrukturreform: Die Strukturbetrachtung bei der Polizei Berlin führt zur Modifikation der Besoldungsstruktur und der Einführung eines neuen Endamts im gehobenen Dienst des Polizeivollzugs, um den gestiegenen Verantwortungsbereichen gerecht zu werden und die Zukunftsfähigkeit der Polizei Berlin sicherzustellen. Daher sind insgesamt 7 Hebungssachverhalte (in Kapitel 0532 und 0543) im Bereich der B-Besoldung und die Einführung der Amtszulage A 13 Z erforderlich. Die Besoldungsanpassung erfolgt kostenneutral durch insgesamt 278 Stellenwertänderungen bei der Polizei Berlin. Die Gegenfinanzierung der Polizeistrukturreform ist bereits im vorliegenden Haushaltsplänenentwurf 2026/2027 enthalten.

b) –

c) Anpassung des Stellenplans: 2026/2027: Teilplan A +1 B4 - Direktor/in der Landespolizeidirektion + 2 B3 - Erste/r Direktor/in bei der Polizei Berlin - 3 A16 - Leitende(r) Polizeidirektor/in +77 A13Z - Erste(r) Polizeihauptkommissar/in mit Amtszulage - 31 A13S - Erste(r) Polizeihauptkommissar/in - 34 A12 - Polizeihauptkommissar/in - 12 A11 - Polizeihauptkommissar/in“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 11

Ansatz 2026: 123.953.000 Euro
Ansatz 2027: 127.672.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 500.000
2027: + 512.000

„a) Personelle Verstärkung der Bußgeldstelle

c) Anpassung des Stellenplans:
2026/2027:
Teilplan A + 8 E9a -Tarifbeschäftigte“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 12

Ansatz 2026: 1.150.000 Euro
Ansatz 2027: 1.170.000 Euro

VE 2026 1.170.000
Davon fällig:
2027 1.170.000

VE 2027 950.000

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 500.000
2027: + 500.000

VE 2026 + 500.000
Davon fällig:
2027: 500.000

VE 2027 +/- 0

„a) Beschaffung zusätzlicher AVÜK-Anlagen

b) Anpassung der Auflistung: in 2026 und 2027 wird jeweils unter ‚Erweiterung des Gerätbestandes‘ eine neue Zeile mit dem Titel ‚AVÜK-Anlagen und Radar-Trailer (...) 500.000 €‘ eingefügt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 81230 – Drohnen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ab.

Titel 81232 – Videoaufklärung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 7

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ab.

Titel 81259 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 13

Ansatz 2026: 500.000 Euro
Ansatz 2027: 300.000 Euro

VE 2026 300.000
VE 2027 250.000

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 75.000
2027: + 75.000

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) Ausstattung der Funkwagen der Polizei Berlin mit FAST-ID-Geräten für eine schnelle, sichere und effiziente Identifizierung von Personen direkt am Einsatzort, entlastet Verwaltungsstellen und verbessert die Beweissicherung. b) Anpassung der Auflistung: in 2026 und 2027 wird jeweils unter ‚Erweiterung des Gerätbestandes‘ eine neue Zeile mit dem Titel ‚FAST-ID-Geräte (...) 75.000 €‘ eingefügt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Neuer Titel - Zuschüsse an die BIM GmbH für Sanierungsausgaben an Liegenschaften der Polizei Berlin

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
[Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

Kapitel 0543 – Polizei Berlin - Landeskriminalamt –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 14

Ansatz 2026: 204.603.000 Euro

Ansatz 2027: 211.313.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 14 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0

2027: +/- 0

„a) Die Strukturbetrachtung bei der Polizei Berlin führt zur Modifikation der Besoldungsstruktur und der Einführung eines neuen Endamts im gehobenen Dienst des Polizeivollzugs, um den gestiegenen Verantwortungsbereichen gerecht zu werden und die Zukunftsfähigkeit der Polizei Berlin sicherzustellen. Daher sind insgesamt 7 Hebungssachverhalte (in Kapitel 0532 und 0543) im Bereich der B-Besoldung und die Einführung der Amtszulage A 13 Z erforderlich. Die Besoldungsanpassung erfolgt kostenneutral durch insgesamt 278 Stellenwertänderungen bei der Polizei Berlin. Die Gegenfinanzierung der Polizeistrukturreform ist bereits im vorliegenden Haushaltspanentwurf 2026/2027 enthalten.

c) Änderung im Stellenplan: 2026/2027: Teilplan A + 42 A13Z - Erste(r) Kriminalhauptkommissar/ in mit Amtszulage

-17 A13S - Erste(r) Kriminalhauptkommissar/ in

- 18 A12 - Kriminalhauptkommissar/ in

- 7 A11 - Kriminalhauptkommissar/ i“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0556 – Polizei Berlin - Direktion Zentraler Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 15

Ansatz 2026: 45.277.000 Euro
Ansatz 2027: 46.636.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0
2027: +/- 0

„a) Die B 3 – Stelle wurde noch mit alter Bezeichnung „Leiter/in der Zentralen Serviceeinheit beim Polizeipräsidenten in Berlin“ in Kapitel 0531 geführt. Es erfolgte mit hiesigem Haushaltsgesetzentwurf zwar bereits eine Umsetzung in das Kapitel 0556, jedoch weiterhin mit alter Bezeichnung. Daher muss jetzt die Bezeichnung in 0556 wie folgt geändert werden: „Erste (r) Direktor/in bei der Polizei Berlin“. Die Umsetzung erfolgte kostenneutral; die B 3 – Stelle war vorher bereits vorhanden. c) Änderung im Stellenplan: 2026/2027: Teilplan A + 1 B3 - Erste (r) Direktor/in bei der Polizei Berlin - 1 B3 - Leiter/in der zentralen Serviceeinheit beim Polizeipräsidenten in Berlin.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 16

Ansatz 2026: 57.488.000 Euro
Ansatz 2027: 57.488.000 Euro

VE 2026 25.000.000
VE 2027 25.000.000

Änderungsantrag Nr. 16 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 3.061.000

2027: + 4.263.000

VE 2026 +/- 0

VE 2027 +/- 0

„a) Die FM-Titel bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr sind nicht entsprechend des Zielreports der BIM ausgestattet. Damit beide Behörden ihre rechtlichen Verpflichtungen im Rahmen des vorgegebenen Budgets gegenüber der BIM erfüllen können, sind die Ansätze der FM-Titel entsprechend zu erhöhen. Betroffen sind neben den Mietausgaben und den Betriebs- und Nebenkosten auch die Anteile der nutzerspezifischen Nebenkosten, für die die BIM Wartungs- und Instandhaltungsverträge abgeschlossen hat.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 17

Ansatz 2026: 113.488.000 Euro
Ansatz 2027: 113.488.000 Euro

VE 2026 50.000.000
VE 2027 50.000.000

Änderungsantrag Nr. 17 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 3.875.000

2027: + 3.875.000

VE 2026 +/- 0

VE 2027 +/- 0

„a) Die FM-Titel bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr sind nicht entsprechend des Zielreports der BIM ausgestattet. Damit beide Behörden ihre rechtlichen Verpflichtungen im Rahmen des vorgegebenen Budgets gegenüber der BIM er-

füllen können, sind die Ansätze der FM-Titel entsprechend zu erhöhen. Betroffen sind neben den Mietausgaben und den Betriebs- und Nebenkosten auch die Anteile der nutzerspezifischen Nebenkosten, für die die BIM Wartungs- und Instandhaltungsverträge abgeschlossen hat.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 18

Ansatz 2026: 2.063.000 Euro
Ansatz 2027: 2.063.000 Euro

VE 2026 500.000
VE 2027 500.000

Änderungsantrag Nr. 18 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 799.000
2027: + 891.000

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) Die FM-Titel bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr sind nicht entsprechend des Zielreports der BIM ausgestattet. Damit beide Behörden ihre rechtlichen Verpflichtungen im Rahmen des vorgegebenen Budgets gegenüber der BIM erfüllen können, sind die Ansätze der FM-Titel entsprechend zu erhöhen. Betroffen sind neben den Mietausgaben und den Betriebs- und Nebenkosten auch die Anteile der nutzerspezifischen Nebenkosten, für die die BIM Wartungs- und Instandhaltungsverträge abgeschlossen hat.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 63115 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 8 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CH – ab.

Titel 81179 - Fahrzeuge

hierzu:

a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 3 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 19 Haupt

Ansatz 2026: 11.800.000 Euro
Ansatz 2027: 11.100.000 Euro

VE 2026 11.100.000
VE 2027 12.000.000

Änderungsantrag Nr. 19 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.640.000
2027: +/- 0

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) Verstärkung des Fuhrparks der Berliner Polizei: + 20 Abschnittseinsatzwagen in 2026

b) Anpassung der Tabelle: 2026: 80 Einsatzwagen Abschnitt (...) 6.560.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0561 – Berliner Feuerwehr - Behördenleitung –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 20

Ansatz 2026: 12.132.000 Euro
Ansatz 2027: 13.076.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 20 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 24.000
2027: + 25.000

„a) Hebung besonderer Führungsämter – hier Ärztliche/r Leiter/in Rettungsdienst der Berliner Feuerwehr (ÄLRD), Leiter/in des Leitungsstabes der Berliner Feuerwehr, Ständige/r Vertreter/in des/der Landesbranddirektors/in (LBD-V) und Landesbranddirektor/in (LBD) Ebenengerechte Einordnungen des ÄLRD, des LBD und des LBD-V. Leiter/in des Leitungsstabes der Berliner Feuerwehr in der Verantwortung hochkomplexer Steuerungsprozesse über alle Abteilungen und Organisationseinheiten.

c) Änderung des Stellenplans: 2026/2027 Teilplan A +1 B2 - Leitende/r Branddirektor/in mit dem Funktionszusatz „als Leitung des Leitungsstabes der Berliner Feuerwehr“ +1 B3 - Abteilungsdirektor/in mit dem Funktionszusatz „als Ärztliche Leiter/in Rettungsdienst der Berliner Feuerwehr

+ 1 B4 - Leitende/r Branddirektor/in der Feuerwehr mit dem Funktionszusatz „als ständige/r Vertreter/in des/r Landesbranddirektor s/in“
+ 1 B6 - Landesbranddirektor/in
- 1 A16 - Leitende/r Branddirektor/in (LdL)
- 1 B2 - Abteilungsdirektor/in
- 1 B3 - Leitende/r Branddirektor/in mit dem Funktionszusatz „als ständige/r Vertreter/in des/r Landesbrand - direktor s/in #“
- 1 B5 - Landesbranddirektor/in Jeweils mit Stellenvermerk: Vorbehaltlich einer entsprechenden Änderung des Landesbesoldungsgesetzes“

André Schulze (GRÜNE) weist darauf hin, dass seine Fraktion den Anträgen zur Polizeistrukturreform zugestimmt habe, da diese im Fachausschuss ausführlich diskutiert und be-

gründet worden seien. Der Änderungsantrag zur Feuerwehr, der einen deutlichen Anstieg der Leitungsfunktionen vorsehe, sei hingegen im Innenausschuss nicht beraten worden. Es sei zudem unklar, ob eine vergleichbare Strukturreform wie bei der Polizei geplant sei. In der Antragserläuterung werde auf Änderungen des Landesbesoldungsgesetzes verwiesen; gebe es darüber hinaus eine inhaltliche Begründung für den Stellenanstieg?

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bedankt sich zunächst für die einstimmige Zustimmung zu den Änderungsanträgen zur Polizeistrukturreform. Dieser Reform seien umfassende Strukturprüfungen vorausgegangen und mit der Zusammenlegung von Abschnitten sei bereits begonnen worden. Für die Feuerwehr habe eine solche Prüfung nicht stattgefunden, weshalb SenInnSport von dem vorliegenden Änderungsantrag fachlich abgeraten habe.

Christian Goiny (CDU) betont, dass die Koalition bei der Feuerwehr einen ähnlichen Handlungsbedarf wie bei der Polizei sehe, da Verantwortung und Einsatzbelastung der Führungskräfte vergleichbar hoch seien. Der Änderungsantrag sei ein erster Schritt, und die B-Besoldung solle auch bei der Feuerwehr angehoben werden; hierzu seien jedoch weitere Maßnahmen im Rahmen des Landesbesoldungsgesetzes erforderlich, die noch zu diskutieren seien.

Staatssekretär Christian Hochgrebe (SenInnSport) bekräftigt, dass diese Auffassung von SenInnSport nicht geteilt werde. Vergütungsfragen sollten am Ende eines Strukturprüfungsprozesses und nicht zu Beginn behandelt werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 21

Ansatz 2026: 350.000 Euro
Ansatz 2027: 357.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 21 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5.000
2027: + 5.000

„a) Mehrbedarf und Zweckbindung für Psychosoziale Notfallversorgung für Betroffene (PSNV -B)

b) Ergänzung der Erläuterung: "Zusätzliche Mittel in Höhe von 5.000 EUR p.a. sind vorgesehen für die Psychosoziale Notfallversorgung für Betroffene (PSNV -B)."

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 54053 – Veranstaltungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 22

Ansatz 2026: 168.000 Euro
Ansatz 2027: 50.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 22 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 40.000
2027: + 40.000

„a) Zusätzlich je 40.000 Euro pro Jahr sind für Jugendlager der Jugendfeuerwehr vorgesehen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0562 – Berliner Feuerwehr - Einsatzbetrieb –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 23

Ansatz 2026: 193.399.000 Euro
Ansatz 2027: 207.007.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 23 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 4.000
2027: + 4.000

„a) Hebung besonderer Führungsämter – hier Leitung der Abteilung Einsatzbetrieb (EB). Größte Abteilung mit über 3.700 hauptamtlichen und rund 3.000 ehrenamtlichen Angehörigen. Gesamtverantwortung für den operativen Einsatzdienst, mit der Struktur 2020 übergeleitet von drei Direktionen (dreimal A16) in eine Abteilung

c) Änderung des Stellenplans: 2026/2027: Teilplan A +1 B2 - Leitende/r Branddirektor/in mit dem Funktionszusatz „als Leitung der Abteilung Einsatzbetrieb (EB)“ -1 A16 - Leitende/r Branddirektor/in (EB) Stellenvermerk: Vorbehaltlich einer entsprechenden Änderung des Landesbesoldungsgesetzes.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0565 – Berliner Feuerwehr - Zentraler Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 24

Ansatz 2026: 20.475.000 Euro
Ansatz 2027: 22.031.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 24 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 9.000
2027: + 10.000

„a) Hebung besonderer Führungsämter – hier Leitung der Abteilungen Einsatzsteuerung (ES) und Zentraler Service (ZS) Abteilungsleitung ES mit komplexer Prozessverantwortung und hoher Budget- und Ergebnisverantwortung; Personalkörper von über 500 hauptamtlichen Angehörigen – von der Notrufbearbeitung bis zur IKT und Digitalisierung Abteilungsleitung ZS mit großen diversen und komplexen Organisationseinheiten – insbesondere im Rechts-, Finanz- und Beschaffungsbereich -, Personalverantwortung für über 400 Angehörige

c) Änderung des Stellenplans: 2026/2027: Teilplan A +1 B2 - Leitende/r Branddirektor/in mit dem Funktionszusatz „als Leitung der Abteilung Einsatzsteuerung (ES)“ +1 B2 - Leitende/r Regierungsdirektor/in mit dem Funktionszusatz „als Leitung der Abteilung Zentraler Service (ZS) bei der Berliner Feuerwehr“ -1 A16 - Leitende/r Regierungsdirektor/in (ZS) -1 A16 - Leitende/r Branddirektor/in (Einsatzlenkung / Leitstelle - ES) Jeweils mit Stellenvermerk: Vorbehaltlich einer entsprechenden Änderung des Landesbesoldungsgesetzes.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 25

Ansatz 2026: 14.420.000 Euro
Ansatz 2027: 14.420.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 25 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 992.000
2027: + 766.000

„a) Die FM-Titel bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr sind nicht entsprechend des Zielreports der BIM ausgestattet. Damit beide Behörden ihre rechtlichen Verpflichtungen im Rahmen des vorgegebenen Budgets gegenüber der BIM erfüllen können, sind die Ansätze der FM-Titel entsprechend zu erhöhen. Betroffen sind neben den Mietausgaben und den Betriebs- und Nebenkosten auch die Anteile der nutzerspezifischen Nebenkosten, für die die BIM Wartungs- und Instandhaltungsverträge abgeschlossen hat.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 26

Ansatz 2026: 35.193.000 Euro

Ansatz 2027: 35.193.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 26 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 992.000

2027: + 834.000

„a) Die FM-Titel bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr sind nicht entsprechend des Zielreports der BIM ausgestattet. Damit beide Behörden ihre rechtlichen Verpflichtungen im Rahmen des vorgegebenen Budgets gegenüber der BIM erfüllen können, sind die Ansätze der FM-Titel entsprechend zu erhöhen. Betroffen sind neben den Mietausgaben und den Betriebs- und Nebenkosten auch die Anteile der nutzerspezifischen Nebenkosten, für die die BIM Wartungs- und Instandhaltungsverträge abgeschlossen hat.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 27

Ansatz 2026: 5.301.000 Euro

Ansatz 2027: 5.301.000 Euro

VE 2026 5.101.000

VE 2027 -

Änderungsantrag Nr. 27 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 50.000

2027: + 21.000

VE 2026 +/- 0

VE 2027 +/- 0

„a) 50.000 Euro in 2026 sind für die Errichtung eines Pavillons/mobilen Carports o.ä. für die Freiwilligen Feuerwehren Wilhelmshagen sowie Hellersdorf vorgesehen, da ein neues Löschgruppenfahrzeug beschafft wurde, das nicht in das gegenwärtige Gebäude passt und der Neubau bis voraussichtlich frühestens 2027 fertiggestellt sein wird. Betreffend die 21.000 Euro in 2027: Die FM -Titel bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr sind nicht entsprechend des Zielreports der BIM ausgestattet. Damit beide Behörden ihre rechtlichen Verpflichtungen im Rahmen des vorgegebenen Budgets gegenüber der BIM erfüllen können, sind die Ansätze der FM -Titel entsprechend zu erhöhen. Betroffen sind neben den Mietausgaben und den Betriebs - und Nebenkosten auch die Anteile der nutzerspezifischen Nebenkosten, für die die BIM Wartungs - und Instandhaltungsverträge abgeschlossen hat.

b) Ergänzung der Erläuterung: „Mittel in Höhe von 50.000 € im Haushaltsjahr 2026 sind für die Errichtung jeweils eines Pavillons bzw. Carports für die Freiwilligen Feuerwehren Wilhelmshagen sowie Hellersdorf vorgesehen, als zusätzliche und geschützte Unterstellmöglichkeit für Einsatzfahrzeuge außerhalb der Wachgebäude (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 28

Ansatz 2026: 27.500.000 Euro

Ansatz 2027: 27.938.000 Euro

VE 2026 -

VE 2027 -

Änderungsantrag Nr. 28 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5.000.000

2027: + 5.000.000

VE 2026 + 10.000.000

Davon fällig:

2027: + 5.000.000

2028: + 5.000.000

VE 2027 +/- 0

„a) Weiterförderung der Stroke-Einsatz-Mobile (STEMO) und überjährige Absicherung durch eine Verpflichtungsermächtigung

b) Anpassung der Tabelle: Neuer TA: „Stroke-Einsatz-Mobile (STEMO)“ 2026: 5.000.000 2027: 5.000.000 Nach dem ersten Satz nach der Tabelle wird folgender Satz eingefügt: „5 Mio. Euro pro Haushaltsjahr sind für Förderung von STEMOS vorgesehen (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 29

Ansatz 2026: 27.500.000 Euro

Ansatz 2027: 27.938.000 Euro

VE 2026 -

VE 2027 -

Änderungsantrag Nr. 29 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5.000.000

2027: + 5.000.000

VE 2026 + 10.000.000

Davon fällig:

2027: + 5.000.000

2028: + 5.000.000

VE 2027 **+/- 0**

„a) Weiterförderung der Stroke-Einsatz-Mobile (STEMO) und überjährige Absicherung durch eine Verpflichtungsermächtigung

b) Anpassung der Tabelle: Neuer TA: „Stroke-Einsatz-Mobile (STEMO)“ 2026: 5.000.000 2027: 5.000.000 Nach dem ersten Satz nach der Tabelle wird folgender Satz eingefügt: „5 Mio. Euro pro Haushaltsjahr sind für Förderung von STEMOS vorgesehen (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 81101 – Lösch-Hilfeleistungsfahrzeuge

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 30

Ansatz 2026: 5.857.000 Euro
Ansatz 2027: 4.326.000 Euro

VE 2026 4.326.000
VE 2027 13.568.000

Änderungsantrag Nr. 30 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 4.431.000
2027: - 2.900.000

VE 2026 - 2.900.000
VE 2027 +/- 0

„a) Verlagerung in das Sondervermögen

b) Anpassung der Tabelle Streichung der Tabelle. Ergänzung der Erläuterung: „Für 2026 und 2027 ist die Beschaffung von LHF -Basisfahrzeugen, LHF -Ausbau und Beladung sowie LHF - Komplettfahrzeugen (einjährige Beschaffung) vorgesehen.“

André Schulze (GRÜNE) erklärt, dass seine Fraktion es für falsch halte, weitere Maßnahmen aus dem Kernhaushalt in das Sondervermögen zu verlagern.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) schließt sich dem an. Insbesondere Löschfahrzeuge sollten im Kernhaushalt verbleiben, und die Feuerwehr müsse im Landeshaushalt gut ausgestattet sein. Eine Verlagerung in das Sondervermögen, das seine Fraktion ohnehin kritisch sehe, sei der falsche Weg.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – zu.

Titel 81103 – Hubrettungsfahrzeuge

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 31

Ansatz 2026: 1.700.000 Euro
Ansatz 2027: 1.716.000 Euro

VE 2026 1.716.000
VE 2027 1.500.000

Änderungsantrag Nr. 31 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 90.000
2027: - 204.000

VE 2026 - 204.000
VE 2027 +/- 0

„a) Verlagerung in das Sondervermögen b) Anpassung der Tabelle Streichung der Tabelle. Ergänzung der Erläuterung: „Für 2026 und 2027 ist die Beschaffung von Hubrettungs-Basisfahrzeugen, Hubrettungsfahrzeuge -Ausbau und - Beladung sowie Hubrettungs-Komplettfahrzeugen (einjährige Beschaffung) vorgesehen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 81107 – Notarzteinsatzfahrzeuge

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 32

Ansatz 2026: 608.000 Euro
Ansatz 2027: 350.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 32 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 304.000
2027: + 350.000

„a) Je ein weiteres Notarzteinsatzfahrzeug kann pro Jahr beschafft werden b) Anpassung der Tabelle Notarzteinsatzfahrzeuge -komplett-: „3/2“ 2026: 912.000 2027: 700.000.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 81120 – Löschboote

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 33

Ansatz 2026: -
Ansatz 2027: -

VE 2026 -
VE 2027 -

Änderungsantrag Nr. 33 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 50.000

2027: + 50.000

VE 2026 +/- 0

VE 2027 + 4.000.000

Davon fällig:

2028 + 4.000.000

„a) Beschaffung eines Wasserstoff-Feuerwehrboots

b) Einfügung der Erläuterung: „Beschaffung eines Wasserstoff-Feuerwehrboots in 2028“

c) Der Wegfallvermerk wird gestrichen“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 89120 – Neubau von Wachen der Freiwilligen Feuerwehr

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 34

Ansatz 2026: 6.078.000
Ansatz 2027: 2.800.000

VE 2026 7.300.000
VE 2027 4.500.000

Änderungsantrag Nr. 34 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 6.078.000
2027: - 2.800.000

VE 2026 - 7.300.000
VE 2027 - 4.500.000

„a) Verlagerung in das Sondervermögen

b) Verlagerung nach Kapitel 2980 MG 05

c) Einfügung Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

**Neuer Titel - Zuschüsse an die BIM GmbH für Sanierungsausgaben an
Liegenschaften der Berliner Feuerwehr**

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

**Kapitel 0566 – Berliner Feuerwehr - Berliner Feuerwehr- und
Rettungsdienst-Akademie –**

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05 Haupt
hier: Nr. 35

Ansatz 2026: 12.578.000
Ansatz 2027: 13.742.000

Änderungsantrag Nr. 35 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 4.000
2027: + 4.000

VE 2026 - 7.300.000
VE 2027 - 4.500.000

„a) Hebung besonderer Führungsämter – hier Leitung der BFRA Personalverantwortung für fast 2.000 Angehörige, Verantwortung für die beiden Bereiche ‚Landesfeuerwehrschule‘ und ‚Rettungsdienstschule‘, größte Rettungsdienstschule Deutschlands unter Aufsicht des LaGeSo

c) Änderung des Stellenplans: 2026/2027: Teilplan A +1 B2 - Leitende/r Branddirektor/in mit dem Funktionszusatz „als Leitung der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie“ -1 A16 - Leitende/r Branddirektor/in A16 (BFRA) Stellenvermerk: Vorbehaltlich einer entsprechenden Änderung des Landesbesoldungsgesetzes.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DH](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 36

Ansatz 2026: 7.316.000
Ansatz 2027: 7.326.000

VE 2026 -
VE 2027 23.760.000

Änderungsantrag Nr. 36 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5.000
2027: + 5.000

VE 2026 +/- 0
VE 2027 +/- 0

„a) Mehrbedarf und Zweckbindung für Psychosoziale Notfallversorgung für Betroffene (PSNV-B) b) Ergänzung der Erläuterung: "Zusätzliche Mittel in Höhe von 5.000 EUR sind vorgesehen für die Psychosoziale Notfallversorgung für Betroffene (PSNV-B).“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

**Kapitel 0574 – Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten –
Fahrerlaubnisse, Personen- und Güterbeförderung –**

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigt

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DH
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05

hier: Nr. 37

Ansatz 2026: 1.966.000
Ansatz 2027: 2.028.000

Änderungsantrag Nr. 37 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 180.000
2027: + 180.000

„a) Stellenverstärkung im LABO im Bereich Konzessionerteilung Mietwagengewerbe

c) Anpassung des Stellenplans: 2026/2027: Teilplan A +2,4 E9b - Tarifbeschäftigte Stellenvermerk 0120: Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg. Stellenvermerk: „Die Beschäftigungspositionen im LABO Berlin werden im Bereich Konzessionerteilung Mietwagengewerbe verstärkt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktionen der CDU und der SPD – rote Nr. 2400 DH – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0581 – Landesamt für Einwanderung

Neuer Titel - Berliner Abschiebezentrum (Dublin-Zentrum zur Rückführung)

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CV](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 05
hier: Nr. 1 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CV – ab.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die Restelesung des Einzelplans 05 einschließlich des Stellenplans damit abgeschlossen sei.

[Unterbrechung der Sitzung von 11.43 Uhr bis 12.50 Uhr]

Einzelplan 15 – Finanzen –

Punkt 1 A der Tagesordnung

Schreiben SenFin – IV A 14 – vom 01.12.2025
Konsultationsverfahren gemäß § 5 Abs. 1
Haushaltsgesetz 2024/2025 zu überplanmäßigen
Mehrausgaben für Zuführungen zur
Versorgungsrücklage zur Finanzierung der
Auswirkungen aus dem Beschluss des
Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der
A-Besoldung / vorherige Zustimmung

[2561](#)

Haupt

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) führt aus, dass den Abgeordneten das Thema seit Jahren bekannt sei. Es habe immer wieder die Erwartung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts – BVerfG – zur Frage der verfassungsgemäßen Besoldung in den Jahren seit 2008 gegeben. Zwischenzeitlich habe es ein Urteil zur Besoldung R gegeben, welches zum Teil einen Hinweis geboten, jedoch keine Klarheit geschaffen habe, wie die Besoldung A in den entsprechenden Jahren zu bewerten sei. Das BVerfG habe den Senat ein wenig damit überrascht, dass es so spät im Jahr zu der Einschätzung gekommen sei, das Besoldungswesen grundsätzlich neu auszurichten. In der Regel erhalte man wohl einen Hinweis, dass beabsichtigt sei, die bisherige Rechtsprechung grundsätzlich neu auszurichten. Zudem gelte das wohl üblicherweise für Zukünftiges statt rückwirkend.

Momentan sei noch nicht absehbar, in welchem Umfang Nachzahlungen geleistet werden müssten. Es gehe um sehr komplexe Besoldungsverläufe bei vermutlich 100 000 bis 120 000 Widersprüchen, denen nachgegangen werden müsse. Angesichts der Veränderung der Besoldungsgrundsätze könnten derzeit nur grobe Schätzungen erfolgen. Der Sachverhalt werde so komplex und umfangreich, dass nicht mit einer vollständigen Auszahlung von Nachzahlungen im Jahr 2026 zu rechnen sei, sondern sich diese darüber hinaus erstrecken werde. Die vom Gericht angesetzte 6-prozentige Jahresverzinsung solle möglichst im Rahmen gehalten werden. Es werde sicherlich lange dauern, bis die Nachzahlungen vollständig abgearbeitet seien. Die Personalstellen seien gebeten worden, der SenFin bis zum 19. Dezember 2025 ein erstes Bild ihres Vorbereitungsstandes zu vermitteln. Der Ausschuss werde fortlaufend darüber informierte.

Voraussichtlich werde es sich um ein Auszahlungsvolumen von 400 bis 600 Millionen handeln, was deutlich mehr als die für 2026 angesetzten 280 Millionen Euro seien. Deshalb werde aufgrund der Überjährigkeit vorgeschlagen, möglichst viele Sicherungen einzurichten, insofern dies möglich sei. Zum einen sollten vorhandene Mittel aus dem Jahr 2025 genutzt werden, um die Versorgungsrücklage zu verstärken. Darüber hinaus solle ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet werden, das darauf abziele, den Zweck der Versorgungsrücklage ausdrücklich für die Höhe des zu diesem Zweck zugeführten Betrages und ausschließlich für den Zweck der Nachzahlung dieser Ansprüche auf Grundlage des Urteils des BVerfG zu ändern.

Die im Doppelhaushalt vorgesehene Vorsorge sowie das in diesem Jahr identifizierte Gesamtvolumen von 213 Mio. Euro ergäben eine maximale Summe von 493 Mio. Euro an potenzieller Vorsorge. Sollte es weniger sein, werde im kommenden Jahr nicht so viel zugeführt.

Der Betrag werde jedoch definitiv höher als 213 Mio. Euro liegen. Bereits gestern habe er während der Plenarsitzung beschrieben, dass geklärt werden müsse, was das Urteil für das bestehende Besoldungsgefüge bedeute. Das damalige von 2008 und den Folgejahren habe unter hohem Druck gestanden. Mittlerweile habe sich die Besoldung wieder dem Bundesdurchschnitt angeglichen und darüber hinaus entwickelt. Die neuen Grundsätze des BVerfG reichten jedoch weit über das Besoldungsgefüge hinaus.

Berlin sei in engem Austausch mit den übrigen Bundesländern, inwiefern die Besoldung auf Grundlage dieses Urteils stärker aufeinander abgestimmt werden könne. Wie werde mit der Berechnung künftiger Abstände umgegangen? Wie sei es um das sogenannte Familienmodell bestellt, zu dem sich das BVerfG bedauerlicherweise nicht geäußert habe? Dadurch ergäben sich direkt weitere Fragen, die vermutlich in Folgeverfahren beantwortet würden. Für 2025 werde aufgerufen, Widerspruch zu führen, da die künftige Rechtsprechung nicht absehbar sei.

Er erbitte vom Parlament die Zustimmung, 213 Mio. Euro der Versorgungsgrundlage zuzuführen. Dadurch entstehe eine Absicherung für die Nachzahlungsansprüche auf der Grundlage des Urteils.

Torsten Schneider (SPD) merkt an, dass die Rücklage von allen Koalitionen mitgenommen worden sei. Dass diese benötigt werde, sei die überwiegende Einschätzung sei gewesen. – Zu den erforderlichen Prozessen mit Blick auf die Zukunft hätten bereits erste interfraktionelle Vorgespräche stattgefunden. Die Koalition habe sich darauf verständigt, dass sowohl das Reparaturgesetz als auch die strukturelle Neuausrichtung der Besoldung A und ggf. B in einem parlamentarischen Verfahren begleitet würden. Eine Gesetzesvorlage aus dem Senat heraus solle daher nicht ohne diesen Vorlauf überstürzt werden. Bisher werde in Betracht gezogen, möglicherweise den Unterausschuss mit einer Neuzuweisung seiner Ausgaben auszurichten, falls dies erforderlich sei. Dazu gebe es derzeit Prüfungen. Das Thema sei zu strukturell, weshalb ein Wettbewerb um eine bessere Besoldung nicht förderlich sei und stattdessen eine gemeinsame Verabredung getroffen werden solle.

Steffen Zillich (LINKE) stimmt zu, dass der Prozess so verlaufen solle. Dies eröffne die Möglichkeit, über Varianten zu diskutieren, ohne direkt einen Gesetzentwurf zu entwickeln, sowie gezielt Fragen an den Senat zu stellen, um ggf. eine Möglichkeit durchzuspielen. Es sei wichtig, das Signal zu senden, dass man sich in einem gemeinsamen Prozess befindet. Dieser bedürfe struktureller Überlegungen, unabhängig davon, wie es konkret, z. B. über den Unterausschuss, geregelt werde.

Was der Senat vorlege, finde er nachvollziehbar. Es hätten auch andere Rücklagen dafür gebildet werden können. Für die nötigen Gesetzesänderungen bedürfe es eines Zeitplans. Das Ganze funktioniere jedoch nur dann, wenn die pauschalen Mehrausgaben 2025 nicht mit anderen Sachverhalten belegt seien. Diese seien zwar für diesen Fall des BVerfG-Urteils vorgesehen, aber nicht allein dafür. Es müsse sichergestellt sein, dass die Pauschale in dem entsprechenden Maß zur Verfügung stehe. Er bitte hierzu um eine Auskunft. Obwohl ein Statusbericht möglicherweise nächste oder übernächste Woche vorliege, könne der Senat sicherlich auch ohne diesen dazu ausführen.

André Schulze (GRÜNE) unterstützt, dass die Sachverhalte im parlamentarischen Verfahren behandelt würden. Wann sei SenFin in der Lage, eine breitere Grundlage für die Sachverhalte

der Vergangenheit und der Zukunft aufzuzeigen? Seine Fraktion unterstützte die akute Vorlage, da es sinnvoll sei, das absehbar benötigte Geld zurückzustellen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) führt aus, dass mit denjenigen, die keinen Widerspruch eingelegt hätten, ähnlich umgegangen werden solle. Der Aufruf zum Widerspruch für 2025 sei die denklogische Folge. Sollten nur die Personen Nachzahlungen erhalten, die konkret Widerspruch eingelegt hätten, sei in Zukunft mit einer Widerspruchswelle zu rechnen. Die Klärung der Frage, wer genau Nachzahlungen erhalte, könne zur Reduzierung der Widersprüche führen, indem sich alle darauf verlassen könnten, dass alle Betroffenen gleichgestellt würden.

Das parlamentarische Verfahren dazu begrüße er. – Es sei davon auszugehen, dass von den betroffenen Beamten inzwischen einige in Pension gegangen seien. Diese hätten einen zu niedrigen Pensionsanspruch. Werde dieser nun ebenfalls neu berechnet? Habe das Urteil Auswirkungen auf Pensionszahlungen?

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) erklärt, dass der Senat im Januar 2026 in der Lage sein werde, ein schärferes Bild zu beschreiben. Bis dahin seien erste Rückmeldungen, einschließlich der Anzahl der Widerspruchsführer, aus den angeschriebenen Personalstellen zu erwarten. Ebenfalls werde bis dahin im Senat eine Taskforce gegründet, die alle Personalstellen einbeziehe. Dadurch werde strukturierter Prozess sowie ein gemeinsames Verständnis der zu leistenden Aufklärungsarbeiten sichergestellt. Die Besoldungsverläufe seien komplex, da es sich um einen langen Zeitraum handele, jemand evtl. nicht durchgängig Landesbeamter gewesen oder mittlerweile verstorben sei und Erbschafts- und versorgungsrechtliche Angelegenheiten zu klären seien. Die Zahl der Kinder oder Eheverhältnisse könnten sich verändert haben. Dies lasse erahnen, womit Berliner Personalverwaltungen in den nächsten Jahren durchgängig beschäftigt sein würden. Die Antwort darauf könne nicht die Gründung einer Superbehörde zur Umsetzung von Verfassungsgerichtsurteilen bestehen. Durch Digitalisierung und automatisierte Auswertung der Akten müssten alternative Wege gefunden werden, auch in Abstimmung mit den anderen Ländern, die vor vergleichbaren Fragen ständen.

Wolle man eine freiwillige Ausweitung des Berechtigtenkreises vornehmen, ginge es nicht mehr um Hunderte Millionen Euro, sondern über eine Mehrzahl von Milliarden, die unmittelbar auszuzahlen wären. Dies werde sich ein Haushaltsgesetzgeber vor Augen führen, wenn er hierzu eine Entscheidung treffe. Für die Zukunft sei zu klären, was dies für zukünftige Besoldungsstruktur bedeute. Dringlicher sei zwar die Reparatur, da das BVerfG eine Frist gesetzt habe, nachgelagert werde jedoch über zwei Themen zu befinden sein: die Übernahme des Tarifergebnisses und eine grundsätzliche Neuausrichtung der Besoldung.

Aus dem Volumen, das für das laufende Jahr gesichert worden sei, seien 213 Mio. Euro verfügbar. Zum Jahresende müsse der verfügbare Betrag in eine Erhöhung der Zuführung an die Versorgungsrücklage umgewidmet werden. Im nächsten Jahr solle eine etatisierte Vorsorge in der pauschalen Mehrausgabe vorhanden sein, die dann ggf. zugeführt werden könnte. Eine Gewissheit, dass dies ausreiche, bestehe nicht. – Der Statusbericht werden nächsten Dienstag im Senat sein und dann unmittelbar dem Abgeordnetenhaus zur Verfügung stehen.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, inwiefern eine Ermächtigung geschaffen werden müsse, um aus den pauschalen Mehrausgaben die Rücklagenzuführung zu machen. Sollte dies nötig sein, müssten sich alle Fraktionen gewiss sein, dass dies noch geschafft werden müsse.

Bürgermeister Stefan Evers (SenFin) teilt mit, dass sich die Koalitionsfraktionen seines Wissens dessen bereits gewiss seien.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben – rote Nr. 2561 – wie beantragt zu und der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einzelplan 06 – Justiz und Verbraucherschutz –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) 2400 CI
Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) 2400 CN
Haupt
- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) 2400 CZ
Haupt

Mitberaten wird (übergreifend):

- Bericht SenJustV vom 27.11.2025 2470 A
Zuwendungsprojekte
hier: Excel-Datei ([Link](#))
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 19.11.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 2470 A – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

- Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 1 2400 CI
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CI – ohne Aussprache ab.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 1

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Die Prämien für besondere Leistungen werden einheitlich abgeschafft.
c) Wegfallvermerk: Der Titel fällt weg.“

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erklärt, dass seine Fraktion diesen Wegfall für falsch halte. Es sei wichtig und richtig, diejenigen, die sich durch besondere Leistung hervorheben, zu prämieren. Es sei Anreiz und Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Seine Fraktion halte es daher für kontraproduktiv, dass diese Prämien für besondere Leistungen abgeschafft werden sollten. Diese Kritik gelte auch für alle anderen Bereiche, in denen diese Prämien entfielen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – zu.

Titel 53111 – Ausschreibungen, Bekanntmachungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 2

Ansatz 2026: 80 000 Euro
Ansatz 2027: 80 000 Euro

VE 2026: 320 000 Euro
VE 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 30 000 Euro
2027: + 30 000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Zusätzliche finanzielle Mittel für Werbekampagnen und Messestände des Justizvollzuges zur Personalgewinnung

b) Anpassung der Tabelle: Werbemaßnahmen zur Bewerbung von Justizberufen
2026: 30.000 2027: 30.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 CZ
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 3

Ansatz 2026: 573 000 Euro

Ansatz 2027: 573 000 Euro

VE 2026: 600 000 Euro

VE 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 335 000 Euro
2027: + 335 000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Rücknahme der Kürzungen bei den bisher veranschlagten Mitteln zur Personalgewinnung, um weiterhin für die verschiedenen Berufsbilder im Justizvollzug zu werben (TA 2: +300.000 p.a.).

Rücknahme der Kürzungen bei Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter (TA 20: +15.000 p.a.)

Schaffung eines neuen Teilansatzes mit Mitteln zur Vorbereitung der Schöffen-Wahlen im Land Berlin (TA 23 neu: +20.000 p.a.)

b) Anpassung der Tabelle:

TA 2: Ausbildungsoffensive und Personalmarketing

2026: 300.000

2027: 300.000

Die Wörter „(externe Beratungsdienstleistung)“ werden aus der TA-Bezeichnung gestrichen.

TA 20: Organisation und Einrichtung von Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter

2026: 15.000

2027: 15.000

TA 23 (neu): Vorbereitung der Schöffen-Wahlen im Land Berlin

2026: 20.000

2027: 20.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 4

Ansatz 2026: 12 400 000 Euro
Ansatz 2027: 12 400 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 200 000 Euro
2027: + 1 200 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Die Ansätze im Entwurf für die Erstattung der Ausgaben für die gemeinsamen Fachobergerichte (Finanzgericht Berlin-Brandenburg, Landessozialgericht Berlin-Brandenburg) gegenüber dem Land Brandenburg werden in Anbetracht seit September 2025 vorliegender Schlussabrechnungen 2024 als nicht auskömmlich angesehen. Daher werden die Mittel für das gemeinsame Landessozialgericht um 700.000 Euro jährlich erhöht, die Ausgaben für das gemeinsame Finanzgericht um 500.000 Euro jährlich. Die Verpflichtung erfolgt aus einem gemeinsamen Staatsvertrag mit dem Land Brandenburg.

b) Anpassung der Tabelle:

Ausgleichszahlungen für das gemeinsame Landessozialgericht

2026: 7.900.000

2027: 7.900.000

Ausgleichszahlungen für das gemeinsame Finanzgericht

2026: 5.700.000

2027: 5.700.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

[2400 CZ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 5

Ansatz **2026:** 8 918 000 Euro
Ansatz **2027:** 9 154 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 400 000 Euro
2027: + 400 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Aufstockung bestehender und Schaffung neuer Zuwendungsprojekte im Justizvollzug:

Servicestelle Wegweiser (+20.000 p.a.)

Übergangsbegleitung für inhaftierte und haftentlassene Männer (+50.000 p.a.)

Durchführung von Elterncoaching in Berliner Haftanstalten (+180.000 p.a., neuer TA)

Gefangenenseelsorge (+150.000 p.a.)

Die übrigen Teilansätze bleiben unverändert bestehen.

b) Anpassung der Tabelle:

Servicestelle Wegweiser

2026: 105.185

2027: 107.487

Übergangsbegleitung für inhaftierte und haftentlassene Männer des Berliner Justizvollzuges

2026: 277.641

2027: 283.768

„Präfix R Berlin - Durchführung von Elterncoaching in Berliner Haftanstalten“ (neu)

2026: 180.000

2027: 180.000

(Zuordnung zum Arbeitsfeld Beratung und Betreuung von Inhaftierten/Übergangsmanagement)

Gefangenenseelsorge

2026: 450.000

2027: 450.000

Die Teilsummen der Arbeitsfelder sowie die Gesamtsumme werden entsprechend angepasst.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 6

Ansatz 2026: - 12 330 000 Euro

Ansatz 2027: - 12 560 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 6, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 6 867 000 Euro

2027: + 6 633 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Reduktion der Pauschalen Minderausgaben aufgrund des hohen Anteils gebundener Ausgaben im Einzelplan 06“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

**Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz –
Verbraucherschutz –**

Titel 54068 – Ausgaben für den Tierschutz –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 7

Ansatz 2026: 0 Euro

Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 7, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 120 000 Euro
2027: + 120 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Rücknahme von Kürzungen bei der Kastration von Katzen sowie beim Stadttaubenmanagement

b) Einfügung einer Tabelle:

TA 1: Kastration von Katzen

2026: 50.000

2027: 50.000

2025: 50.000

TA 2: Stadttaubenmanagement

2026: 70.000

2027: 70.000

2025: 200.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 [2400 CI](#)
hier: Nr. 2 Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass sich der Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CI – erledigt habe.

Titel 68250 – Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB) –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 [2400 CZ](#)
hier: Nr. 8 Haupt

Ansatz 2026: 25 940 000 Euro
Ansatz 2027: 25 940 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 8, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 888 000 Euro
2027: + 2 612 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Anpassung des Zuschussbetrages an den Wirtschaftsplan 2026 des LLBB“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CN](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
hier: Nr. 1

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass sich der Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CN – erledigt habe.

Mitberaten wird:

Bericht SenJustV vom 28.11.2025 [2039 D](#)
Wirtschaftsplan 2026 Haupt
Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)
gemäß Auflage A. 8 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 2039 D – ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68451 – Zuschüsse für den Tierschutz –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
hier: Nr. 9

Ansatz 2026: 90 000 Euro
Ansatz 2027: 90 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 9, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 125 000 Euro
2027: + 125 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Stärkung der Berliner Tiertafel, des Tierheims Berlin sowie der Knirpsenfarm Malchower Grashüpfer e.V.

b) Anpassung der Erläuterung:

Der Satz ‚Die Ausgaben sind vorgesehen für die Unterstützung von Projekten von Tierschutzorganisationen und –verbänden.‘ wird gestrichen.

Folgende Sätze werden stattdessen in die Erläuterung eingefügt:

„Die Ausgaben sind vorgesehen für

1. Unterstützung von Projekten von Tierschutzorganisationen und –verbänden, darunter die Berliner Tiertafel, i. H. v. jährlich 90.000 €
2. Tierheim Berlin i. H. v. jährlich 50.000 €
3. Knirpsenfarm Malchower Grashüpfer e.V. i. H. v. jährlich 75.000 €.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CI](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
hier: Nr. 3
- c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CN](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
hier: Nr. 2

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass sich der Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CI – sowie der Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CN – erledigt hätten.

Titel 68461 – Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 Haupt
hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 1 146 000 Euro
Ansatz 2027: 1 146 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 10, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 659 000 Euro
2027: + 659 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Förderung zusätzlicher Projekte und Absicherung von Kofinanzierungen im Rahmen der Berliner Ernährungsstrategie

b) Ergänzung der Erläuterung:

Vor dem Gender Budgeting werden folgende Sätze eingefügt:

„Zusätzliche Mittel werden für die folgenden Projekte bereitgestellt:

1. Klimaacker 2.0 des Weltacker Berlin e.V. (BEK-Projekt, hier: Kofinanzierungsanteil von 20% der Berliner Ernährungsstrategie), 10.000 € jährlich.

2. Ernährungsbildung in Berliner Kitas des Restlos Glücklich e.V. (BEK-Projekt, hier: Kofinanzierungsanteil von 20% der Berliner Ernährungsstrategie), 54.000 € jährlich.

3. Berlin is(s)t klimafreundlich der Verbraucherzentrale Berlin e.V. (BEK-Projekt, hier: Kofinanzierungsanteil der Berliner Ernährungsstrategie), 55.000 € jährlich.

4. Berliner Ernährungsstrategie in den Kiezen, Ernährungslotsen/-coaches. Mittel der ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative (hier: Kofinanzierungsanteil der Berliner Ernährungsstrategie), 540.000 € jährlich.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 68469 – Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.

a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 2400 CI
Haupt
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CI – ohne Aussprache ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 2400 CZ
Haupt
hier: Nr. 11

Ansatz 2026: 2 100 000 Euro
Ansatz 2027: 2 100 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 11, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 325 000 Euro
2027: + 325 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Mehrbedarf und Sicherung der Kofinanzierung des Bundes (Duale Förderung) bei der Verbraucherzentrale Berlin e.V.

b) Anpassung der Erläuterung:

Der letzte Absatz der Erläuterung („Wegfall der ... aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushalt.“) wird gestrichen.

Stattdessen wird folgender Satz eingefügt:

„Die Ausgaben umfassen außerdem die Dualen Förderungen (50%) der Verbraucherzentrale Berlin e.V. in den Bereichen ‚Information der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung‘ sowie ‚Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes‘.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 68475 – Förderung der Verbraucheraufklärung –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 [2400 CI](#)
Haupt
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CI – ohne Aussprache ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06 [2400 CZ](#)
Haupt
hier: Nr. 12

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 12, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 280 000 Euro
2027: + 280 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Zusätzliche Mittel für die Energieschuldenberatung der Verbraucherzentrale sowie den Stromsparcheck der Caritas

b) Folgende Sätze werden in die Erläuterung eingefügt:

„Mittel in Höhe von 100.000 € pro Haushaltsjahr sind für die Energieschuldenberatung der Verbraucherzentrale am neuen Standort vorgesehen.

Mittel in Höhe von 180.000 € pro Haushaltsjahr sind für den Stromsparcheck der Caritas vorgesehen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 68304 – Förderung der Tierzucht –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 13 Haupt

Ansatz 2026: 183 000 Euro
Ansatz 2027: 183 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 13, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 195 000 Euro
2027: + 213 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Rücknahme von Kürzungen bei Projekten zur Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“

b) Anpassung der Tabelle:

TA 4: Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“ für:

a) Die Stabilisierung der Bienenbestände und deren Gesunderhaltung

2026: 10.000

2027: 10.000

b) Die Unterstützung von Projekten zur Haltung von Bienenstöcken in Kitas, Schulen, Bildungseinrichtungen, öffentlichen Einrichtungen, in Kleingärten und auf Wohngebäuden

2026: 55.000

2027: 55.000

c) Bienenseuchen-Monitoring Amerikanische Faulbrut (AFB), Durchführung der labordiagnostischen Untersuchungen

2026: 80.000

2027: 98.000

d) Bienenkoordinationsstelle zur wissenschaftlichen Begleitung der Bienenhaltung, der Bienengesundheit und des Bienenschutzes in der Forschung, Lehre und Weiterbildung

2026: 50.000

2027: 50.000

Die Teilsumme und die Gesamtsumme werden entsprechend angepasst.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0610 – Strafverfolgungsbehörden –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 CZ
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 14

Ansatz 2026: 66 790 000 Euro
Ansatz 2027: 69 874 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 14, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 685 000 Euro
2027: + 1 727 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Stellenaufwuchs zur Intensivierung der Vermögensabschöpfung bei der Staatsanwaltschaft

Stellenaufwuchs zur Intensivierung der Vermögensabschöpfung im Ordnungswidrigkeitenrecht (u.a. Verfahren aus den Verbundeinsätzen), daher Verstärkung der Abteilung 43 der Amtsanwaltschaft

Mehr für eine R1-Stelle in der Abteilung 241 der Staatsanwaltschaft zur Stärkung der Bekämpfung der Geldwäsche und für Kapitalmarktdelikte

Stellenhebung Generalstaatsanwältin/Generalstaatsanwalt von R6 auf R7 zur Erhöhung der Attraktivität der Stelle und zur Anpassung an die Eingruppierung in vergleichbaren Ballungsräumen

c) Änderung des Stellenplans:

Seite 323, Bereichsüberschrift Generalstaatsanwaltschaft:

ab 2026

+ 1,000 Stelle R7 (Stellenvermerk: Vorbehaltlich einer entsprechenden Änderung des Landesbesoldungsgesetzes)

- 1,000 Stelle R6

Seiten 323/324, Bereichsüberschrift Staatsanwaltschaft:

ab 2026

+ 11,000 Stellen R1

+ 3,000 Stellen A10 (JOI)

+ 2,000 Stellen A8 (JHS)

Seite 324, Bereichsüberschrift Amtsanwaltschaft:

ab 2026

+ 2,000 Stellen A14gD (EOAA)

+ 3,000 Stellen A8 (JHS)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 6 [2400 CI](#)
Haupt

Titel 81260 – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haupt
- Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06**
hier: Nr. 15

Ansatz **2026:** 360 000 Euro
Ansatz **2027:** 400 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 15, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 360 000 Euro
2027: - 400 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Der Titel wird zum Kapitel 2980, Titel 81260 (MG 06) umgegliedert.

Ansatz 2026 360.000

Ansatz 2027 400.000

- 360.000
- 400.000

b) Anpassung der Erläuterung:

Die Erläuterung wird durch folgenden Satz ersetzt: „Die Ausgaben werden künftig bei Kapitel 2980, Titel 81260 (MG 06) nachgewiesen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 81240 – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 16

Ansatz 2026: 2 255 000 Euro
Ansatz 2027: 2 995 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 16, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 695 000 Euro
2027: - 2 345 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Ein Teil des Titels wird zum Kapitel 2980, Titel 81240 (MG 06) umgegliedert.

b) Anpassung der Erläuterung:

Wegfall der Teilansätze in 2026:

Ersatz Server-Hardware (60 T€), Ersatzbeschaffung Tertiärspeicherung (350 T€), Hochleistungsscanner (260 T€), Ersatzbeschaffung Firewall CDA-Lösung (25 T€)

Wegfall der Teilansätze in 2027:

Ersatz Server-Hardware (700 T€), Ersatz Monitore (1.200 T€), Ersatz für Notebooks zzgl. Dockingstation (Ersatz für ThinClient) für Entscheider Vollausstattung (300 T€), Ersatz-Router für CDA-Lösung für Notebook (30 T€), Ersatzbeschaffung Sitzungssaal-Clients (90 T€), Ersatzbeschaffung Auswerte-Notebooks (25 T€)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0620 – Ordentliche Gerichtsbarkeit –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 17

Ansatz 2026: 68 010 000 Euro

Ansatz 2027: 64 633 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 17, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 91 000 Euro

2027: + 93 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„b) Einfügung einer Erläuterung:

„Zusätzliche Mittel in Höhe von 91.000 € im Haushaltsjahr 2026 und 93.000 € im Haushaltsjahr 2027 sind für eine zusätzliche Stelle eines/einer Wirtschaftsreferent/-in im Fachbereich der Wirtschaftsstrafkammern am Landgericht 1 zur Unterstützung des richterlichen Personals bei großen Wirtschaftsstrafverfahren vorgesehen (verbindliche Erläuterung).“

c) Änderung des Stellenplans:

Seite 361, Bereichsüberschrift Landgericht I – Strafsachen – ab 2026

+ 1,000 Stelle E 14“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51920 – Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 18

Ansatz 2026: 20 000 Euro
Ansatz 2027: 20 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 18, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 30 000 Euro
2027: + 30 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

- „a) Finanzierung von Hitzeschutzmaßnahmen und mobilen Klimageräten für das Familiengericht
- b) Ergänzung der Erläuterung: „Ebenso sind Hitzeschutzmaßnahmen (z.B. Jalousien) und mobile Klimageräte für das Familiengericht vorgesehen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 CZ
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 19

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 19, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2 070 000 Euro
2027: + 2 070 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

- „a) Im Entwurf waren keine finanziellen Mittel für baulich-sicherheitsrelevante Maßnahmen vorgesehen, die für die Gewährleistung des Schutzes der am Campus Moabit untergebrachten Strafgerichte und Strafverfolgungsbehörden erforderlich sind. Dazu zählen insbesondere der Umbau und die sicherheitstechnische Ertüchtigung des Dienstgebäudes Turmstraße 91. Diese Maßnahmen dienen der Sicherheit der Beschäftigten, Besucherinnen und Besucher sowie der Gewährleistung eines reibungslosen Betriebs.

- b) Ergänzung der Erläuterung:

,Die Mittel sind für folgende sicherheitsrelevante Maßnahmen am Standort Turmstraße 91 (Campus Moabit) vorgesehen:

1. Ertüchtigung Eingangsbereich

2026/2027: 1.250.000 € p. a.

2. Umbau von Haftzellen

2026/2027: 120.000 € p. a.

3. Modernisierung Sicherheitsportal Wilsnacker Straße 4

2026/2027: 400.000 € p. a.

4. Umbau Wachtmeisterlogen im III.

Erweiterungsbau

2026/2027: 300.000 p. a.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 52610 – Gutachten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 20

Ansatz 2026: 0 Euro

Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 20, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 350 000 Euro

2027: + 350 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Fortsetzung des Vertrages mit dem Arbeitsmedizinischen Zentrum der Charité (AMZ) zur beschleunigten Durchführung ärztlicher Einstellungsuntersuchungen im nichtrichterlichen Dienst sowie ärztlicher Gutachterleistungen bei Zurruhesetzungsverfahren. Andernfalls können frei werdende Stellen nicht rechtzeitig besetzt werden.

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Die Mittel sind für die Fortsetzung des Vertrages mit dem Arbeitsmedizinischen Zentrum der Charité (AMZ) vorgesehen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 81276 – Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMO) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 21

Ansatz 2026: 2 050 000 Euro

Ansatz 2027: 2 050 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 21, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 2 050 000 Euro

2027: - 2 050 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Der Titel wird in das Kapitel 2980, Titel 81276 (MG 06) umgegliedert.

b) Die Erläuterung wird durch folgenden Satz ersetzt: „Die Ausgaben werden künftig bei Kapitel 2980, Titel 81276 (MG 06) nachgewiesen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 81254 – Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMO) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 22

Ansatz 2026: 2 075 000 Euro
Ansatz 2027: 2 040 000 Euro

VE 2026: 1 840 000 Euro
VE 2027: 1 870 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 22, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 2 075 000 Euro
2027: - 2 040 000 Euro

VE 2026: - 1 840 000 Euro
VE 2027: - 1 870 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

- „a) Der Titel wird in das Kapitel 2980, Titel 81254 (MG 06) umgegliedert.
b) Die Erläuterung wird durch folgenden Satz ersetzt: „Die Ausgaben werden künftig bei Kapitel 2980, Titel 81254 (MG 06) nachgewiesen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee –

Vorsitzender Stephan Schmidt erkundigt sich, ob die Änderungsanträge der Nrn. 23 bis 47 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zu den Justizvollzugsanstalten von Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee – bis Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt – im Block abgestimmt werden könnten.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) merkt an, dass seine Fraktion nur einen Einwand hätte, da es bei Änderungsantrag Nr. 27 um eine Verschiebung in das Sondervermögen gehe.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass auch die Fraktion die Linke diesen Einwand habe. Die Zustimmung zu Änderungsantrag Nr. 27 werde daher vorgezogen.

Titel 81214 – Waschstraße für die zentrale Wäscherei in der JVA Plötzensee –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 27

Ansatz 2026: 1 200 000 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 27, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 1 200 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Der Titel wird zum Kapitel 2980, Titel 81214 (MG 06) umgegliedert.

b) Anpassung der Erläuterung:

Die Erläuterung wird durch folgenden Satz ersetzt: „Die Ausgaben werden künftig bei Kapitel 2980, Titel 81214 (MG 06) nachgewiesen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 CZ
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 23

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 23, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die für konsumtive Zwecke

Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Einrichtung, die zur Deckung der Ausgaben für Verbrauchsmittel zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden“

c) Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 24 Haupt

Ansatz 2026: 213 000 Euro
Ansatz 2027: 213 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 24, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 10 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Verbesserung der Schutzausrüstung für Bedienstete des Justizvollzuges, u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses

b) Anpassung der Tabelle:

JVA Plötzensee

TA 6: Waffen und Sicherheitsausrüstungen

2026: 21.000

2027: 11.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51490 – Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 CZ

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 25

Ansatz 2026: 0 Euro

Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 25, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für Verbrauchsmittel der Arbeitsbetriebe in der Einrichtung.“

c) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 26

Ansatz 2026: 11 000 Euro
Ansatz 2027: 11 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 26, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5 000 Euro
2027: + 5 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Stärkung des Gesundheitspakts“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen –

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 28

Ansatz 2026: 1 000 Euro
Ansatz 2027: 1 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 28, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Einrichtung, die zur Deckung der Ausgaben für Verbrauchsmittel zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden“

c) Der bestehende Zweckbindungsvermerk wird folgendermaßen ersetzt:

Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490 und 54690“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 CZ
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 29
Haupt

Ansatz 2026: 56 600 Euro
Ansatz 2027: 56 600 Euro

Änderungsantrag Nr. 29, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 10 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Verbesserung der Schutzausrüstung für Bedienstete des Justizvollzuges, u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses

b) Anpassung der Tabelle:

TA 6: Waffen- und Sicherheitsausrüstungen

2026: 12.600

2027: 2.600“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51490 – Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

[2400 CZ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 30

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 30, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für Verbrauchsmittel der Arbeitsbetriebe in der Einrichtung.“

c) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin –

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 31

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 31, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Einrichtung, die zur Deckung der Ausgaben für Verbrauchsmittel zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden“

c) Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 32

Ansatz 2026: 34 600 Euro
Ansatz 2027: 34 600 Euro

Änderungsantrag Nr. 32, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 10 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Verbesserung der Schutzausrüstung für Bedienstete des Justizvollzuges, u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses

b) Anpassung der Tabelle:

TA 6: Sicherheitsausrüstungen

2026: 14.000

2027: 4.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51490 – Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 33

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 33, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte

auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für Verbrauchsmittel der Arbeitsbetriebe in der Einrichtung.“

c) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 34

Ansatz 2026: 20 000 Euro
Ansatz 2027: 20 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 34, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5 000 Euro
2027: + 5 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Stärkung des Gesundheitspakts“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit –

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 35

Ansatz 2026: 0 Euro

Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 35, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Einrichtung, die zur Deckung der Ausgaben für Verbrauchsmittel zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden“

c) Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 36

Ansatz 2026: 179 000 Euro
Ansatz 2027: 179 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 36, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 10 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Verbesserung der Schutzausrüstung für Bedienstete des Justizvollzuges, u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses

b) Anpassung der Tabelle:

TA 3: Waffen und Sicherheitsausrüstungen

2026: 25.000

2027: 15.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51490 – Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 36a Haupt

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 36 a, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte

auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für Verbrauchsmittel der Arbeitsbetriebe in der Einrichtung.“

c) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 36 a der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel –

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 37

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 37, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Einrichtung, die zur Deckung der Ausgaben für Verbrauchsmittel zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden“

c) Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 38 Haupt

Ansatz 2026: 273 000 Euro
Ansatz 2027: 273 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 38, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 10 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Verbesserung der Schutzausrüstung für Bedienstete des Justizvollzuges, u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses

b) Anpassung der Tabelle:

TA 4: Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Verwaltungs- und Wirtschaftsbereichen, Büromaschinen, Waffen und Sicherheitsausrüstung

2026: 30.000

2027: 20.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 38 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51490 – Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 CZ

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 39

Ansatz 2026: 0 Euro

Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 39, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für Verbrauchsmittel der Arbeitsbetriebe in der Einrichtung.“

c) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt –

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 40

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 40, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Einrichtung, die zur Deckung der Ausgaben für Verbrauchsmittel zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden“

c) Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 40 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 41

Ansatz 2026: 93 000 Euro
Ansatz 2027: 93 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 41, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 10 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Verbesserung der Schutzausrüstung für Bedienstete des Justizvollzuges, u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses

b) Anpassung der Tabelle:

TA 6: Waffen und Sicherheitsausrüstungen

2026: 15.000

2027: 5.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 41 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51490 – Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 42

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 42, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte

auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für Verbrauchsmittel der Arbeitsbetriebe in der Einrichtung.“

c) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 42 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt –

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 43

Ansatz 2026: 5 800 Euro
Ansatz 2027: 5 800 Euro

Änderungsantrag Nr. 43, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 10 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Verbesserung der Schutzausrüstung für Bedienstete des Justizvollzuges, u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses

b) Anpassung der Erläuterung:

Hinter dem Wort „Sicherheitsausrüstung“ werden folgende Wörter ergänzt: „(u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 43 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering –

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CZ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 44

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 44, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Einrichtung, die zur Deckung der Ausgaben für Verbrauchsmittel zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden“

c) Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51490.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 44 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 45

Ansatz 2026: 12 660 000 Euro
Ansatz 2027: 13 040 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 45, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 239 000 Euro
2027: + 245 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Fünf zusätzliche Stellen (A 7) im allgemeinen Vollzugsdienst für die JVA Heidering zur Entlastung des Bestandspersonals und zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs

c) Änderung des Stellenplans Seite 413, Bereichsüberschrift Teilplan A ab 2026
+ 5,000 Stellen A7 (JVOS)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 45 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 CZ](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06
hier: Nr. 46

Ansatz 2026: 132 000 Euro
Ansatz 2027: 132 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 46, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 10 000 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Verbesserung der Schutzausrüstung für Bedienstete des Justizvollzuges, u.a. Schlauchtücher zum Schutz des Halses

b) Anpassung der Tabelle:

TA 6: Waffen und Sicherheitsausrüstungen (einschl. Ersatz und Reparatur von Funkgeräten

2026: 55.000

2027: 45.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 46 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Titel 51490 – Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 CZ

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 06

hier: Nr. 47

Ansatz 2026: 0 Euro

Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 47, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Durch die Zweckbindung der entsprechenden Einnahmen wird sichergestellt, dass die Ausgaben nur geleistet werden, wenn die Kostenerstattung gewährleistet ist. So wird es möglich, Gefangene, Jugendstrafgefangene und Sicherungsverwahrte auch dann zu beschäftigen und beruflich zu qualifizieren, wenn Ausgabemittel hierfür nicht oder in nicht ausreichendem Maß veranschlagt sind.

b) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen für Verbrauchsmittel der Arbeitsbetriebe in der Einrichtung.“

c) Einfügung der folgenden Erläuterung:

„Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 47 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 CZ – ohne Aussprache zu.

Einzelplan 07 – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) Haupt
- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DE](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) Haupt

Allgemeine Erläuterungen

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DE](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07
hier: Nr. 1 Haupt

André Schulze (GRÜNE) kündigt an, dass sich seine Fraktion bei dem Änderungsantrag enthalten werde. Es sei zwar richtig, dass sich die Koalition dem Problem angenommen habe, das von der Opposition seit der ersten Lesung adressierte worden sei, allerdings sei die Lösung nicht gut. Demnach werde Deckungsfähigkeit dadurch hergestellt, dass Mittel aus anderen Programmen und damit aus einem ohnehin schwach finanzierten Bereich des Klima- und Umweltschutzes in Richtung des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung – BENE – abgezogen würden. Seine Fraktion hätte sich eine bessere Ausfinanzierung des BENE und die Nutzung der kofinanzierten Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung – EFFE – gewünscht.

Die Senatsverwaltung habe zum Baumentscheid immer auf die Änderungsanträge der Koalition verwiesen. Demnach befindet sich 1 Mrd. Euro im Sondervermögen investive Mittel. Für

das nächste bzw. übernächste befänden sich dort 10 bzw. 30 Mio. Euro. 1 Mrd. Euro sei eine Schattenbuchung über Verpflichtungsermächtigungen ab 2031. Ob davon 2026 überhaupt 1 Euro eingestellt werde, damit fünf Jahre später jemand einen Baum pflege oder pflanze, sei abzuwarten. In den Änderungsanträgen werde nicht geklärt, wer die Koordination, Auftragsvergabe, Pflege, Standortauswahl usw. übernehmen solle. Dem Senat zufolge müsse dies im Rahmen des Umsetzungskonzepts geklärt werden, dazu brauche es jedoch Personal. Hundertausende Bäume zu pflanzen und zu pflegen sei nicht ohne Mittel aus dem konsumtiven Bereich möglich. Wie stelle sich die Senatsverwaltung vor, wer diese Aufgaben leisten solle?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erklärt, dass er auf seine früheren Ausführungen verweise. Das vom Abgeordnetenhaus beschlossene Klimaanpassungsgesetz sei ein innovativer Ansatz. Das Umsetzungsplanungsprojekt sehe vor, in den nächsten 24 Monaten, beginnend ab dem 20. November 2025, Konzepte zu entwickeln, wie und von wem diese Hundertausenden Bäume verbaut werden könnten. Sobald dieses Umsetzungsplanungsprojekt einen Plan gefasst habe, könne dieser mit Personal hinterlegt werden.

Aus den Änderungsanträgen der Koalition und aus den Planungen zum Sondervermögen gehe seines Wissens hervor, dass die geplanten Mittel für nächsten Jahre ausreichend seien. Bis Ende 2027 sehe das Gesetz vor, dass das Ziel von 440 000 Straßenbäumen erreicht werde. Momentan hätte Berlin 438 125 Bäume. Durch die Bäume, die in diesem und im nächsten Jahr gefällt werden müssten, entstehe eine Lücke von ca. 18 000 Bäumen. Dieser Umfang sei mit den vorhandenen Instrumenten und Mitteln durchaus machbar. Die Instrumente für die neuen Maßnahmen würden mit allen beteiligten Verwaltungen, v. a. aber mit den Bezirken, der Wissenschaft und der Stadtgesellschaft entwickelt.

André Schulze (GRÜNE) erkundigt sich, ob die Senatsverwaltung in den kommenden zwei Jahren die 40 Mio. Euro verausgaben und das Umsetzungskonzept erstellen könne, ohne in eine weitere Personalstelle zu schaffen oder Gelder für Gutachten o. Ä. zu benötigen. Werde dies alles über die Hausmittel der SenMVKU geleistet?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) merkt an, dass es bei Innovation bisher darum ging, wie Bäume großgezogen werden könnten, was nachvollziehbar sei. Eine innovative Pflanzung sei schwer vorstellbar, da es dafür Menschen benötige. Die Frage des Abgeordneten Schulze sei daher berechtigt gewesen. Es müsse eine Vorstellung davon geben, wo diese benötigten Personen integriert würden, z. B. in die Bezirke, Landesverwaltung oder Berliner Forsten. Die Antwort mit dem Verweis auf Innovation sei daher sehr dürfzig.

Die Beseitigung der durch einen Sturm verursachten Schäden im Bezirk Reinickendorf sei nicht auf eigene Kosten zu leisten. Darüber hinaus werde der Bezirk in den nächsten zwei Jahren keinerlei Baumpflege durchführen können, weil durch die Sturmschäden keine Mittel mehr vorhanden seien. Der Bezirk gehe jedoch davon aus, dass das Land Berlin den Bezirk unterstützt. Sei die Unterstützung des Bezirkes Reinickendorf vorgesehen? Wenn ja, wo befänden sich diese Mittel?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) wiederholt, dass das Projekt vorsehe, einen Plan zu entwickeln. Deshalb würden diese Verwaltungshandlungen hochgefahren. Die Kompetenz, Lösungen zu finden, sei vorhanden. Er sehe die Anpassung an den Klimawandel als eine ähnlich große Aufgabe wie die Reaktion auf die Migrationskrise, bei der es gelungen sei,

einen entsprechenden Stab aufzubauen. Es spreche nichts dagegen, dass diese leistungsfähige Verwaltung dies wiederholen könne.

In der Personalplanung stünden keine Personen, die tatsächlich Bäume pflanzten, denn bereits heute würden diese Arbeiten durch Fremdfirmen und nicht direkt von Personen aus der Senatsverwaltung erledigt. Darüber hinaus seien innovative Maßnahmen z. B. für die Gewinnung von Personal vorgesehen. Für diese Verwaltung seien die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Maßnahmen nicht nur innovativ, sondern sogar disruptiv.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) fragt nach, was die Senatsverwaltung zu den Kosten in Reinickendorf zu sagen habe.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) stellt dar, dass sich die SenMVKU in Abstimmungen mit der SenFin befindet, um den Bezirk zu unterstützen. Darüber hinaus würden die Berliner Forsten Vorsorge treffen und Geräte anschaffen. Mit Letzteren solle ermöglicht werden, die Folgen von Sturmschäden, nicht nur in Reinickendorf, sondern auch für die zukünftigen Jahre, mit eigenen Mitteln zu beseitigen. Der gesamte Senat treffe Vorsorge für Katastrophenfälle, und eine wesentliche Maßnahme für den Katastrophenschutz in Berlin sei das Freihalten von Brunnengalerien.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 DE – zu.

**Kapitel 0700 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CJ](#)
hier: Nr. 1 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

Titel 97110 – Verstärkungsmittel –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DE](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 2

Ansatz 2026: -
Ansatz 2027: -

Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1 347 000 Euro
2027: + 348 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Investiver Zuschuss zur Errichtung eines Neubaus für das Freilandlabor Britz nach einem Brand. Der Neubau soll möglichst durch die Grün Berlin GmbH erfolgen. Die Umsetzbarkeit dessen bleibt jedoch zu prüfen. Die Mittel können an die verantwortliche Stelle umgesetzt werden.

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

„Zuschuss für den Neubau des Umweltbildungszentrums im Britzer Garten. Hierfür stehen Mittel in Höhe von 1.347.000 Euro in 2026 und 348.000 Euro in 2027 zur Verfügung.

Die Mittel können nach Maßgabe des § 50 LHO auf die sachlich in Betracht kommenden Titel umgesetzt werden.“

c) Einfügung Sperrvermerk:

„Ausgaben in Höhe von 1.347.000 € im 1. Planjahr sind qualifiziert gesperrt Ausgaben in Höhe von 348.000 € im 2. Planjahr sind qualifiziert gesperrt“

Der Wegfallvermerk wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 DE – ohne Aussprache zu.

**Kapitel 0710 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Umwelt- und Klimaschutzpolitik, Kreislaufwirtschaft und Immissionsschutz –**

Titel 68303 – Zuschüsse für Veranstaltungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 2400 CO
hier: Nr. 27 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 27 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 54121 – Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 28

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 28 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 88308 – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung 2 – BENE 2 – (Förderperiode 2021-2027) –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DE](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 3

Ansatz 2026: 17 661 000 Euro
Ansatz 2027: 8 753 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro
2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Um EFRE-Mittel für BENE 2 trotz fehlender Veranschlagung des erforderlichen komplementären Landes- und Eigenmittelanteils in Anspruch nehmen zu können,
– sollen die Titel der HGr. 5 – 8 im Epl07 bei denen Mittel für förderfähige Maßnahmen veranschlagt sind, für deckungspflichtig gegenüber Kapitel 0710, Titel 88308 erklärt werden.

– bedarf es für Buchungsstellen außerhalb des Epl 07 einer Ausnahme von § 35 Abs 2 Satz 1 LHO, um eine förderfähige Maßnahme aus zwei verschiedenen Titeln finanzieren zu können, da hier keine Deckungsfähigkeit wie im Einzelplan 07 möglich ist.

b) Am Ende der Erläuterungen ist folgender Satz einzufügen:

„Die Fördermittel der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) dürfen zur komplementären Finanzierung von förderfähigen Maßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung (BENE 2), die an anderer Stelle im Haushaltspol des Landes Berlin veranschlagt sind, herangezogen werden (Ausnahme zu § 35, Absatz 2, Satz 1 Landeshaushaltssordnung).“

c) Der vorhandene Deckungsvermerk ist wie folgt zu ergänzen:

Darüber hinaus sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Titels 88308 deckungsberechtigt gegenüber den veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für förderfähige Maßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung (BENE 2) in den Hauptgruppen 5 bis 8 des Einzelplans 07“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 DE – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0720 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Integrativer Umweltschutz –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 29 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 29 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Kapitel 0730 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
– Verkehr –

Titel 52108 – Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 20

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 20 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 52115 – Unterhaltungsmaßnahmen zur barrierefreien Gestaltung
von Bushaltestellen –

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 7

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 52121 – Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit –

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 11

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 52144 – Maßnahmen zur Umsetzung einer Sharing-Strategie –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 19 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 19 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 1 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 54045 – Leistungen des innerstädtischen ÖPNV –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 6 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 54059 – Leistungen zur Errichtung und den Betrieb von Infrastruktur für die Elektromobilität –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 21 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 21 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 54085 – Erstattung Schuldendienst an die BVG –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 22

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 22 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 54220 – Vorbereitungskosten für den schienengebundenen Nahverkehr –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 12

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 54223 – Vorbereitungskosten für den Straßenbau –

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 13

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 63201 – Ersatz von Verwaltungsausgaben an Länder –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 23

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 23 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 17

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 17 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 68253 – Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

Titel 68253 – Zuschüsse an die BVG für die Planung von Neubauvorhaben –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 10

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 68357 – Förderung des Wirtschaftsverkehrs –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 18

Dr. Hugh Bronson (AfD) schlägt vor, dass über die Änderungsanträge von S. 158 bis einschließlich 199 im Block abgestimmt werde. Es handele sich um Anträge derselben Fraktion.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass es keinen Widerspruch gegen diesen Vorschlag gebe. Über die Änderungsanträge werde deshalb im Block abgestimmt.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 18 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 72018 – Verbesserung der Umsteigebeziehungen im ÖPNV –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 72019 – Barrierefreier Ausbau von Bushaltestellen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 9

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 83130 – Kapitalzuführung an die BVG –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Neuer Titel – Zukunftsfoonds Mobilität Berlin –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 2 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Neuer Titel - Zuschüsse an die BVG für die Umsetzung des Communications-Based Train Control (CBTC) –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 25 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 25 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Kapitel 0740 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – Tiefbau –

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 14 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 68229 – Zuschuss an die GB infraVelo GmbH –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 26 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 26 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 [2400 CO](#)
hier: Nr. 15 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 15 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 72724 – Ersatzneubau der Brücken im Zuge der Allee der Kosmonauten –

Mitberaten wird:

Bericht SenMVKU – V C A – vom 14.11.2025 [1749 H](#)
Verkehrsknoten Marzahn – Baumaßnahmen im
Umfeld Allee der Kosmonauten (Springpfuhl)
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) stellt dar, dass dem Bericht zufolge das Vergabeverfahren im November veröffentlicht werden und die Beauftragung der Planungsleistung Anfang 2026 erfolgen solle. Sei dies der Fall gewesen und könne etwas zum weiteren Zeitplan der Umsetzung gesagt werden?

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) bestätigt, dass die Veröffentlichung des europaweiten zweistufigen Vergabeverfahrens am 11. November 2025 erfolgt sei. Die SenMVKU rechne nach derzeitigem Stand damit, dass eine Beauftragung der Planungsleistung Anfang 2026 erfolgen könne.

Staatssekretär Arne Huhn (SenMVKU) merkt an, dass dieses Projekt eines derer sei, die mit einem komprimierten Planungs- und Genehmigungsprozess umgesetzt werden sollten. Dabei würden innovative und bauzeitverkürzende Bauverfahren zum Einsatz kommen, weshalb Ende 2027 mit bauvorbereitenden Maßnahmen begonnen werden könne. Die Gesamtmaßnahme werde dann mit einer Hauptbauzeit von 2028 bis 2032 umgesetzt. Insgesamt handle es sich um drei Brückenstandorte, also eine relative komplexe Maßnahme. Die wesentlichen Bauleistungen am Verkehrsknoten Marzahn seien bis dahin voraussichtlich erledigt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht – rote Nr. 1749 H – zur Kenntnis genommen werde.

**Titel 72776 – Grundinstandsetzung des Tunnels Überbauung Schlangenbader
Straße –**

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 16

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

**Kapitel 0750 – Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt –
Naturschutz und Stadtgrün –**

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 30

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 30 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 54106 – Umsetzung der Strategie Stadtlandschaft –

hierzu:

a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 31

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 31 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 7

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

Titel 54108 – Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Berliner Baumbestandes –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

Titel 68282 – Zuschüsse im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 9

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CJ – ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 32

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 32 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DE](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 4

Ansatz 2026: 5 185 000 Euro
Ansatz 2027: 5 300 000 Euro

VE 2026: 3 600 000 Euro
VE 2027: 2 255 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 53 000 Euro
2027: + 52 000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Zusätzliche Mittel für den Freilandlabor Britz e.V.

b) Anpassung der Tabelle:

TA 1: Freilandlabor Britz e.V.

2026: 780.000

2027: 800.000“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 DE – ohne Aussprache zu.

Titel 89482 – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen im Rahmen der Strategie Stadtlandschaft –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 2400 CO
Haupt
hier: Nr. 33

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 33 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Titel 89374 – Zuschuss an die Grün Berlin Stiftung für Investitionen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 2400 CO
Haupt
hier: Nr. 34

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 34 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Kapitel 0751 – Berliner Forsten –

Titel 54109 – Mischwaldprogramm –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 07 Haupt
hier: Nr. 35

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 35 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CO – ohne Aussprache ab.

Einzelplan 08 – Kultur und Gesellschaftlicher Zusammenhalt –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CK](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08 Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CP](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08 Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08 Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)

**Kapitel 0800 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt –
Politisch-Administrativer Bereich und Service –**

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DF](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 1

Ansatz 2026: 2 074 000 Euro
Ansatz 2027: 2 136 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 48 000 Euro
2027: + 49 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Personelle Aufwendungen für die Sachbearbeitung der Verwendungsnachweisprüfung von Zuwendungen zur Projektförderung

c) Änderung des Stellenplans:

2026 und 2027:

+ 1,0 Stelle A 9“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 DF – ohne Aussprache zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CK](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke – rote Nr. 2400 CK – ohne Aussprache ab.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 2

Ansatz 2026: 4 140 000 Euro
Ansatz 2027: 4 264 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 63 000 Euro
2027: + 64 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Personelle Aufwendungen für die Sachbearbeitung der Verwendungsnachweisprüfung von Zuwendungen zur Projektförderung

c) Änderung des Stellenplans

2026 und 2027:

+ 1,0 Stelle E 9b“

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bemerkt, dass dies bereits der zweite Antrag zur personellen Verstärkung zur Prüfung von Zuwendungen sei. Wie erfolge der Einsatz dieser Verstärkung, da es nicht mehr, sondern eher weniger Zuwendungen gebe?

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erklärt, dass ein Ausgleich dafür erfolge, dass in der Vergangenheit die Mittel für Zuwendungen erhöht worden seien, jedoch das entsprechende Personal nicht zur Verfügung gestanden habe. Daher wolle die Senatsverwaltung zusätzliches Personal einsetzen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) unterstützt, dass dafür Personal zusätzlich eingesetzt werde. Es seien im Haushalt zudem Mittel in nicht unerheblicher Größenordnung für die vertiefte Zuwendungsprüfung durch Dritte bewilligt worden. Handele es sich um eine Doppelung?

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) führt aus, dass derzeit zahlreiche Prüfungen anfielen, die es schnell abzuarbeiten gelte. Deshalb sei darum gebeten worden, dass diese externen Dienstleistungen zu Verfügung stünden. Parallel dazu solle eine eigene Struktur aufgebaut werden, um diese Situationen in Zukunft zu vermeiden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 DF – zu.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DF](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 3

Ansatz 2026: 1 000 Euro
Ansatz 2027: 1 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 1 000 Euro
2027: - 1 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

- „a) Die Prämien für besondere Leistungen werden einheitlich abgeschafft.
- b) Erläuterung löschen
- c) Streichung der Sperrvermerke

Wegfallvermerk:

Die Ausgaben fallen künftig weg“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 DF – ohne Aussprache zu.

Kapitel 0810 – Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt – Kultur –

Titel 28290 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen für konsumtive Zwecke –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DF](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 4

Ansatz 2026: 1 000 Euro
Ansatz 2027: 1 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 48 000 Euro
2027: + 48 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Die Einnahmeerhöhung steht im Zusammenhang mit der Verlagerung von Mitteln aus zweckgebundenen Einnahmen von 1042/68490 zu 0810/68575, TA 3 (Landesmusikrat Berlin e.V.).

c) Anpassung Zweckbindungsvermerk: Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 51990, 54690, 68190, 68290, 68390, 68490 und 68590.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – rote Nr. 2400 DF – ohne Aussprache zu.

Titel 52610 – Gutachten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion **2400 CP**
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 2 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 CP – ohne Aussprache ab.

Titel 68320 – Zuschuss an die Kulturprojekte Berlin GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD **2400 DF**
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 5 Haupt

Ansatz 2026: 6 565 000 Euro
Ansatz 2027: 6 751 000 Euro

VE 2026: 0 Euro
VE 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 5, Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 850 000 Euro
2027: + 850 000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: + 18 000 000 Euro

Begründung zum Änderungsantrag:

„a) Rücknahme einer Kürzung aus der 2. Lesung aufgrund Mehrbedarfs u.a. zur Ausrichtung der Silvesterparty am Brandenburger Tor (+250.000 p.a.)

Zusätzliche Mittel und VEs zur Vorbereitung, Kuratierung und Durchführung der Freiheitsausstellung im Humboldtforum, geplant für 2029 (+600.000 p.a.)

Davon fällig:

2028: + 9.000.000

2029: + 9.000.000

b) Anpassung der Erläuterung:

Vor dem Satz „Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810“ werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Mehr i. H. v. jeweils 250.000 € in 2026 und 2027 unter anderem für die Durchführung der Silvesterparty am Brandenburger Tor.

Ausgaben i. H. v. jeweils 600.000 € in beiden Haushaltsjahren sind zur Vorbereitung und Kuratierung der Freiheitsausstellung im Humboldtforum vorgesehen. Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 18.000.000 € im Haushaltsjahr 2027 dienen der überjährigen Absicherung der Durchführung der Freiheitsausstellung.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigungen im 2. Planjahr sind gesperrt.“

Tonka Wojahn (GRÜNE) erkundigt sich, was mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von 18 Mio. Euro für die Freiheitsausstellung gemeint sei. Worum handele es sich bei der Ausstellung, die so üppig ausfalle? Ihre Fraktion vermisste trotz der großen Erhöhung Mittel für die Berlin Art Week. Sei diese abgesichert?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) verweist darauf, dass es neue Mittel für die Silvesterparty gebe. Die bisherige Veranstaltung sei deutschlandweit im Fernsehen übertragen worden und habe Millionen von Menschen nach Berlin geholt. Dies habe der Senat aus Kostengründen gestrichen, weil keine Partys finanziert werden sollten. Nun gebe es erneut eine Finanzierung, allerdings für eine wesentlich kleinere Party, die weniger Touristen nach Berlin holen und Aufmerksamkeit erreichen werde. Der Senat habe sich demnach selbst geschadet, da dies Ausgaben für ein minderwertiges Produkt seien. Alternativ hätte das etablierte bisherige Produkt der Silvesterparty erfolgreich ausgebaut werden können. – Wie stehe es um die Finanzierung der Berlin Art Week?

Stefan Ziller (GRÜNE) erklärt, dass nach der Presselektüre heute Morgen die viel drängendere Frage sei, wie es in diesem Jahr weitergehe. Entstünden finanzielle Risiken, wenn das

Land Berlin in juristische Auseinandersetzungen mit der Konkurrenzveranstaltung um dieselbe Fläche gehe? Drohe, dass Berlin Vertragsstrafen zahlen müsse? Wie sei der aktuelle Stand? Was werde noch bis zum 31. Dezember 2025 unternommen, damit friedlich am Brandenburger Tor gefeiert werde und keine konkurrierenden Veranstaltungen stattfänden? Demonstrationen gegen den Senat ergäben an diesem Tag keinen Sinn.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) stellt dar, dass sie zu der gerichtlichen Auseinandersetzung nichts sagen könne, da die Kulturverwaltung selbst diese nicht führe, sondern die ausreichende Stelle sei. – Die Berlin Art Week werde selbst über die Rücklagen der Kulturprojekte finanziert, weshalb sie im nächsten Jahr stattfinden könne. – Der Änderungsantrag der Koalition könne eher von dieser selbst begründet werden, falls es dazu Fragen gebe.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt nach, ob die Rücklagen der Berliner Kulturprojekte auch für die Berlin Art Week 2027 ausreichten. – Was sei mit der Freiheitsausstellung gemeint?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) führt aus, dass der Senat mit einer Stimme spreche. Dieser habe gesagt, dass er die Finanzierung von Partys vor dem Brandenburger Tor nicht als seine Aufgabe empfinde. Die Koalitionsfraktionen hätten nun jedoch eine solche befürwortet. Habe der Senat nun seine Meinung geändert und möchte nun Partys finanzieren, oder sehe der Senat die Vorschläge der Koalitionsfraktionen kritisch?

Christian Goiny (CDU) erinnert daran, dass es eine Gewaltenteilung gebe. Das Haushaltrecht werde „Königsrecht des Parlaments“ genannt. Seit Oliver Cromwells Zeiten entschieden die Parlamentarier, wofür die Herrschenden das Geld ausgeben dürften. Dieses Recht werde von allen Fraktionen durch Änderungsanträge wahrgenommen, die Mehrheiten erhielten oder nicht. So verhalte es sich auch mit Regierung und Opposition. Seine Fraktion begrüße, dass der Senat der Auffassung sei, dass anlässlich von Silvester vor dem Brandenburger Tor keine leere Fläche verbleiben solle. Die Stadt Berlin organisiere keine Partys, sondern Kulturveranstaltungen, weshalb dies auch unter Kulturprojekten etatisiert sei.

Seine Fraktion gehe davon aus, dass die Kulturprojekte weiterhin in der Lage seien, die Berlin Art Week zu finanzieren. Die Kürzungen, die es im Kulturausschuss gegeben habe, würden rückgängig gemacht. Vor einigen Wochen habe zudem die international sehr beachtete Berlin Freedom Conference stattgefunden, die mit Dutzenden Kämpfern für Demokratie auch im Berliner Parlament getagt habe. Der Markenkern der Stadt Berlin sei die Freiheit, und seines Wissens sei die Idee, zu dem Thema Freiheit und Kampf um Demokratie eine Ausstellung zu machen. Diese solle nicht nur ein oder zwei Jahre andauern, weshalb entsprechende Verpflichtungsermächtigungen benötigt würden. Dies sei die Grundlage für die Erarbeitung dieses Konzepts. Seiner Fraktion nach passe dies gut zu Berlin.

Stefan Ziller (GRÜNE) möchte wissen, ob die Senatsverwaltung ausschließen könne, dass öffentliche Mittel für die juristische Auseinandersetzung zur Verhinderung oder Verdrängung der angemeldeten Demonstration eingesetzt würden.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, von wem die Idee zur Ausstellung stamme.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) bemerkt, zur Frage des Abgeordneten Ziller könne sie nichts sagen.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erkundigt sich, wie Frau Staatssekretärin Richter-Kotowski den vorliegenden Antrag einschätzt. Begrüße der Senat diesen, und finanziere er auch in Zukunft Feste, Festivals und Parties?

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erklärt, es gehe um eine Tourismusförderung und nicht um eine Party. Sie freue sich auf einen regen Besuch der Silvesterveranstaltung.

Tonka Wojahn (GRÜNE) wiederholt ihre Frage. Wo und mit welchem Konzept solle die Ausstellung stattfinden? Den Antrag werde man ablehnen, da das Konzept nicht klar sei.

Wie schätzt SenKultGZ die Zukunft der Berliner Art Week ein? Sei eine nachhaltigere Förderung nicht wünschenswert?

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erklärt, er verstehet die Ausführungen der Staatssekretärin so, dass man Veranstaltungen positiv empfinde, die Touristen in die Stadt brächten. Könne er davon ausgehen, dass sich der Senat darum bemühen werde, dass im Jahr 2026 die Silvesterparty am Brandenburger Tor wieder stattfinde und von einer namhaften Fernsehanstalt übertragen werde?

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) verweist darauf, dass die ARD die diesjährige Silvesterparty am Brandenburger Tor übertragen werde.

Die Art Week sei SenKultGZ wichtig. Die Finanzierung sei für 2026 und 2027 gesichert. Es obliege dem Haushaltsgesetzgeber, sich für die folgenden Jahre in gleicher Weise für die Art Week einzusetzen.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF an.

Titel 68417 – Zuschüsse im Rahmen des Projektfonds Kulturelle Bildung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 6

Ansatz 2026: 2.640.000 Euro
Ansatz 2027: 2.640.000 Euro

VE 2026: 820.000 Euro
VE 2027 820.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 650.000 Euro
2027: + 650.000 Euro

VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Der Kinderkulturmonat wird fortgeführt. Die Mittel dafür werden außerdem gesammelt im Einzelplan 08 veranschlagt (bisher außerdem in den Einzelplänen 10 und 11).

b) Anpassung der Erläuterung: Der Satz „Weniger in Höhe von 250.000 € für Kinderkulturmonat 2026 und 2027 ggü. 2025 aufgrund erforderlicher Haushaltskonsolidierung.“ wird durch folgenden Satz ersetzt: „650.000 Euro pro Haushaltsjahr stehen für die Fortsetzung des Kinderkulturmonats zur Verfügung. Dabei sollen auch Angebote für geflüchtete Kinder gemacht werden.“

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, sie freue sich darüber, dass man dem Projekt eine langfristige Perspektive ermögliche.

Alexander Freier-Winterwerb (SPD) schließt sich dem an. Es sei auch erfreulich, dass die Zuständigkeit nun klar geregelt sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF an.

Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 7

Ansatz 2026: 31.908.000 Euro
Ansatz 2027: 31.951.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 48.000 Euro
2027: + 48.000 Euro

„a) Verlagerung von Mitteln (zuvor zweckgebundene Einnahmen bei 1042/28290 – Landesmusikrat nach 0810/28290 und korrespondierende zweckgebundene Ausgabe von 1042/68490 nach 0810/68490)

c) Erläuterungszusatz: Vgl. auch Erläuterung und Zweckbindungsvermerk zu 28290. Ausgaben dürfen nur in Höhe der eingegangenen Einnahmen geleistet werden (verbindliche Erläuterung)“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 8

Ansatz 2026: 31.908.000 Euro
Ansatz 2027: 31.951.000 Euro

VE 2026: 12.259.000 Euro
VE 2027 1.987.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 800.000 Euro
2027: + 800.000 Euro

VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Schaffung eines neuen Teilansatzes zur Förderung von Classical Next Aufstockung von Förderungen (kumulativ zu den Beschlüssen aus der 2. Lesung) von folgenden Institutionen: Junges Tanzhaus Berlin (TA 5: +250.000/+250.000, TA in 2. Lesung umbenannt), Cinema Transtopia (TA 33: +50.000/+50.000), Deutsch-Jüdisches Theater Berlin (TA 36: +400.000/+400.000)

b) Anpassung der Tabelle:
TA 5: Junges Tanzhaus Berlin
2026: 450.000
2027: 450.000

TA 33: Sinema Transtopia
2026: 247.000
2027: 247.000
TA 36: Deutsch-Jüdisches Theater Berlin
2026: 400.000
2027: 400.000
(In zweiter Lesung wurde der Teilansatz neu geschaffen.)
TA 38 (neu): Classical Next
2026: 100.000
2027: 100.000

Anpassung der Erläuterung:

Am Ende der Erläuterung wird folgender Satz eingefügt: „Zu 38. Classical Next Classical Next ist ein Berliner Projekt, das wechselseitig Berliner Künstlerinnen und Künstler nach Europa bringt und europäische Künstlerinnen und Künstler nach Berlin.“

Tonka Wojahn (GRÜNE) erkundigt sich, wofür die Mittel für Classical Next vorgesehen sein? Die Veranstaltung finde in Budapest statt.

Christian Goiny (CDU) erklärt, die Veranstalter von Classical Next planten, die Veranstaltung jedes Jahr in Berlin durchzuführen. Da es in Berlin bislang keine Förderung gegeben habe, hätten die Veranstalter die Einladung angenommen, auch eine Veranstaltung in Budapest durchzuführen.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF an.

b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08 2400 CK
hier: Nr. 2 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CK ohne Aussprache ab.

Titel 68605 – Musik, Festivals und Clubkultur

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08 Haupt
hier: Nr. 9

Ansatz 2026: 981.000 Euro
Ansatz 2027: 981.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 50.000 Euro
2027: + 50.000 Euro

„a) Förderung des Yaam Club

b) Anpassung der Tabelle:

TA 2: Förderung der Clubkultur/Clubkommission

2026: 680.500

2027: 680.500

Anpassung der Erläuterung: Nach dem Satz „Die Mittel sind vorgesehen für den Tag der Clubkultur und für die Förderung der Clubkommission.“ wird der folgende Satz ergänzt: „50.000 € pro Haushaltsjahr sind für den Yaam Club zur Fortführung der Kulturarbeit als befristete Unterstützung während der behördlich angeordneten weiteren Sperrung der Veranstaltungshalle bis Ende 2027 vorgesehen.“ Der Satz „Weniger in Höhe von 19.500 € in 2026 und 2027 ggü. 2025 aufgrund erforderlicher Haushaltskonsolidierung.“ Wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68610 – Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08

hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 14.452.000 Euro
Ansatz 2027: 14.452.000 Euro

VE 2026: 7.325.000 Euro
VE 2027: 10.850.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 60.000 Euro
2027: + 60.000 Euro

VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Weitere Aufstockung für die Basis- und Konzeptförderung zur Stärkung der Freien Szene in Berlin (TA 3: +250.000 p.a.), kumulativ zur 2. Lesung) Entnahme von Mitteln zur Bündelung der Förderung für die Ballet Company im Titel 0810/68621 (TA 3: -190.000 p.a.)

b) Anpassung der Tabelle:
TA 3: Darstellende Künste/Tanz
2026: 6.169.700
2027: 6.169.700

Anpassung der Erläuterung: Der Satz „Im Ansatz sind Mittel i. H. v. 190.000 € jeweils in 2026 und 2027 für Berlin Ballet Compagney enthalten.“ wird gestrichen“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF an.

Titel 68615 – Zuschuss an Serviceeinrichtungen zur Bestandssicherung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler (LINKE)

Mitberaten wird:

- | | |
|---|---|
| a) Sammelvorlage SenKultGZ vom 04.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 08 hier: Bericht 17 – Titel 68615
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 01.10.2025)
(in der 90. Sitzung am 14.11.2025 zur Restlesung zurückgestellt) | <u>2487</u>
Haupt |
| b) Vertraulicher Bericht SenKultGZ – ZS D 2 – vom 04.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 08 hier: vertraulicher Bericht Nr. 17 der Sammelvorlage 2487
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 01.10.2025) | <u>2487-1</u>
Haupt
Vertrauliche Beratung |

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich nach der Etatisierung der Verpflichtungsermächtigungen für längerfristige Mietverträge. Seien die Mietverträge weiterhin kurzfristig und somit ohne Gewähr der Konditionen?

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) erklärt, die Verpflichtungsermächtigungen seien etatisiert.

Der Ausschuss nimmt Bericht 17 der Sammelvorlage rote Nr. 2487 und 2487-1 zur Kenntnis.

Titel 68621 – Zuschüsse für bezirksübergreifende kulturelle Aktivitäten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 11

Ansatz 2026: 7.563.000 Euro
Ansatz 2027: 7.693.000 Euro

VE 2026: 3.403.000 Euro
VE 2027 3.313.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.240.000 Euro
2027: + 1.240.000 Euro

VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Aufstockung der Förderung von RambaZamba gGmbH (TA 3: +250.000 p.a.) zur Deckung des Mehrbedarfs, kumulativ zur 2. Lesung Aufstockung der Förderung von TUKI und TUSCH (TA 14: +150.000 p.a., TA in zweiter Lesung umbenannt), kumulativ zur 2. Lesung Schaffung eines neuen Teilansatzes für Flinn Works (TA 15 neu: +100.000 p.a.) zur Betriebssicherung nach Fördermittelausfall in der Basis- und Konzeptförderung Schaffung eines neuen Teilansatzes „KungerKiezInitiative e.V.“ zur Sicherung des Nahversorgungsauftrages am Stadtrand (TA 16 neu: +150.000 p.a. Schaffung eines eigenen Teilansatzes für die Berlin Ballet Company und Verlagerung von Mitteln aus 0810/68610 dorthin (TA 17 neu: + 340.000 p.a.) Schaffung eines neuen Teilansatzes für das Institut für neue soziale Plastik zur Kompensation wegfallender Bundesförderung (TA 18 neu: +250.000 p.a.)

b) Anpassung der Tabelle:

TA 3: RambaZamba gGmbH

2026: 1.683.580

2027: 1.720.930

TA 14: TUKI und TUSCH

2026: 150.000

2027: 150.000

TA 15 (neu): Zuschuss an Flinn Works

2026: 100.000

2027: 100.000

TA 16 (neu): KungerKiezInitiative e.V.

2026: 150.000

2027: 150.000

TA 17 (neu): Berlin Ballet Company

2026: 340.000

2027: 340.000
TA 18 (neu): Institut für neue soziale Plastik
2026: 250.000
2027: 250.000

Anpassung der Erläuterung: Die Sätze „Zu 14. TUKI Bühne und TUSCH Weniger i. H. v. 250.000 € ab 2026 ggü. 2025 aufgrund erforderlicher Haushaltkskonsolidierung.“ werden gestrichen. Am Ende der Erläuterung wird folgender Satz eingefügt: „Zu 17. Berlin Ballet Company Die Mittel sind in institutioneller Förderung zu verausgaben (verbindliche Erläuterung).“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68628 – Zuschüsse für besondere kulturelle Projekte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08

hier: Nr. 12

Ansatz **2026:** 11.991.000 Euro
Ansatz **2027:** 11.991.000 Euro

VE 2026: 7.300.000 Euro
VE 2027: 2.600.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 300.000 Euro
2027: + 300.000 Euro

VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Stärkung des Projektfonds Urbane Praxis

b) Vor dem Gender Budgeting wird folgender Satz eingefügt: „Jeweils 300.000€ zusätzlich in beiden Haushaltsjahren ist für den Projektfonds Urbane Praxis vorgesehen.“ „Weniger in Höhe von 1.000.000 € ab 2026“ wird durch „Weniger in Höhe von 700.000 €“ ersetzt.“

Christian Goiny (CDU) betont, die Titelverstärkung sei ausdrücklich für die Fortsetzung der Aktivitäten im Rahmen der Free Open Air Initiative vorgesehen.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 89110 – Zuschüsse für den Ausbau von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CK
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08 Haupt
hier: Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CK ohne Aussprache ab.

Titel 89124 – Zuschuss an das SILB zur Neustrukturierung und Sanierung des Bröhan-Museums

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08 Haupt
hier: Nr. 15

Ansatz 2026: 1.000 Euro
Ansatz 2027: 2.000.000 Euro

VE 2026: 21.500.000 Euro
VE 2027: 20.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: -1.000 Euro
2027: -2.000.000 Euro

VE 2026: -21.500.000 Euro
VE 2027: - 20.000.000 Euro

„a) Finanzierung der Maßnahme „Zuschuss an das SILB zur Neustrukturierung und Sanierung des Bröhan-Museums“ als Infrastrukturinvestition aus dem Sondervermögen des Bundes. Kein Wegfall der Maßnahme, nunmehr Finanzierung über Kapitel 2980.

b) Die Titelerläuterung wird gelöscht und durch folgenden Satz ersetzt: „Die Ausgaben werden künftig bei 2980/89124 (MG 08) nachgewiesen.“

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, ihre Fraktion begrüßt die Maßnahme. Entspreche die Verschiebung in das Sondervermögen den Förderkriterien? Es handele sich schließlich um eine bereits begonnene Maßnahme. Sei weiterhin die vollständige Umsetzung sichergestellt?

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) bemerkt, die Maßnahme habe noch nicht begonnen, sondern sei noch in Planung.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) ergänzt, man habe anhand der vorliegenden Unterlagen eine entsprechende Prüfung vorgenommen. Es handele sich um Planungen. Diese seien hinsichtlich der Adressierung der entsprechenden Mittel und Titel unschädlich. Alles weitere werde man im Verlauf sehen.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF an.

Titel 68219 – Zuschuss an die Hebbel-Theater Berlin GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 13

Ansatz 2026: 9.089.000 Euro
Ansatz 2027: 9.272.000 Euro

VE 2026: 18.544.000 Euro
VE 2027: 9.272.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 250.000 Euro
2027: + 250.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Mehrbedarf aufgrund des Ausfalls der Bundesförderung im Bündnis für Produktionshäuser

b) Anpassung der Erläuterung:

Vor dem Satz „Wirtschaftsplan siehe Anlage zu Kapitel 0810“ wird folgender Satz eingefügt: „Mehr in 2026 und in 2027 i. H. v. jeweils 250.000 € zum Ausgleich einer wegfallenden Bundesförderung.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68246 – Zuschuss an das Maxim Gorki Theater

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, sie vermisste einen Antrag zum Titel 68246. Treffe es zu, dass mit der Stiftung Oper in Berlin verabredet worden sei, dass, anders als 2011 verabredet, für die Werkstätten am Wriezener Bahnhof zusätzlich 120.000 Euro Mietkosten gezahlt werden müssten? Wenn dem so sei, erwarte sie einen Antrag mit einer entsprechenden Aufstockung der Mittel für das Maxim Gorki Theater.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) antwortet, dazu würden aktuell noch Gespräche geführt, um eine Klärung herbeizuführen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet SenKultGZ darum, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 21. Januar 2026 zu erläutern, ob für die Werkstätten vom Maxim Gorki Theater am Wriezener Bahnhof zusätzlich 120.000 Euro Mietkosten gezahlt werden müssen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtsauftrag fest.

Titel 68248 – Zuschuss an das Theater an der Parkaue

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 14

Ansatz 2026: 9.491.000 Euro
Ansatz 2027: 9.746.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 14 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 250.000 Euro
2027: + 250.000 Euro

„a) Mehrbedarf; Aufwuchs kumulativ zur 2. Lesung“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68322 – Zuschüsse an sonstige Privattheater

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 16

Ansatz 2026: 17.023.000 Euro
Ansatz 2027: 17.836.000 Euro

VE 2026: 17.836.000 Euro
VE 2027 17.836.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 16 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 250.000 Euro
2027: + 250.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Mehrbedarfe für die Neuköllner Oper (TA 7: +100.000/+100.000) sowie für die Sophiensaele (TA 8: + 150.000/+150.000)

b) Anpassung der Tabelle:

TA 7: Neuköllner Oper

2026: 2.904.940

2027: 2.952.540

TA 8: Sophiensaele

2026: 3.049.300

2027: 3.111.100

Die Erläuterungen werden entsprechend angepasst.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktionen der CDU und der SPD
rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68342 – Zuschüsse zur Förderung von Unterhaltungstheatern

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 17

Ansatz 2026: 7.555.000 Euro
Ansatz 2027: 7.762.000 Euro

VE 2026: 6.640.000 Euro
VE 2027 6.640.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 17 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro
2027: + 200.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Rücknahme einer Kürzung beim Renaissance-Theater aus der 2. Lesung, sodass im Ergebnis der Ansatz des Haushaltsentwurfs gilt (Anpassung erfolgt kumulativ zur 2. Lesung)

b) Anpassung der Tabelle:
TA 2: Renaissance Theater
2026: 2.832.760
2027: 3.114.760“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 68362 – Zuschuss an die Tanzcompagnie cie. toula limnaios

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 18

Ansatz **2026:** 1.113.000 Euro
Ansatz **2027:** 1.147.000 Euro

VE 2026: 1.113.000 Euro
VE 2027 1.147.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 18 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 60.000 Euro
2027: + 60.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Mehrbedarf

b) Der Satz „Weniger in 2026 und 2027 jeweils ggü. 2025 i. H. v. 32.000 € aufgrund erforderlicher Haushaltskonsolidierung.“ Wird gestrichen“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 68611 – Zuschüsse an Kinder-, Jugend- und Puppentheater

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 19

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 19 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 100.000 Euro
2027: + 100.000 Euro

„a) Weitere Stärkung des Schlossplatztheaters (kumulativ zur 2. Lesung, wo der TA neu geschaffen wurde)

b) Anpassung der Tabelle:
TA 3 (neu): Schlossplatztheater
2026: 100.000
2027: 100.000“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktionen der CDU und der SPD ohne Aussprache an.

Titel 68522 – Zuschuss an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 20

Ansatz 2026: 43.443.000 Euro
Ansatz 2027: 43.443.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 20 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro
2027: + 2.500.000 Euro

„a) Deckung des Mehrbedarfs und Absicherung einer Erhöhung der Kofinanzierung durch den Bund bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

b) Anpassung der Erläuterung:

Der Satz „Weniger i. H. v. 5.261.000 € in 2026 und in 2027 gegenüber 2025 aufgrund erforderlicher Haushaltskonsolidierung.“ Wir durch folgenden neuen Satz ersetzt: „Weniger i. H. v. 5.261.000 € in 2026 und i. H. v. 2.761.000 € in 2027 gegenüber 2025 aufgrund erforderlicher Haushaltskonsolidierung.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68573 – Sonstige Zuschüsse an Museen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08

hier: Nr. 21

Ansatz **2026:** 5.816.000 Euro
Ansatz **2027:** 5.934.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 21 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 100.000 Euro
2027: - 300.000 Euro

„a) Verlagerung der bei der 2. Lesung veranschlagten Mittel zur Förderung des Migrationsmuseums in den Einzelplan 11

b) Anpassung der Tabelle:

TA 18: Migrationsmuseum
2026: 0
2027: 0

Anpassung der Erläuterung:

Die folgenden Sätze auf Seite 128 werden gestrichen: „Bei den ausgewiesenen Mitteln handelt es sich um Vorbereitungsmittel zuerst für ein Dokumentationszentrum und im Nachgang für das Museum. Weniger in 2026 und 2027 jeweils ggü. 2025 i. H. v. 2.000.000 € aufgrund erforderlicher Haushaltskonsolidierung.“ An der gleichen

Stelle wird folgender Satz eingefügt: „Die Mittel werden künftig bei 1120/68406 nachgewiesen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68529 – Zuschuss an die Berliner Symphoniker

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 22

Ansatz 2026: 313.000 Euro
Ansatz 2027: 1.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 22 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro
2027: + 50.000 Euro

„a) Zusätzliche Mittel zur Betriebssicherung (kumulativ zur 2. Lesung)

b) Anpassung der Erläuterung: Der Satz „Weniger i. H. v. 312.000 € in 2027 aufgrund erforderlicher Haushaltskonsolidierung“ wird gestrichen. Die übrige (in der 2. Lesung eingefügte) Erläuterung bleibt bestehen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68575 – Sonstige Zuschüsse an Chöre und Orchester

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 23

Ansatz 2026: 2.517.000 Euro
Ansatz 2027: 2.551.000 Euro

VE 2026: 391.000 Euro
VE 2027 1.209.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 23 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 475.000 Euro

2027: + 475.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Bündelung der institutionellen Förderung sowie von Projektförderungen an den Landesmusikrat in einem Teilansatz im Einzelplan 08 (TA 3: +399.600/+399.600) unter Verschiebung der zugehörigen Mittel aus dem Einzelplan 10. Die Erhöhung des Teilansatzes erfolgt kumulativ zu der in der 2. Lesung beschlossenen Erhöhung.

Förderung des Freigeist Ensembles in einem eigenen Teilansatz (TA 7 neu: +75.000/+75.000)

Anpassung der Tabelle:

TA 3: Landesmusikrat Berlin e.V.

2026: 807.230

2027: 829.130

TA 7 (neu): Freigeist Ensemble

2026: 75.000

2027: 75.000

Anpassung der Erläuterung:

Nach dem Satz „Darüber hinaus hält der Landesmusikrat Kontakt zu vergleichbaren Einrichtungen in anderen europäischen Ländern.“ auf Seite 142 werden die folgenden Sätze eingefügt: „Im Teilansatz sind neben der institutionellen Förderung nun auch Mittel für den Musikwettbewerb „Jugend Musiziert Berlin“ sowie für die Förderung der Instrumentalen Amateurmusik veranschlagt.

Mehr i. H. v. 399.600 aufgrund der Verlagerung der entsprechenden Mittel aus 1042/68425 (TA 7) und 1042/68435 (TA 4).“

Der Satz „weniger i. H. v. 5.970 € € in 2026 un i. H. v. 5.770 € in 2027 ggü. 2025 aufgrund erforderlicher Haushaltskonsolidierung.“ Wird gestrichen.

Am Ende der Erläuterung werden folgend Sätze eingefügt: „Freigeist Ensemble Es sind Ausgaben für die Gewährung von Zuwendungen nach § 23 i.V.m. § 44 LHO im Ansatz wie folgt vorgesehen: in 2026 75.000 € und in 2027 75.000 €. Falls die Voraussetzungen dafür vorliegen, sollen die Mittel bevorzugt in institutioneller Förderung ausgereicht werden.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Neuer Titel – Stärkung der Bezirklichen Musikschulen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 1

2400 CP

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CP ohne Aussprache ab.

Kapitel 0820 – Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel 68488 – Unterstützung von jüdischer Gemeindearbeit

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 24

2400 DF

Haupt

Ansatz 2026: 7.500.000 Euro
Ansatz 2027: 8.067.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 24 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro

2027: +/- 0 Euro

„a) Einfügung einer qualifizierten Sperrre zur Stärkung der Parlamentsbeteiligung

c) Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind qualifiziert gesperrt.

Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind qualifiziert gesperrt.“

Tonka Wojahn (GRÜNE) bemerkt, es sei überraschend, dass ausgerechnet die Mittel zur Sicherung jüdischer Einrichtungen gesperrt würden. Wie schätzt der Senat den Antrag ein?

Alexander Freier-Winterwerb (SPD) verweist darauf, dass der Titel nicht der Sicherheit in jüdischen Einrichtungen diene, sondern der Stärkung jüdischer Gemeindearbeit. In die Sicherheit sei in den vergangenen Jahren stark investiert worden. Nun gehe es darum, die jüdische Gemeinschaft in ihrer Breite zu unterstützen. Die Koalition habe den Senat um einen Vorschlag zur Vergabe der Mittel gebeten. Der Hauptausschuss werde diesen diskutieren. Nach der Zustimmung gehe es dann weiter.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) schlägt vor, die Formulierung entsprechend anzupassen, damit klar werde, dass die qualifizierte Sperre bis zum Vorliegen des Konzepts gelte. Aktuell suggeriere der Antrag, dass der Hauptausschuss zum Expertengremium der Anträge für die jüdische Gemeinarbeit werde.

Tonka Wojahn (GRÜNE) schlägt vor, den Titel in den Einzelplan 05 zu übertragen, damit die Mittel allen Gemeinden zur Verfügung stünden.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) führt aus, der haushaltrechtliche Sinn und Zweck der vorgeschlagenen Sperre bestehe darin, dass sich das Parlament bei der Etatisierung der Mittel vorbehalte, die Voll- oder Teilentsperrung durch eigene Entscheidungen vorzunehmen, üblicherweise auf Basis der Konzeptionsunterlagen. Widersinnig wäre es insofern, einen Sperrvermerk schon bei der Ausbringung so zu limitieren, dass allein die Einreichung dazu führe, dass die Sperre aufgehoben werde. Das gewählte Vorgehen sei üblich.

Alexander Freier-Winterwerb (SPD) ergänzt, historisch sei man mit dem Mittelabfluss bei dem betreffenden Titel nicht immer zufrieden gewesen. Das gewählte Vorgehen sei vor diesem Hintergrund der richtige Weg. Er gehe davon aus, dass man spätestens im Januar 2026 eine Konzeptvorlage erhalte, die man dann gemeinsam diskutieren und beschließen könne.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, die entscheidende Frage sei, ob die Koalition den Eindruck vermeiden wolle, dass es um eine Einzelfreigabe der Mittel durch einen Parlamentsbeschluss gehe. Dieser Eindruck ließe sich vermeiden, wenn man die Formulierung im Sperrvermerk wie bereits vorgeschlagen anpasse. Das bedeute, da es sich um eine qualifizierte Sperre handle, keineswegs, dass mit der Vorlage eines Konzepts die Mittel automatisch freigegeben würden.

Staatssekretärin Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski (SenKultGZ) bemerkt, man arbeite bereits an der Konzeptvorlage. Diese werden den Abgeordneten zügig mit der Bitte um Entsperrung zugehen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) äußert, es gehe ihr vor allem um eine versöhnliche Formulierung im Sperrvermerk. Die aktuelle Formulierung stoße die betroffenen Beschäftigten womöglich vor den Kopf.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF an.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 25

Ansatz 2026: 680.000 Euro
Ansatz 2027: 701.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 25 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 227.000 Euro
2027: + 232.000 Euro

„a) Personelle Aufwendungen für die Förderung und Konzeption von Maßnahmen zur Antisemitismusprävention und der Sachbearbeitung von Zuwendungen zur Projektförderung

c) Änderung des Stellenplans:

2026 und 2027:
+ 1,0 Stelle E 14
+ 2,0 Stellen E 11“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DF
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08
hier: Nr. 26

Ansatz 2026: 9.410.000 Euro
Ansatz 2027: 9.410.000 Euro

VE 2026: 12.820.000 Euro
VE 2027: 6.410.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 26 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 100.000 Euro
2027: + 100.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Umbenennung des Teilansatzes 8 in die vom Abgeordnetenhaus im DHH 2024/2025 beschlossene Fassung und Einfügung einer qualifizierten Sperre zur Stärkung der Parlamentsbeteiligung Schaffung eines neuen Teilansatzes zur Förderung

der Landesfreiwilligenagentur, insbesondere in der Beratung von Anbietern von Ehrenamt (TA 12 neu: +100.000 p.a.)

b) Anpassung der Tabelle:

Umbenennung des TA 8:

TA 8: Projekte gegen Antisemitismus und zur Förderung des interreligiösen Dialogs

2026: 8.000.000

2027: 8.000.000

TA 12 (neu): Landesfreiwilligenagentur

2026: 100.000

2027: 100.000

c) Sperrvermerk: Ausgaben in Höhe von 8.000.000 € im Teilansatz 8 im 1. Planjahr sind qualifiziert gesperrt.

Sperrvermerk: Ausgaben in Höhe von 8.000.000 € im Teilansatz 8 im 2. Planjahr sind qualifiziert gesperrt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DF ohne Aussprache an.

[Sitzungsunterbrechung von 14.31 Uhr bis 14.54 Uhr]

Einzelplan 09 – Wissenschaft, Gesundheit und Pflege

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CL
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CY
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt

Kapitel 0900 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 1 **2400 CL**
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CL ohne Aussprache ab.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD **2400 DD**
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 1 Haupt

Ansatz 2026: 1.000 Euro
Ansatz 2027: 1.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: -1.000 Euro
2027: - 1.000 Euro

„a) Die Prämien für besondere Leistungen werden einheitlich abgeschafft.

b) Erläuterung löschen.

c) Die Sperrvermerke werden gestrichen.

Wegfallvermerk:

Die Ausgaben fallen künftig weg.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 1 (und identische Nr. 13) **2400 CY**
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 (und identische Nr. 13) der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 2400 CY
hier: Nr. 2 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 2400 CY
hier: Nr. 14 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Titel 97110 – Verstärkungsmittel

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 2400 CL
hier: Nr. 2 Haupt

Franziska Brychey (LINKE) führt aus, ihre Fraktion beantrage die Rücknahme der Kürzungen und die Förderung der Lehrkräftebildung mit mindestens 10 Mio. Euro pro Jahr. Man bedauere, dass die Koalition mit Blick auf die Hochschulen keine Lösung gefunden habe und glaube, dass dies im Hinblick auf die gesamten Haushaltsberatungen am schmerzlichsten und schlecht für die Fachkräfteentwicklung in Berlin sei. Der Änderungsantrag ihrer Fraktion sei finanziert.

Martin Matz (SPD) antwortet, die Forderung sei populär. Die Gegenfinanzierung könne er aktuell aber nicht einsehen. Er bitte um Aufklärung, wo die Fraktion Die Linke Mittel in Höhe von 139,4 Mio. Euro aufgetan habe.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CL ab.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 15

2400 CY
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 15 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Hochschulen –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenWGP – V B 1 / V G 3 – vom 26.11.2025 2038 B
Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Studienabsolventinnen und -absolventen in Lehramtsstudiengängen
gemäß Auflage B. 69 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25

Haupt

Franziska Brychey (LINKE) bemerkt, der Bericht zeige die positive Entwicklung der letzten Jahre auf Basis der ergriffenen Maßnahmen unter Rot-Grün-Rot auf. Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen – 1 300 – verweise auf eine sukzessive Steigerung. Diese Entwicklung hätte man gerne weiter unterstützt. Leider fielen die Sonderprogramme weg. Auch die Kürzungen in den Hochschulverträgen würden dazu führen, dass der Aufwuchs perspektivisch nicht mehr möglich sei.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) betont, die Sonderprogramme fielen als Haushaltstechnik weg, würden aber in die Hochschulverträge überführt. Genau dies hätten die Hochschulen stets gefordert. Man strebe einen Ausbau der Zahl der Absolventinnen und Absolventen auf 2 200 an und sei zuversichtlich, dass man dieses Ziel erreichen werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 2038 B zur Kenntnis.

- b) Bericht SenWGP – V B – vom 27.11.2025 2536
Rücklagen Versorgungslasten der Hochschulen
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 14.11.2025)

Haupt

Ohne Aussprache nimmt **der Ausschuss** den Bericht rote Nr. 2536 zur Kenntnis.

- c) Bericht SenWGP – V D – vom 19.11.2025 1400 G
Charité – Universitätsmedizin Berlin
Fortschreibung der Gesamtentwicklungsplanung
gemäß Auflage B. 67 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25

Haupt

André Schulze (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Überarbeitung der Krankenhausplanung. Wann könne man dem Ausschuss über die Inhalte berichten?

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet SenWGP, dem Hauptausschuss in einem Folgebericht bis zur Sommerpause 2026 den Sachstand zu möglichen Investitionen für die Charité aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz und dem Transformationsfonds zur Förderung von Anpassungen aufgrund des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz darzustellen. Welche Veränderungen stünden aufgrund der Krankenhausreform und Krankenhausplanung an? Welche weiteren Maßnahmen könnten ggf. noch über das Sondervermögen „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) finanziert werden?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) sagt bis zur Sommerpause 2026 einen entsprechenden Bericht zu.

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 1400 G zur Kenntnis.

- d) Bericht SenWGP – IV E 4 – vom 27.11.2025 [2539](#)
Charité Haupt
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
der CDU
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025)

Christian Goiny (CDU) kündigt an, schriftliche Nachfragen nachzureichen und um einen Folgebericht bis Anfang März 2026 zu bitten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 2539 zur Kenntnis.

- e) Vertraulicher Bericht SenFin – I C 21 – vom 26.11.2025 [2541](#)
Eigentümerstrategie Charité und Vivantes Haupt
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025) Vertrauliche Beratung

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) bittet SenWGP, dem Hauptausschuss bis Anfang des II. Quartals die Ergebnisse der Überarbeitung des Konzeptpapiers zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Charité und Vivantes darzustellen. Welche Zeit- und Maßnahmenpläne bestünden für die weitere Zusammenarbeit?

André Schulze (GRÜNE) fragt, welche Erwartungen SenWGP an die beiden Häuser bezüglich der Überarbeitung des Konzeptpapiers und im Hinblick auf den Zeithorizont habe. Inwiefern werde man in der Funktion als Gesellschafter verbindlichere Arbeitsschritte einfordern?

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) antwortet, man befindet sich im Rahmen der Eigentümerstrategie Vivantes und Charité in einem intensiven und konstruktiven Dialog. Erst am 4. Dezember 2025 habe wieder eine gemeinsame Sitzung mit SenWGP, Vivantes und der Charité stattgefunden. Die Absprachen würfen zunehmend konkreter. Am 4. Dezember habe man sich darauf geeinigt, dass man verschiedene Schwerpunktcluster bis März 2026 mit Zeit- und Maßnahmenplänen unterlegen werde. Einen entsprechenden Bericht werde man bis Anfang des II. Quartals aufliefern.

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 2541 zur Kenntnis.

- f) Vertraulicher Bericht SenWGP – V D 1 / V D 2 – vom 28.11.2025
Invalidenstraße 110 als Pilotprojekt in der Hochschulbaugesellschaft, Landeshochschulstandortentwicklungsplanung, Hochschulbaugesellschaft mit vertraulicher Anlage
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 15.10.2025)
- 2554
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Ohne Aussprache nimmt **der Ausschuss** den Bericht rote Nr. 2554 zur Kenntnis.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 6
- 2400 CY
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Titel 68413 – Zuschuss an das Studierendenwerk

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 7
- 2400 CY
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Titel 68510 – Zuschuss Projektförderung Einstein Stiftung Berlin

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 8
- 2400 CY
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 2 Haupt

Ansatz 2026: 23.840.000 Euro
Ansatz 2027: 23.840.000 Euro

VE 2026: 33.500.000 Euro
VE 2027: 30.300.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro
2027: +/- 0 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Es wird ein Übertragbarkeitsvermerk eingefügt, da die ausgereichten Fördermittel nicht immer zum vorgesehenen Zeitpunkt fällig werden

c) Einfügung Übertragbarkeitsvermerk:
„Die Ausgaben sind übertragbar““

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 68540 – Zuschüsse an konfessionelle Fachhochschulen

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CY
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 9 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 3 Haupt

Ansatz 2026: 43.439.000 Euro
Ansatz 2027: 45.081.000 Euro

VE 2026: 39.119.000 Euro
VE 2027: 26.584.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.400.000 Euro
2027: + 1.400.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Verstärkung wegen Mehrbedarfs. Die Änderungen erfolgen kumulativ zu den Änderungen der 2. Lesung.

b) Anpassung der Teilansätze:

TA 3: Wissenschaftskommunikation
2026: 800.000
2027: 800.000

TA 16: Beauftragung der
Humanistischen-Hochschule Berlin
(HHB) mit der Ausbildung von
Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter
2026: 1.000.000
2027: 1.000.000

TA 19 (neu): „Hochschule für soziale Arbeit und Pädagogik (HSAP)“
2026: 500.000
2027: 500.000“

TA 20 (neu): „Digitalisierung der Bestände im Botanischen Garten“
2026: 200.000
2027: 200.000

TA 21 (neu): "Studentische Projekte zur Antisemitismus-Prävention"
2026: 100.000
2027: 100.000

Die Erläuterungen werden wie folgt angepasst:

Zu TA 3: Am Ende der bisherigen Erläuterung wird folgender Satz hinzugefügt: „Je 100.000 Euro p.a. sind für das Projekt „ArtLab“ vorgesehen.“

Zu TA19: „Hochschule für soziale Arbeit und Pädagogik (HSAP) (Teilansatz 19) Beauftragung der Hochschule für soziale Arbeit und Pädagogik (HSAP) u.a. zur Finanzierung zusätzlicher B.A.- Studienplätze“

Die übrigen Erläuterungen werden entsprechend angepasst.“

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) gibt zu Protokoll, dass sie sich an dieser Abstimmung nicht beteiligen werde, da sie mit dem Humanistischen Verband verbunden sei.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr.3 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CL
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 Haupt
hier: Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CL ohne Aussprache ab.

c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CY
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 Haupt
hier: Nr. 10

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Neuer Titel – Stipendienprogramm für Studienanfänger im Lehramt

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CY
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 Haupt
hier: Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Neuer Titel – Aufbau eines Startup-Zentrums

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 4

2400 CY
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Neuer Titel – Forschungsförderung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 5

2400 CY
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Kapitel 0920 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege - Gesundheit –

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 4

2400 DD
Haupt

Ansatz 2026: 134.000 Euro
Ansatz 2027: 138.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 46.000 Euro
2027: + 47.000 Euro

„a) Verstärkung wegen Mehrbedarfs. Es wird eine 50 %-Stelle für die Geschäftsstelle des Landesarztes für psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche finanziert sowie die bestehende E13-Stelle der bisherigen Stelle Kinder- und Jugendgesundheit-Referent:in aufgestockt und damit Anbindung an den Runden Tisch ermöglicht.

c) Änderung im Stellenplan:

2026 und 2027:
+ 0,5 EG 9b VZÄ
+ 0,1 EG 13 VZÄ

„Zur o.g. Stelle wird folgender Stellenvermerk im Stellenplan eingefügt: „Stelle/Beschäftigungsposition darf nur für Aufgaben der Geschäftsstelle des Landesarztes für psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche verwendet werden.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 5 Haupt

Ansatz 2026: 3.390.000 Euro
Ansatz 2027: 2.856.000 Euro

VE 2026: 6.414.000 Euro
VE 2027 5.255.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 100.000 Euro
2027: + 100.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Schaffung eines neuen Teilansatzes
„Masterplan Psychische Gesundheit“
Die Ansatzerhöhung des Gesamttitels erfolgt kumulativ zur 2. Lesung.

b) Anpassung der Tabelle:
TA 26 (neu): „Masterplan Psychische Gesundheit“
2026: 100.000
2027: 100.000“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 6

2400 DD
Haupt

Ansatz 2026: 5.978.000 Euro
Ansatz 2027: 6.182.000 Euro

VE 2026: 5.562.000 Euro
VE 2027: 3.605.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 150.000 Euro
2027: + 150.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Der TA 14 wurde in der 2. Lesung zunächst abgesenkt und wird nun wieder erhöht. Die Welcome-Baby-Bags bleiben damit erhalten.

b) Anpassung der Tabelle:
TA 14: Welcome-Baby-Bag
2026: 150.000
2027: 150.000“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 7

2400 DD
Haupt

Ansatz 2026: 14.132.000 Euro
Ansatz 2027: 15.279.000 Euro

VE 2026: 5.510.000 Euro
VE 2027: 2.322.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 570.000 Euro
2027: + 570.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„ a) Der Teilansatz 10 wurde bereits in der 2. Lesung erhöht, die jetzige Erhöhung ist als additiv zu verstehen.

b) Anpassung der Tabelle:

TA 10: Fortführung eines Projekts
analysegestützte Beratung –
Drugchecking –
2026: 288.000
2027: 295.000

TA 30 (neu): „Mentale Gesundheit in der Nachtökonomie“
2026: 200.000
2027: 200.000

TA 31 (neu): „Integrative psychosoziale Projekte der Frauengesundheit“
2026: 300.000
2027: 300.000“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD rot Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
2400 DD
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 8

Ansatz 2026: 34.500.000 Euro
Ansatz 2027: 34.775.000 Euro

VE 2026: 184.743.000 Euro
VE 2027: 166.681.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 7.359.000 Euro

2027: + 8.276.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Fortschreibung der Mittel des Sicherheitsgipfels

+ 2.525.000 Euro in 2026 und + 2.600.000 Euro in 2027 für Stationäres Drogenkonsumraumangebot, laufender Betrieb

+ 500.000 Euro in 2026 und + 1.100.000 Euro in 2027 für lfd. Kosten für Erweiterung Standzeiten der Konsummobile plus lfd. Betrieb eines in 2025 angeschafften Beratungsmobils

+ 1.129.900 Euro in 2026 und + 1.192.000 Euro in 2027 für Ausbau/Erweiterung der bestehenden Konsumraumangebote (Öffnungszeiten und Angebotsstruktur etc.)

+ 1.714.200 Euro in 2026 und + 1.808.500 Euro in 2027 für Ausbau/Erweiterung der Kontaktstellen und Tageseinrichtungen

+ 300.000 Euro in 2026 und 320.000 Euro in 2027 für Sicherheitsdienstleister der Drogenkonsumräume und der Kontaktstellen

+ 1.189.000 Euro in 2026 und + 1.255.400 in 2027 für Aufsuchende gesamtstädtische Sozialarbeit

b) Anpassung der Erläuterung:

Vor dem zweiten Absatz, der mit „Im Integrierten Gesundheitsprogramm (IGP) werden (...).“ beginnt, wird folgender neuer Absatz eingefügt: „Mindestens 6 Mio. Euro in 2026 und 6,35 Mio. Euro in 2027 sind in Fortschreibung der Maßnahmen des Sicherheitsgipfels im Handlungsfeld Verbundsystem Drogen und Sucht für den Betrieb von Drogenkonsumräumen und Drogenkonsummobilen vorgesehen (verbindliche Erläuterung).““

Martin Matz (SPD) weist darauf hin, dass die Unterzeichnung des Rahmenfördervertrags mit den Wohlfahrtsverbänden am 19. Dezember 2025 stattfinden solle. Die Verpflichtungsermächtigungen zu diesem Vertrag stünden im Haushalt 2025 und seien vor dem Hintergrund der Aufstockung nicht mehr ausreichend. Er hoffe, dass sich in Zusammenarbeit mit SenFin eine Lösung für das Problem finde, damit die Unterzeichnung des Vertrages wie geplant noch im Jahr 2025 stattfinden könne.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) erklärt, der Hinweis sei berechtigt. Man nehme das Thema mit.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD an.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 16 2400 CY
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Titel 89360 – Zuschüsse an Einrichtungen der Suchthilfe und -prävention für Standardanpassungen (Investitionen)

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 9 Haupt

Ansatz 2026: 350.000 Euro
Ansatz 2027: 650.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 750.000 Euro
2027: + 230.000 Euro

„a) Fortschreibung der Maßnahmen des Sicherheitsgipfels

b) Die Erläuterung wird wie folgt ergänzt:

„In Fortschreibung der Maßnahmen des Sicherheitsgipfels sind zusätzliche Mittel für folgende Maßnahmen vorgesehen:
- 750.000 Euro in 2026 für den Aus-/Umbau des Komplexangebots max. - 230.000 Euro in 2027 für die Anschaffung eines weiteren Konsummobils und eines Beratungsmobils.““

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 89102 – Investitionspauschale für die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CL
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 4 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CL ohne Aussprache ab.

Titel 89218 – Investitionspauschale für Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger
hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CY
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 Haupt
hier: Nr. 12

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CL
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09 Haupt
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CL ohne Aussprache ab.

Kapitel 0940 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege
- Außeruniversitäre Forschung und Charité –

Titel 68515 – Förderung der Vorlaufforschung in der angewandten Forschung

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 DD
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 5.000.000 Euro

Ansatz 2027: 5.500.000 Euro

VE 2026: 6.535.000 Euro

VE 2027: - Euro

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000.000 Euro

2027: + 1.000.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Stärkung des Instituts für angewandte Forschung (IAF)

b) Anpassung der Tabelle:

TA 1: Institut für angewandte Forschung (IAF) Berlin:
2026: 2.000.000
2027: 2.000.000“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD
rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 68534 – Zuschuss an "Charité- Universitätsmedizin Berlin"

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 11 Haupt

Ansatz 2026: 230.101.000 Euro
Ansatz 2027: 239.722.000 Euro

VE 2026: - Euro
VE 2027: - Euro

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.500.000 Euro
2027: + 1.500.000 Euro

VE 2026: + 3.000.000 Euro
Davon fällig:
2027: + 1.500.000 Euro
2028: + 1.500.000 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Sicherung der Studienplätze für Hebammenwissenschaft. Die Änderungen erfolgen kumulativ zu den Änderungen der 2. Lesung.

b) Ergänzung der Erläuterung:

Hinter dem Absatz „Weniger wegen der Versorgungslasten durch das Land Berlin“ wird folgender neuer Satz als neuer Absatz eingefügt: „Mehrmittel in Höhe von je 1,5 Mio. Euro in 2026 und 2027 werden der Charité zur Aufrechterhaltung der 60 Studienplätze Hebammenwissenschaft zur Verfügung gestellt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DD
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09

hier: Nr. 12

Ansatz 2026: 8.101.000 Euro
Ansatz 2027: 11.701.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 900.000 Euro
2027: - 900.000 Euro

„a) Das Japanisch-Deutsche-Zentrum wird in die Senatskanzlei verlagert

b) Anpassung der Tabelle:

TA 3: Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin (JDZB)
in der Zeile b) jeweils 0
in der Zeile c) jeweils 0

Anpassung der Erläuterung:

„Zur Nr. 3: Die Ausgaben für das Japanisch-Deutsche-Zentrum Berlin (JDZB) werden künftig im Einzelplan 03, Kapitel 0300, Titel 68569 veranschlagt.““

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DD ohne Aussprache an.

Titel 89434 – Zuschuss an "Charité-Universitätsmedizin Berlin" für Investitionen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CY
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 09
hier: Nr. 11

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CY ohne Aussprache ab.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, damit sei die Restelesung des Einzelplans 09 einschließlich des Stellenplans abgeschlossen.

Einzelplan 12 – Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
(Keine Zurückstellungen oder Berichtsanträge in der 2. Lesung.)

Vorsitzender Stephan Schmidt ruft Punkt 8 der Tagesordnung auf.

Punkt 8 der Tagesordnung

Schreiben SenStadt – V D 7 – vom 05.11.2025 2538
Verlagerung der qualifizierten Sperre Haupt
Kapitel 1250 – Hochbau, MG 05 – Titel 70160 –
Polizei und Feuerwehr; Neubau einer Kooperativen
Leitstelle auf dem Gelände Gallwitzallee;
Feuerwehrleitstelle Nikolaus- Groß-Weg, Errichtung
eines Erweiterungsbaus und Sanierung des
Bestandsgebäudes

Franziska Brychey (LINKE) erkundigt sich, wie lange sich die Maßnahme bei der JVA-Tegel verzögere.

Staatssekretär Alexander Slotty (SenStadt) antwortet, es werde zu keiner Verzögerung kommen.

Der Ausschuss stimmt dem Schreiben rote Nr. 2538 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, nun könne man die Restelesung des Einzelplans 12 fortsetzen.

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 CX
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt

Kapitel 1200 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CM
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
[hier: Nr. 1](#)

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CM ohne Aussprache ab.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion **Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12** hier: Nr. 1 **2400 CQ** Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 54001 – Sächliche Ausgaben für die Verwaltungsreform

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion **2400 CQ**
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 2

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Kapitel 1210 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Stadtplanung –

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion **Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12** hier: Nr. 3 **2400 CQ** Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 53121 – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 4

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 5

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 54048 – Maßnahmen zur Umsetzung der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 6

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 68524 – Zuschüsse an städtebauliche Institutionen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 7

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Kapitel 1220 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Städtebau und Projekte –

Titel 53314 – Baukollegium

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 8

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 53315 – Beirat für Stadtgestaltung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 9

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 54053 – Veranstaltungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 10

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 11

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 83111 – Kapitalzuführung an die Tegel Projekt GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 12

2400 CQ
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 89364 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 13

2400 CQ
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 89365 – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des Zukunftsstandorts Tegel

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 14

2400 CQ
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 89384 – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das neue Stadtquartier "Blankenburger Süden"

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 15

2400 CQ
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 15 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 89385 – Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme für das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 16

2400 CQ
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 16 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

**Kapitel 1240 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Wohnungswesen, Stadterneuerung, Städtebauförderung –**

Titel 33131 – Zuweisungen des Bundes für städtebauliche Gesamtmaßnahmen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 1

2400 CX
Haupt

Ansatz 2026: 25.773.000 Euro
Ansatz 2027: 20.627.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 463.000 Euro
2027: + 3.929.000 Euro

„a) Die Städtebauförderung des Bundes wird in 2026 auf 1 Mrd. € und 2027 auf 1,2 Mrd. € erhöht. Berlin erhält für das Programmjahr 2026 insgesamt 9,5 Mio. € und 2027 insgesamt 10,2 Mio. € mehr Bundesmittel (Verpflichtungsrahmen über 7 Jahre). Daher ergeben sich anteilige Mehreinnahmen 2026 von rund 5 % und 2027 von rund 15 %. Die Streckung des Verpflichtungsrahmens von 5 auf 7 Jahre ab 2024 mit hohen Anteilen in den hinteren Jahren führt zunächst zu einer Verringerung der Einnahmen im Verhältnis zu den Vorjahren (bis 2025 jährlich rund 41 Mio. €). Die Einnahmen steigen ab 2029 erheblich an.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

Titel 42811 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigte

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CX
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 2

Ansatz 2026: 1.000 Euro
Ansatz 2027: 1.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000.000 Euro
2027: + 1.500.000 Euro

„a) Es soll nichtplanmäßiges Personal für die Mietenaufsicht auch für die Bezirksamter für Überprüfungen nach Mietrecht und Wirtschaftsstrafrecht und Ahndung von Verstößen eingestellt und je nach Bedarf auf die Bezirksamter aufgeteilt und dorthin abgeordnet werden. Die BPos werden mit EG 10 TV-L ausgestattet. Der Ansatz fällt in 2026 geringer aus, da die Beschäftigten erst eingestellt und daher erst später im Jahr 2026 finanziert werden müssen. Je nach Einstellungszeitpunkt lassen sich aufgrund Durchschnittssatz für neu einzustellende Dienstkräfte zwischen 13 und 19 Personen rekrutieren.

b) Einfügung der Erläuterung:

„Zusätzliches nichtplanmäßiges Personal für die Mietenaufsicht auch für die Bezirksamter für Überprüfungen nach Mietrecht und Wirtschaftsstrafrecht und Ahndung von Verstößen.“

c) Ergänzung Stellenplan:
19.000 Beschäftigungspositionen
Tarifbeschäftigte/r 19x E 10 in
2026/2027
19.000 Stellenvermerke“

(1014/0120 -Stelle/Beschäftigungsposition fällt mit Ablauf des 31.12.2027 weg.)

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 17

2400 CQ
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 17 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 CX
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12

hier: Nr. 3

Ansatz 2026: 18.360.000 Euro

Ansatz 2027: 19.285.000 Euro

VE 2026: 18.885.000 Euro

Davon fällig:

2027 18.695.000 Euro

2028 190.000 Euro

VE 2027 19.220.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000.000 Euro

2027: + 500.000 Euro

VE 2026: + 500.000 Euro

Davon fällig:

2027: + 500.000 Euro

2028: +/- 0

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Zur Etablierung einer besseren Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen (§ 5 Wirtschaftsstrafgesetz) durch die Bezirke und eines in Berlin einheitlichen IT-Verfahrens für die Anzeige von Verdachtsfällen sind im Jahr 2026 die Mittel um 1,0 Mio. € und im Jahr 2027 die Mittel um 0,5 Mio. € zu erhöhen. Für die Beauftragung von Dienstleistern und Gutachten im Jahr 2026 sind die Verpflichtungsermächtigungen um 500.000 € zu erhöhen. Hieraus werden u.a. die notwendigen Sachmittel der Bezirke für das zusätzlich bereitgestellte Personal (Büroausstattung) sowie die mit der Verfolgung in Zusammenhang stehenden Mehrkosten finanziert (Beauftragung von Gutachten durch die Bezirke, erhebliche Mehrkosten für die Prozessverfolgung). Darüber hinaus soll eine einheitliche Anzeigeplattform zu § 5 Wirtschaftsstrafgesetz für Mietpreisüberhöhungen entwickelt werden, die es den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, online die Anzeige von Verdachtsfällen bei den zuständigen Bezirksamtern zu melden.“

b) Einfügung der Erläuterung nach den Ausführungen zu 7. „8. Für die Mehrkosten der Bezirke für die Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz, die Beauftragung von Gutachten, die Absicherung der Prozessführungen und die Entwicklung eines einheitlichen IT-Verfahrens zur Anzeige von Verdachtsfällen u.a. sind für 2026 Ausgaben von 1.000.000 € und 2027 Ausgaben von 500.000 € sowie für 2026 Verpflichtungsermächtigungen von 500.000 € veranschlagt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 18

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 18 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 54021 – Dienstleistungen für die Förderprogramme der Städtebauförderung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 19

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 19 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 68240 – Zuschuss an die Sicheres Wohnen AöR

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 20

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 20 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 68544 – Projekte der Freiwilligenarbeit

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 CQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 21

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 21 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 89367 – Städtebauförderung "Sozialer Zusammenhalt"

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 CX
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 4 Haupt

Ansatz 2026: 21.200.000 Euro
Ansatz 2027: 21.100.000 Euro

VE 2026: 26.600.000 Euro
Davon fällig:
2027 7.000.000 Euro
2028 8.400.000 Euro
2029 7.000.000 Euro
2030 4.200.000 Euro

VE 2027 26.600.000 Euro
Davon fällig:
2028 7.000.000 Euro
2029 8.400.000 Euro
2030 7.000.000 Euro
2031 4.200.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5.680.000 Euro
2027: + 7.515.000 Euro

VE 2026: + 5.320.000 Euro
Davon fällig:
2027: + 1.400.000 Euro
2028: +/- 0
2029: - 280.000 Euro
2030: - 840.000 Euro
2031: + 3.360.000 Euro
2032: + 1.680.000 Euro

VE 2027: + 11.685.000 Euro
Davon fällig:
2028: + 3.075.000 Euro

2029: + 1.675.000 Euro
2030: + 1.060.000 Euro
2031: - 170.000 Euro
2032: + 4.030.000 Euro
2033: + 2.015.000 Euro

„a) Schrittweise Verdoppelung der Bundesmittel für die Städtebauförderung bis 2029, davon 2026 auf 1 Mrd. € und 2027 auf 1,2 Mrd. €. Die Inanspruchnahme der zusätzlichen Bundesmittel erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel (Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen). Insgesamt erhöht sich das Programmvolume der Städtebauförderung 2026 um 21,8 Mio. € und 2027 um 51,8 Mio. € (überwiegend Verpflichtungsermächtigungen über 6 Jahre), davon im Programm Sozialer Zusammenhalt 2026 um 5,6 Mio. € und 2027 um 12,3 Mio. €.

Mit der Erhöhung der Städtebauförderung soll der Verpflichtungsrahmen von bisher 5 Jahren auf 7 Jahre umgestellt werden. Seit 2024 hat der Bund den Verpflichtungsrahmen von 5 auf 7 Jahre verlängert. Zusätzlich soll die veranschlagte pauschale Kürzung auf rd. 80 % der bewilligten Altverpflichtungen durch haushaltneutrale Änderung der Ansatzkürzungen (neue Veranschlagung in 1240/89389) umgesetzt werden. Dies folgt dem Ziel, die Mittelausschöpfung zu verbessern.

b) Die Erläuterung Absatz 5 wird wie folgt neu gefasst:

„Das Programmvolume für 2026 beträgt 33.600.000 €, dafür sind Ausgaben in Höhe von 1.680.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 31.920.000 € vorgesehen. Das Programmvolume für 2027 beträgt 40.300.000 €, dafür sind Ausgaben in Höhe von 2.015.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 38.285.000 € vorgesehen.“

Die Erläuterung Absatz 6 Sätze 1 bis 3 wird wie folgt neu gefasst:

„Aufgrund eingegangener Verpflichtungen der Programme bis 2025 sind Ausgaben in 2026 in Höhe von 25.200.000 € und in 2027 in Höhe von 18.200.000 € erforderlich. In 2027 sind weitere Ausgaben von 8.400.000 € für die in 2026 einzugehenden Verpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich im Haushaltsjahr 2026 ein Ansatz von 26.880.000 € und in 2027 von 28.615.000 €.“

Die Erläuterung ab „Tatsächlich sind (...)“ bis „(...) Ausschöpfung erreicht werden“ wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 22

2400 CQ
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 22 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 89369 – Soziale Infrastrukturmaßnahmen in Quartieren auch außerhalb von

Städtebaufördergebieten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 Haupt
hier: Nr. 23

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 23 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 89371 – Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 CX
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 5

Ansatz 2026: 8.000.000 Euro
Ansatz 2027: 7.900.000 Euro

VE 2026: 9.500.000 Euro
VE 2027 9.500.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.000.000 Euro
2027: + 2.100.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

a) Die veranschlagte pauschale Kürzung auf rd. 80 % der bewilligten Altverpflichtungen soll durch haushaltneutrale Änderung der Ansatzkürzungen (neue Veranschlagung in 1240/89389) umgesetzt werden. Dies folgt dem Ziel, die Mittelaus schöpfung zu verbessern.

b) Die Erläuterung ab „Tatsächlich sind (...)“ bis „(...) Ausschöpfung erreicht werden“ wird gestrichen.

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

Titel 89373 – Städtebauförderung Nachhaltige Erneuerung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12

hier: Nr. 6

2400 CX

Haupt

Ansatz 2026: 33.480.000 Euro
Ansatz 2027: 28.000.000 Euro

VE 2026: 42.750.000 Euro
Davon fällig:
2027 11.250.000 Euro
2028 13.500.000 Euro
2029 11.250.000 Euro
2030 6.750.000 Euro

VE 2027 42.750.000 Euro
Davon fällig:
2028 11.250.000 Euro
2029 13.500.000 Euro
2030 11.250.000 Euro
2031 6.750.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 8.855.000 Euro
2027: + 10.530.000 Euro

VE 2026: + 9.215.000 Euro
Davon fällig:
2027: + 2.425.000 Euro
2028: + 175.000 Euro
2029: - 310.000 Euro
2030: - 1.280.000 Euro
2031: + 5.470.000 Euro
2032: + 2.735.000 Euro

VE 2027: + 19.095.000 Euro
Davon fällig:
2028: + 5.025.000 Euro
2029: + 2.775.000 Euro
2030: + 1.770.000 Euro
2031: - 240.000 Euro
2032: + 6.510.000 Euro
2033: + 3.255.000 Euro

„a) Schrittweise Verdoppelung der Bundesmittel für die Städtebauförderung bis 2029, davon 2026 auf 1 Mrd. € und 2027 auf 1,2 Mrd. €. Die Inanspruchnahme der zusätzlichen Bundesmittel erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel (Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen). Insgesamt erhöht sich das Programmvolume der Städtebauförderung 2026 um 21,8 Mio. € und 2027 um 51,8 Mio. € (überwiegend Verpflichtungsermächtigungen über 6 Jahre), davon im Programm Sozialer Zusammenhalt 2026 um 5,6 Mio. € und 2027 um 12,3 Mio. €. Mit der Erhöhung der Städtebauförderung soll der Verpflichtungsrahmen von bisher 5 Jahre auf 7 Jahre umgestellt werden. Seit 2024 hat der Bund den Verpflichtungsrahmen von 5 auf 7 Jahre verlängert. Zusätzlich soll die veranschlagte pauschale Kürzung auf rd. 80 % der bewilligten Altverpflichtungen durch haushaltneutrale Änderung der Ansatzkürzungen (neue Veranschlagung in 1240/89389) umgesetzt werden. Dies folgt dem Ziel, die Mittelausschöpfung zu verbessern.

b) Die Erläuterung des Absatzes 5 wird wie folgt neu gefasst:

„Das Programmvolume für 2026 beträgt 54.700.000 €, dafür sind Ausgaben in Höhe von 2.735.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 51.965.000 € vorgesehen. Das Programmvolume für 2027 beträgt 65.100.000 €, dafür sind Ausgaben in Höhe von 3.255.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 61.845.000 € vorgesehen.“

Die Erläuterung Absatz 6 Sätze 1 bis 3 wird wie folgt neu gefasst: „Aufgrund eingegangener Verpflichtungen der Programme bis 2025 sind Ausgaben in 2026 in Höhe von 39.600.000 € und in 2027 in Höhe von 21.600.000 € erforderlich. In 2027 sind weitere Ausgaben von 13.675.000 € für die in 2026 einzugehenden Verpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich im Haushaltsjahr 2026 ein Ansatz von 42.335.000 € und in 2027 von 38.530.000 €.“

Die Erläuterung ab „Tatsächlich sind (...)“ bis „(...) Ausschöpfung erreicht werden“ wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD rot Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

Titel 89374 – Städtebauförderung Lebendige Zentren und Quartiere

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 CX
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 7

Ansatz 2026: 36.000.000 Euro
Ansatz 2027: 35.900.000 Euro

VE 2026: 42.750.000 Euro

Davon fällig:

2027 11.250.000 Euro

2028 13.500.000 Euro

2029 11.250.000 Euro

2030 6.750.000 Euro

VE 2027 42.750.000 Euro

Davon fällig:

2028 11.250.000 Euro

2029 13.500.000 Euro

2030 11.250.000 Euro

2031 6.750.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 8.898.000 Euro

2027: + 7.584.000 Euro

VE 2026: + 6.175.000 Euro

Davon fällig:

2027: + 1.625.000 Euro

2028: - 625.000 Euro

2029: - 950.000 Euro

2030: - 1.600.000 Euro

2031: + 5.150.000 Euro

2032: + 2.575.000 Euro

VE 2027: + 18.430.000 Euro

Davon fällig:

2028: + 4.850.000 Euro

2029: + 2.600.000 Euro

2030: + 1.630.000 Euro

2031: - 310.000 Euro

2032: + 6.440.000 Euro

2033: + 3.220.000 Euro

„a) Schrittweise Verdoppelung der Bundesmittel für die Städtebauförderung bis 2029, davon 2026 auf 1 Mrd. € und 2027 auf 1,2 Mrd. €. Die Inanspruchnahme der zusätzlichen Bundesmittel erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel (Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen). Insgesamt erhöht sich das Programmvolume der Städtebauförderung 2026 um 21,8 Mio. € und 2027 um 51,8 Mio. € (überwiegend Verpflichtungsermächtigungen über 6 Jahre), davon im Programm Sozialer Zusammenhalt 2026 um 5,6 Mio. € und 2027 um 12,3 Mio. €. Mit der Erhöhung der Städtebauförderung soll der Verpflichtungsrahmen von bisher 5 Jahren auf 7 Jahren umgestellt werden. Seit 2024 hat der Bund den Verpflichtungsrahmen von 5 auf 7 Jahren verlängert. Zusätzlich soll die veranschlagte pauschale Kürzung auf rd. 80

% der bewilligten Altverpflichtungen durch haushaltneutrale Änderung der Ansatzkürzungen (neue Veranschlagung in 1240/89389) umgesetzt werden. Dies folgt dem Ziel, die Mittelausschöpfung zu verbessern. Zur Ausfinanzierung der Programmvolume stehen Ausgaben in 2026 von 627.000 € und in 2027 von 4.111.000 € aus dem Sondervermögen im Kapitel 2980 zur Verfügung.

b) Die Erläuterung zu Absatz 5 wird wie folgt neu gefasst: „Das Programmvolume für 2026 beträgt 51.500.000 €, dafür sind Ausgaben in Höhe von 2.575.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 48.925.000 € vorgesehen. Das Programmvolume für 2027 beträgt 64.400.000 €, dafür sind Ausgaben in Höhe von 3.220.000 € und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 61.180.000 € vorgesehen.“

Die Erläuterung des Absatz 6 Sätze 1 bis 3 wird wie folgt neu gefasst: „Aufgrund eingegangener Verpflichtungen der Programme bis 2025 sind Ausgaben in 2026 in Höhe von 42.750.000 € und in 2027 in Höhe von 31.500.000 € erforderlich. In 2027 sind weitere Ausgaben von 12.875.000 € für die in 2026 einzugehenden Verpflichtungen erforderlich. Somit ergibt sich im Haushaltsjahr 2026 ein Ansatz von 45.325.000 € und in 2027 von 47.595.000 €.“

Die Erläuterung ab „Tatsächlich sind (...)“ bis „(...) Ausschöpfung erreicht werden“ wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

Titel 89375 – Europa im Quartier

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 CX
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 8

Ansatz 2026: 28.870.000 Euro
Ansatz 2027: 32.238.000 Euro

VE 2026: 35.500.000 Euro
VE 2027 15.700.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 7.230.000 Euro
2027: + 8.200.000 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Die veranschlagte pauschale Kürzung auf rd. 80 % der bewilligten Altverpflichtungen soll durch haushaltneutrale Änderung der Ansatzkürzungen (neue Veranschlagung in 1240/89389) umgesetzt werden. Dies folgt dem Ziel, die Mittelaus schöpfung zu verbessern.

b) Die Erläuterung Absatz 6 Satz 4 des Erläuterungstextes wird wie folgt neu gefasst: „Tatsächlich sind aufgrund eines derzeit geringer eingeschätzten Mittelabflusses in 2026 Ausgaben von 36.100.000 € und 2027 Ausgaben von 40.438.000 € veranschlagt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 24 **2400 CQ**
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 24 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Neuer Titel 89389 - Anteiliger Handlungsbedarf bei sonstigen Investitionen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD **2400 CX**
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 9 Haupt

Ansatz 2026: - Euro
Ansatz 2027: - Euro

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 32.000.000 Euro
2027: + 32.000.000 Euro

„a) Die bisher veranschlagten Ansätze bei den Titeln 89367, 89371, 89373, 89374 und 89375 wurden durch pauschale Kürzungen von zusammen jährlich 32 Mio. € reduziert und enthalten somit nur rd. 80 % der bewilligten Altverpflichtungen.

Die Inanspruchnahme der Bundesmittel in voller Höhe erfordert von den Ländern eine vollständige Mittelbindung bis jeweils zum 31.12. des Programmjah-

res. Es dürfen daher jährlich Finanzierungszusagen zu 100 % erteilt werden. Die bisherige Umsetzung der Ansatzkürzungen führt zu erheblichen Problemen in der Haushaltswirtschaft und steht dem Ziel, die Mittelausschöpfung zu verbessern, entgegen. Eine mögliche Lösung der haushaltswirtschaftlichen Probleme könnte die haushaltsneutrale Änderung der Ansatzkürzungen sein, d.h. die Ansatzkürzungen werden in dem neuen Titel 89389 haushaltneutral gebündelt.

In dem Zuge erhöhen sich die Titel 89367, 89371, 89373, 89374 und 89375 wieder auf die vollen Ansätze.

b) Einfügung der Erläuterung: „Zur Gegenfinanzierung der haushaltsneutralen Ansatzerhöhungen bei den Titeln 89367, 89371, 89373, 89374 und 89375 werden die regelmäßigen Minderausgaben hier dargestellt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

**Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
- Hochbau -**

**Titel 70143 – Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung
- 2. Bauabschnitt - (Neubau oder Umbau des Stadions)**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 2400 CM
hier: Nr. 2 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CM ohne Aussprache ab.

Titel 70182 – Modularer Gebäude zur Unterbringung von Asylbegehrnden

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 2400 CQ
hier: Nr. 25 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 25 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Neuer Titel 70144 - Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Sanierung und Modernisierung – 3. Bauabschnitt – (Ertüchtigung des übrigen Geländes / Sportpark)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 2400 CM
hier: Nr. 3 Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CM ohne Aussprache ab.

Neuer Titel 70806 - Erinnerungsort Keibelstraße, Umbau und Sanierung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 08 2400 CP
hier: Nr. 3 Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CP ohne Aussprache ab.

Kapitel 1295 – Förderung des Wohnungsbaus

Titel 54010 – Dienstleistungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 2400 CQ
hier: Nr. 26 Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 26 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 83140 – Kapitalzuführungen an landeseigene Wohnungsbaugesellschaften

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12 2400 CM
hier: Nr. 4 Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CM ohne Aussprache ab.

Titel 86341 – Darlehen für die Wohnungsbauförderung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 CX
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 1.085.339.000 Euro
Ansatz 2027: 1.383.469.000 Euro

VE 2026: 875.255.000 Euro
VE 2027: 875.255.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro
2027: +/- 0 Euro

VE 2026: +/- 0 Euro
VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Zur zeitgerechten Auszahlung aus bestehenden Förderverträgen der Wohnraumförderung (Altverpflichtungen) wird die qualifizierte Sperre in eine einfache Sperre umgewandelt.

b) Anpassung der Erläuterung: Der Satz „Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses“ wird gestrichen.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 CX ohne Aussprache an.

Titel 86344 – Wohneigentumsförderung

hierzu:

a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 27

2400 CQ
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 27 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
hier: Nr. 5

2400 CM
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CM ohne Aussprache ab.

Titel 88402 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin (SWB)

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
Haupt
hier: Nr. 28

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 28 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 88405 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Genossenschaften

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
Haupt
hier: Nr. 29

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 29 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Titel 88410 – Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderfonds Berlin zur Förderung von Junges Wohnen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 12
Haupt
hier: Nr. 30

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 30 der AfD-Fraktion rote Nummer 2400 CQ ohne Aussprache ab.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, damit sei die Restelesung des Einzelplans 12 einschließlich des Stellenplans abgeschlossen.

Einzelplan 15 – Finanzen

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DA
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt

Mitberaten wird übergreifend):

- a) Bericht SenFin – II A 11 – vom 19.11.2025 1872 F
Konjunkturbereinigungsverfahren Brandenburg
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)
Haupt

André Schulze (GRÜNE) erklärt, die Argumentation zur Glättung der Produktionslücke könne er volkswirtschaftlich nicht nachvollziehen. Sei das im Bericht erwähnte Modell aus Thüringen angemessen oder würden die erwähnten Kritikpunkte auch auf dieses zutreffen? Gedenke man, die gewählte Berechnungsmethode in Berlin anzupassen?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) antwortet, die Bedenken würden auch für das Thüringer Modell gelten. In Berlin gebe es aktuell keine Überlegungen, die Berechnungsmethode anzupassen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 1872 F zur Kenntnis.

- b) Bericht SenFin – II B 24 – vom 20.11.2025 1908 C
Summe der niedergeschlagenen Forderungen
hier: Anzahl der Steuerforderungen
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025)
Haupt

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nr. 1908 C ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1500 – Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15
hier: Nr. 1
Haupt

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CS ohne Aussprache ab.

Kapitel 1510 – Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen –

Titel 12201 – Konzessionsabgabe Adlershof

Titel 12202 – Konzessionsabgabe Strom

Titel 12206 – Konzessionsabgabe Gas

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15 Haupt
hier: Nr. 2 (zum Titel 12202)

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CS ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Vertraulicher Bericht SenFin – I A 22 – vom 2544
24.11.2025 Haupt
Konzessionsabgabe Strom Vertrauliche
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025) Beratung

Der Ausschuss nimmt den Bericht rote Nummer 2544 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68347 – Zuschuss an die Tierpark Berlin-Friedrichsfelde GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der 2400 DA
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15
hier: Nr. 1

Ansatz 2026: 6.620.000 Euro
Ansatz 2027: 6.620.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 500.000 Euro
2027: + 500.000 Euro

„a) Erhöhung des Festzuschusses des Tierparks, um Mehrbedarfe infolge von Kostensteigerungen auszugleichen

b) Anpassung der Tabelle:
Festzuschuss
2026: 6.179.000
2027: 6.179.000“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DA ohne Aussprache an.

Neuer Titel - Zuschuss für die strategische Unternehmenssteuerung

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15 Haupt
hier: Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CS ohne Aussprache ab.

Kapitel 1531 – Finanzämter

Titel 42221 – Bezüge der Anwärterinnen und Anwärter

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15 Haupt
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CS ohne Aussprache ab.

Titel 51168 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15 Haupt
hier: Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CS ohne Aussprache ab.

Kapitel 1540 – Senatsverwaltung für Finanzen - Landespersonal –

Neuer Titel 68279 - Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Wohnförderung für Beschäftigte des Landes Berlin

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 15
hier: Nr. 2

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

VE 2026: 0 Euro
VE 2027 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 331.000 Euro
2027: + 331.000 Euro

VE 2026: + 718.000 Euro
Davon fällig:
2027: + 331.000 Euro
2028: + 331.000 Euro
2029: + 56.000 Euro

VE 2027: +/- 0 Euro

„a) Eine finanzielle Unterstützung der Nachwuchskräfte im Landesdienst stärkt dem Wohnungsangebot als solches die Position der Landes Berlin als auszubildender Arbeitgeber auf dem Arbeitsmarkt. Daher werden bei der berlinovo Belegungsrechte in einem neu errichteten Gebäude für 197 Plätze erworben, um die Mietbelastung für die Bedarfsgruppen (Nachwuchskräfte in Mangelberufen) zu reduzieren.

b) Die Erläuterung wird wie folgt gefasst:

„Erwerb von Belegungsrechten bei der berlinovo zur Reduzierung der Mietbelastung von Nachwuchskräften in Mangelberufen des Landes Berlin““

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DA ohne Aussprache an.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, damit sei die Restelesung des Einzelplans 15 einschließlich des Stellenplans abgeschlossen.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) 2400 CU
Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
(Der Änderungsantrag wurde dem Titel zugeordnet.) 2400 CW
Haupt
- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29 (ohne Kapitel 2980)
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) 2400 DI
Haupt
- d1) Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29 hier: Kapitel 2980 2400 DJ
Haupt
- d2) Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (rote Nummer 2400 DJ)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29 hier: Kapitel 2980
Austauschseite: lfd. Nr. 2, Nr. 38 und Nr. 52 2400 DJ-1
Haupt

Kapitel 2900 – Steuern und Finanzausgleich

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenFin – III D 11 – vom 14.02.2025
Aktueller Stand zur Einführung einer Grundsteuer C
(Berichtsauftrag aus der 68. Sitzung vom 27.11.2024) 2169
Haupt
- b) Bericht SenFin – Iii D 11 – vom 21.08.2025
Grundsteuer
Beantwortung der Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025) 2213 B
Haupt

- c) Bericht SenFin – III D 11 – vom 15.10.2025 [1645 G](#)
Grundsteuer

hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion

Die Linke

(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025)

(a) bis c) in der 88. Sitzung am 05.11.2025 zur Sitzung
am 05.12.2025 vertagt)

[1645 G](#)

Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt erinnert daran, dass der Ausschuss die Vertagung der Beratung der Berichte zu a), b) und c) zur Sitzung am 10. Dezember 2025 beschlossen habe.

Steuertitel:

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Nr. 1 bis 14

Titel 01100 – Lohnsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Nr. 1

Ansatz 2026: 5.758.750.000 Euro

Ansatz 2027: 6.090.250.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 72.250.000 Euro

2027: + 42.500.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025

b) Anpassung der Tabelle:

Landesteil an der Lohnsteuer (42,5%)

2026: 5.831.000.000 Euro

2027: 6.132.750.000 Euro

Landesanteil an der veranlagten Einkommenssteuer
(42,5%)

2026: 1.457.750.000 Euro

2027: 1.508.750.000 Euro

Erwartetes Gesamtaufkommen aus der Lohnsteuer (100%)
2026: 13.720.000.000 Euro
2027: 14.430.000.000 Euro
Erwartetes Gesamtaufkommen aus der veranlagten
Einkommensteuer (100 %)“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 01200 – Veranlagte Einkommensteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 2

Ansatz **2026:** 1.411.000.000 Euro
Ansatz **2027:** 1.483.250.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 46.750.000 Euro
2027: + 25.500.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 01300 – Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (ohne Gruppe 018)

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 3

Ansatz **2026:** 470.000.000 Euro
Ansatz **2027:** 475.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 5.000.000 Euro

2027: +5.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025

b) Erläuterung:

Landesanteil an der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag
(50%)

2026: 475.000.000 Euro

2027: 480.000.000 Euro

Erwartetes Gesamtaufkommen aus der nicht veranlagten
Steuer v. Ertrag (100%)

2026: 950.000.000 Euro

2027: 960.000.000 Euro“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD rot
Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 01500 – Umsatzsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Frak- [2400 DI](#)
tion der SPD Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Nr. 4

Ansatz **2026:** 9.024.000.000 Euro

Ansatz **2027:** 9.515.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 373.000.000 Euro

2027: +340.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der CDU und der SPD rot
Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 01600 – Einfuhrumsatzsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

[2400 DI](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 5

Ansatz 2026: 1.511.000.000 Euro
Ansatz 2027: 1.559.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 36.000.000 Euro
2027: +44.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 01800 – Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

[2400 DI](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 6

Ansatz 2026: 409.200.000 Euro
Ansatz 2027: 396.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 8.800.000 Euro
2027: +/-0 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025

b) Erläuterung:

Landesanteil an der Abgeltungsteuer (44%)

2026: 418.000.000 Euro
2027: 396.000.000 Euro

Erwartetes Gesamtaufkommen aus der Abgeltungsteuer

(100%)

2026: 950.000.000 Euro
2027: 900.000.000 Euro“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 05200 – Erbschaftsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 7

Ansatz **2026:** 580.000.000 Euro
Ansatz **2027:** 590.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 30.000.000 Euro
2027: - 30.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 05300 – Grunderwerbsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CU](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 1

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Die Linke rote Nummer 2400 CU ohne Aussprache ab.

Titel 05801 – Virtuelle Automatensteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DI
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Nr. 8

Ansatz 2026: 8.000.000 Euro
Ansatz 2027: 8.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 8 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000.000 Euro
2027: + 1.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 05900 – Feuerschutzsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DI
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Nr. 9

Ansatz 2026: 27.000.000 Euro
Ansatz 2027: 28.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 9 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000.000 Euro
2027: + 1.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 07100 – Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 2.530.500.000 Euro
Ansatz 2027: 2.673.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 10 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 42.000.000 Euro
2027: + 24.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 07300 – Grundsteuer B

Mitberaten wird:

Bericht SenFin – ID 15 – vom 25.11.2025 [2535](#)
Umgang der BIM mit der Grundsteuer
(Berichtsauftrag aus der 88. Sitzung vom 05.11.2025) Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt erinnert daran, dass der Ausschuss die Mitberatung des Berichts rote Nr. 2535 zur Sitzung am 10. Dezember 2025 vertagt habe.

Titel 07600 – Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 11

Ansatz 2026: 372.000.000 Euro
Ansatz 2027: 380.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 11 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 67.000.000 Euro
2027: + 161.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktionen der CDU und der SPD
rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

**Titel 07800 – Gemeindeanteil an der Abgeltungsteuer auf Zins- und
Veräußerungserträge**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Frak- 2400 DI
tion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 12

Ansatz **2026:** 111.600.000 Euro
Ansatz **2027:** 108.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 12 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.400.000 Euro
2027: +/- 0 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktionen der CDU und der SPD
rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 08200 – Vergnigungsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Frak- 2400 DI
tion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 13

Ansatz **2026:** 42.000.000 Euro
Ansatz **2027:** 42.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 13 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 3.000.000 Euro
2027: - 3.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktionen der CDU und der SPD
rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 08901 – Übernachtungsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Frak- 2400 DI
tion der SPD Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 14

Ansatz 2026: 121.000.000 Euro
Ansatz 2027: 149.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 14 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 7.000.000 Euro
2027: + 7.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktionen der CDU und der SPD
rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 21102 – Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Abs. 2 FAG

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Frak- 2400 DI
tion der SPD Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 15

Ansatz 2026: 1.879.000.000 Euro
Ansatz 2027: 1.942.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 15 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 61.000.000 Euro
2027: + 48.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Titel 37101 – Pauschale Mehreinnahmen

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CU
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29 Haupt
hier: Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CU ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion 2400 CW
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29 Haupt
hier: Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion rote Nr. 2400 CW ohne Aussprache ab.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DI
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29 Haupt
hier: Nr. 16

Ansatz 2026: - 139.000.000 Euro
Ansatz 2027: - 482.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 16 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 36.000.000 Euro
2027: + 112.000.000 Euro

„a) Anpassung an die Steuerschätzung vom Herbst 2025“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Kapitel 2902 – Darlehen und Schuldendienst

Titel 32500 – Kreditmarktmittel

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 3
- 2400 CU
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CU ohne Aussprache ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 17
- 2400 DI
Haupt

Ansatz 2026: 3.894.000.000 Euro
Ansatz 2027: 3.830.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 17 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 122.697.000 Euro
2027: + 92.764.000 Euro

„a) Anpassungen aufgrund neuer Konjunktur- und Strukturkomponente (+ 141.897.000/+12.764.000)

Die Eigenkapitalzuführungen an die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB), die später als geplant fällig werden, sollen durch die schuldenbremsen neutrale Kreditaufnahme für finanzielle Transaktionen finanziert werden (+ 40.000.000/+80.000.000).

Die Eigenkapitalzuführung an die FBB in Kapitel 2990 Titel 83149 soll durch die schuldenbremsen neutrale Kreditaufnahme für finanzielle Transaktionen finanziert werden. Der Ansatz kann entsprechend des verminderten Bedarfs reduziert werden (-59.200.000 in 2026).“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel 35925 – Entnahme aus der Zensusrücklage

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DI
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 18

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 18 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.902.000 Euro
2027: + 79.235.000 Euro

„a) Teilentnahme aus der Rücklage zur Abfederung des Zensuseffektes auf die Steuereinnahmen“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Neuer Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke 2400 CU
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CU ohne Aussprache ab.

Titel 71400 - Investive Maßnahmen in Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DI
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 19

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

VE 2026: 0 Euro
VE 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 19 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000 Euro
2027: + 1.000 Euro

VE 2026: + 1.000.000.000 Euro
Davon fällig:
2027: +/- 0 Euro
2028: +/- 0 Euro
2029: +/- 0 Euro
2030: +/- 0 Euro
2031ff: + 1.000.000.000 Euro

VE 2027: + 1.000.000.000 Euro
Davon fällig:
2028: +/- 0 Euro
2029: +/- 0 Euro
2030: +/- 0 Euro
2031: +/- 0 Euro
2032ff: + 1.000.000.000 Euro

„a) Ergänzend zu den im Kapitel 2980 veranschlagten Mitteln und VE zur Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes werden weitere VE veranschlagt. Die VE 2026 und VE 2027 sind redundant.

b) Vorsorge zum Eingehen überjähriger Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Klimaanpassungsgesetz, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Zwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten.
Die Mittel und Verpflichtungsermächtigung können nach Maßgabe des § 50 LHO auf die sachlich in Betracht kommenden Titeln in den Fachkapiteln umgesetzt werden.

c) Sperrvermerk: Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 1. Planjahr sind qualifiziert gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 2. Planjahr sind qualifiziert gesperrt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Neuer Titel 91925 - Zuführung an die Rücklage zur Vorsorge im Zusammenhang mit dem Pakt mit den sozialen Trägern und Sicherung der sozialen Infrastruktur

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 5

2400 CU

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CU ohne Aussprache ab.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 6

2400 CU

Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CU ohne Aussprache ab.

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 20

2400 DI

Haupt

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 20 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 10.300.000 Euro

2027: - 10.300.000 Euro

- „a) Gegenfinanzierung für Mehrausgaben beim Deutschlandticket
- b) Ergänzung der Erläuterung:
„Ausgleich für höhere Ausgaben bei 0730/54060 aufgrund Bund/Länder-Vereinbarung zur Finanzierung des Deutschlandtickets, soweit diese nicht durch anteilige Einnahmen in Kapitel 0730, Titel 23110 ausgeglichen sind.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Kapitel 2931 – Landesweite Maßnahmen im Zusammenhang mit Flucht

Titel 97110 – Verstärkungsmittel

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DI
Haupt
- Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29**
hier: Nr. 21

Ansatz 2026: 1.000 Euro
Ansatz 2027: 1.000 Euro

VE 2026: 0 Euro
VE 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 21 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 868.999.000 Euro
2027: + 868.999.000 Euro

VE 2026: + 1.100.000.000 Euro
VE 2027: + 1.100.000.000 Euro

„a) Die Anforderungen an die Unterbringung, Betreuung und Integration von Geflüchteten in Berlin bleiben weiterhin hoch. Um zusätzlichen Bedarf in Zusammenhang mit dem Themenbereich Flucht zu finanzieren, wird eine Pauschale in Höhe von insgesamt 870 Mio. Euro etatisiert. Dabei ist ein 10 % Risikoaufschlag enthalten.

b) Anpassung der Erläuterung:
„Zentrale Vorsorge für erwartete höhere Ausgaben in der Hauptverwaltung und den Bezirken im Zusammenhang mit dem Themenbereich Flucht.
Die Mittel können im Umfang von 12 Mio. Euro neben der Unterbringung u.a. auch für die Integration von Geflüchteten im bisherigen Umfang genutzt werden.
Die Verstärkungsmittel können von der Senatsverwaltung für Finanzen nach Maßgabe des § 50 LHO als Verstärkungsmittel zum Kopfkapitel der Einzelpläne Titel 97110 bzw. zum Kapitel 2729 Titel 97110 umgesetzt werden. Anschließend können die fachlich zuständigen Senatsverwaltungen die Ansätze der sachlich in Betracht kommenden Titel in den Fachkapiteln nach Maßgabe des § 37 Absatz 6 LHO verstärken, um dort höhere Ausgaben zu leisten. Die Mittel bei Kapitel 2729 Titel 97110 können als

Ausgleich für notwendige Basiskorrekturen der Globalsummenzuweisung der Bezirke für höhere Ausgaben dienen. (verbindliche Erläuterung)
Die Verpflichtungsermächtigungen können von der Senatsverwaltung für Finanzen nach Maßgabe des § 50 LHO auf die sachlich in Betracht kommenden Titel umgesetzt werden, um im Zusammenhang mit Flucht erforderliche Verträge, die Verpflichtungen zu Lasten kommender Jahre verursachen, abschließen zu können.“

c)

Sperrvermerk: Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 1. Planjahr sind qualifiziert gesperrt.

Sperrvermerk: Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 2. Planjahr sind qualifiziert gesperrt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

b) Änderungsanträge der Fraktion Die Linke
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 7

2400 CU
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Die Linke rote Nr. 2400 CU ohne Aussprache ab.

Titel 97120 – Verfügungsmittel

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 22

2400 DI
Haupt

Ansatz 2026: 0 Euro
Ansatz 2027: 0 Euro

Änderungsantrag Nr. 22 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 1.000.000 Euro
2027: + 1.000.000 Euro

„a) Die Anforderungen an die Unterbringung, Betreuung und Integration von Geflüchteten in Berlin bleiben

weiterhin hoch. Um auf nicht vorgesehene Sachverhalte reagieren zu können werden Verfügungsmittel bereitgestellt.

b) Anpassung der Erläuterung

„Vorsorge für neue Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht hinreichend konkretisierbar auf die einzelnen Ausgabezwecke und Fachkapitel aufgeteilt werden konnten.

Die Verfügungsmittel können auf Antrag und nach Zustimmung der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung nach Maßgabe des § 37 Abs. 6 LHO bei den sachlich in Betracht kommenden Titeln in den Fachkapiteln zur Verfügung gestellt werden, um dort neue Ausgaben zu leisten (verbindliche Erläuterung).“

c) Sperrvermerk: Die Ausgaben im 1. Planjahr sind gesperrt.
Sperrvermerk: Die Ausgaben im 2. Planjahr sind gesperrt.“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Titel 46101 – Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DI
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 23 Haupt

Ansatz 2026: 300.000.000 Euro
Ansatz 2027: 30.000.000 Euro

Änderungsantrag Nr. 23 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: +/- 0 Euro
2027: +/- 0 Euro

„a) Die Nachzahlungen aus dem Reparaturgesetz sollen bereits in 2026 beginnen. Durch die verbindliche Erläuterung soll die Möglichkeit geschaffen werden, diejenigen Mittel, die trotz der Auszahlungsbemühungen in 2026 nicht für diesen Zweck verbraucht werden, der

Versorgungsrücklage zuzufügen und damit für die weitere Finanzierung bereitzustellen. Hierdurch wird die spätere Finanzierung der Auswirkungen des Beschlusses des BVerfG zur Rechtmäßigkeit der A-Besoldung aus der Versorgungsrücklage sichergestellt.

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Die Mittel können von der Senatsverwaltung für Finanzen nach Maßgabe des § 50 LHO zu den sachlich in Betracht kommenden Titeln in den Fachkapiteln sowie 2940/42400 und 2940/43400 umgesetzt werden (verbindliche Erläuterung).“

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktionen der CDU und der SPD rote Nr. 2400 DI ohne Aussprache an.

Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes (SPD)

hierzu:

- a) Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 1 bis 60

- b) Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (rote Nummer 2400 DJ) [2400 DJ-1](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

Austauschseite: lfd. Nr. 2, Nr. 38 und Nr. 52

André Schulze (GRÜNE) führt aus, der Presseberichterstattung sei zu entnehmen, dass die gesamte Summe von 5,2 Mrd. Euro ausgeschöpft worden sei. Der Senat habe in der Vergangenheit aber kommuniziert, dass es im Sondervermögen eines Puffers für Kostensteigerungen bedürfe. Könne er davon ausgehen, dass ein fehlender Puffer zu Umschichtungen zwischen den Maßnahmen führen werde?

Er bitte SenFin, dem Hauptausschuss bis zum 30. Juni 2026 einen Bericht zum Umsetzungsstand des Sondervermögens des Bundes aufzuliefern. Welche Mittel seien schon verausgabt worden? Welche konkreten Maßnahmen und Projekte seien formal beim Bund eingereicht worden, und welche Kostenschätzungen lägen den angemeldeten Maßnahmen und Projekten zu Grunde? Welche Kostenpuffer für Baukostensteigerungen seien in den Maßnahmen geplant oder wie sollten diese aufgefangen werden?

Franziska Brychey (LINKE) erklärt, das Vorgehen bezüglich des Sondervermögens sehe ihre Fraktion kritisch. Viele, auch kleinteilige, Maßnahmen, die eigentlich aus dem laufenden

Haushalt zu finanzieren seien, seien ins Sondervermögen überführt worden. Werde das Sondervermögen mit den als Änderungsanträgen vorliegenden Maßnahmen überbucht? Abgesehen von drei Anträgen, die man unterstütze, werde sich ihre Fraktion bei der Abstimmung der Anträge enthalten.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) führt aus, die Situation sei in allen Landtagen vergleichbar. Auf Bundesebene sei die Entscheidung für das Sondervermögen getroffen worden. Man habe sich auch darauf verständigt, eine grundsätzliche Revision der Schuldenbremse herbeizuführen, Stichworte Strukturkomponente für die Länder, Privilegierung des Katastrophenschutzes und des Verteidigungsbereichs. Könne die Staatssekretärin etwas zu ihrem Kenntnisstand bezüglichen der Zeitplanung sagen?

Abgesehen davon sei in der Ministerpräsidentenkonferenz eine Entscheidung bezüglich des Sondervermögens getroffen worden, die eine Flexibilisierung erlaube. So sei es etwa möglich, durch das Sondervermögen Bereiche in den Kernhaushalten zu entlasten. Dies werde in allen Bundesländern so gehandhabt. Er sei insofern überrascht, dass die Linkenfraktion sich enthalten wolle. Es habe schließlich eine Strukturentscheidung auf Bundesebene gegeben.

Franziska Brychcy (LINKE) erinnert an die Plenardebatté zum Thema. Dort habe ihre Fraktion bereits deutlich gemacht, dass man keine Priorisierung erkennen könne. Die kurzfristige Auflistung der einzelnen Titel sei unzureichend. Man sehe keine übergreifende Strategie.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erklärt, seine Fraktion lehne Sonderschulden grundsätzlich ab. Davor abgesehen sei das Sondervermögen, das man ebenfalls ablehne, nur für Sonderinvestitionen vorgesehen. Dass nun konsumtive – Stichwort Fuhrpark der Feuerwehr –, vormals aus dem Kernhaushalt finanzierte Ausgaben durch das Sondervermögen finanziert würden, führe dazu, dass man Schulden aufnehme und kommende Generationen belaste ohne einen Sondereffekt zu erzielen. Weder werde der Investitionsstau abgebaut, noch die Wirtschaft angekurbelt. Bei den von seiner Fraktion begrüßten Investitionsvorhaben, die man allerdings im Kernhaushalt verorten würden, werde man sich enthalten. Konsumtive Maßnahmen werde man ablehnen.

Christian Goiny (CDU) betont, die Koalition setze klare Schwerpunkte in den Bereichen Klimaschutz, Verkehr, Krankenhausinvestitionen, Katastrophenschutz und Resilienz. Er verweise diesbezüglich auf die Plenardebatté zum Thema. Bereits aus dem Bundeskonjunkturprogramm 2009/2010 habe man Investitionen in den Fuhrpark der Feuerwehr finanziert. Das Vorgehen sei weder neu noch systemwidrig. Es handele sich um sinnvolle Investitionen in die innere Sicherheit und den Katastrophenschutz.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) verweist auf den Investitionsbedarf bei den Berliner Brücken. Die Fahrzeuge für den Fuhrpark der Feuerwehr hätte man ohnehin anschaffen und regulär aus dem Kernhaushalt finanzieren müssen.

Er bitte den Senat, dem Hauptausschuss bis Ende Februar 2026 zu erläutern, welche Maßnahmen aus dem Kernhaushalt im Sondervermögen des Bundes veranschlagt worden seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält die Berichtsaufträge fest.

Sebastian Schlüsselburg (SPD) erklärt, der Abgeordnete Wiedenhaupt widerspreche sich, wenn er einerseits die Infrastrukturprobleme beklage und sich andererseits gegen eine Schuldenaufnahme ausspreche. Die graduelle Lockerung der Schuldenbremse sei zu begrüßen. Die Koalition habe, wie vom Abgeordneten Goiny ausgeführt, in Berlin klare Schwerpunkte gesetzt. Das beschlossene Klimaanpassungsgesetz betreffe auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) weist darauf hin, dass der Abgeordnete Schlüsselburg schon für die Lockerung der Schuldenbremse gewesen sei, als er noch haushaltspolitischer Sprecher der Linkenfraktion gewesen sei. Nach wie vor fänden es der Rechnungshof, viele Verbände und die AfD-Fraktion jedoch falsch, die Schuldenbremse gelöst zu haben, da dadurch auf Kosten kommender Generationen Geld ausgegeben werde. Es bleibe dabei: Wenn ein Risiko und große Belastungen für kommende Generationen eingegangen würden, die Investitionen aber gleich blieben, sei das Vorgehen nicht richtig.

Zum Thema der Prioritäten wolle er anfügen, dass beim Thema Flüchtlingsunterbringung noch einmal 1,1 Milliarden Euro pro Jahr dazugelegt würden. In den Jahresringen komme man so auf 2 Milliarden Euro pro Jahr. Dieses Thema sei nicht die Priorität der AfD-Fraktion: Nach deren Ansicht müssten Kosten vielmehr gesenkt werden, indem die bestehenden rechtsstaatlichen Möglichkeiten besser genutzt würden. Die Öffentlichkeit müsse wissen, dass die Flüchtlingsunterbringung hier derart prioritär behandelt werde.

Christian Goiny (CDU) erwidert, dass es auch als nachhaltige Investition zu betrachten sei, wenn man nachfolgenden Generationen eine intakte Infrastruktur, funktionierende Krankenhäuser und Investitionen in Klimagerechtigkeit und Klimaschutz hinterlasse. Dabei müssten haushälterische Dimensionen beachtet werden; die CDU-Fraktion glaube, ein bestmögliches Gleichgewicht gewahrt zu haben. – Zudem müsse natürlich allen Menschen, die als Flüchtlinge mit Aufenthaltsberechtigung nach Berlin kämen, eine ordentliche Unterbringung gestellt werden. In diesem Zusammenhang müsse man sich auch dafür einsetzen, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bald beendet werde – dann müssten nämlich nicht so viele Menschen aus der Ukraine in Deutschland Zuflucht suchen. Hier vermisste er die Konsequenz in der politischen Haltung der AfD-Fraktion.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) gibt an, die AfD-Fraktion könne den Krieg in der Ukraine nicht beenden. – Zur Angabe, man hinterlasse kommenden Generationen eine gute Infrastruktur und gute Investitionen, könne exemplarisch auf den Änderungsantrag Nr. 27 hingewiesen werden: Mit diesem Antrag solle aus dem Sondervermögen Infrastruktur eine Waschstraße für die zentrale Wäscherei in der JVA Plötzensee finanziert werden. Bei vielen Maßnahmen sei nicht ersichtlich, wie sich eine Verbesserung für zukünftige Generationen ergeben solle. Die Maßnahmen, die tatsächlich Verbesserungen mitbrächten, hätten schon im Kernhaushalt abgebildet werden müssen, sodass das Sondervermögen wirklich zusätzliche Mittel gebracht hätte. Es bleibe somit bei der Kritik der AfD-Fraktion.

André Schulze (GRÜNE) wirft ein, er wolle seinen früheren Berichtsauftrag präzisieren: Er wünsche sich maßnahmenschwarfe Angaben. – Zur Bewirtschaftung des Sondervermögens frage er die Senatsfinanzverwaltung, ob er es richtig verstehe, dass bei Kostensteigerungen in einer Maßnahmengruppe im Zweifel auf andere Maßnahmen in dieser Maßnahmengruppe verzichtet werden müsse, um die Kostensteigerungen abzudecken, da es keinen Puffer gebe.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) antwortet, den Berichtsbitten werde gerne nachgekommen. – Die Schlussfolgerung, dass es im Sondervermögen keinen Puffer gebe, sei falsch: Der allgemeine Puffer, der am Anfang, als die Gesamtbelegung noch nicht festgelegt gewesen sei, als Platzhalter angegeben gewesen sei, sei nun den einzelnen Maßnahmen als Puffer zugewiesen worden. Das Sondervermögen sei zudem nicht überbucht: Es sei zwar ausgebucht, aber nicht überbucht.

Zu den Fragen des Abgeordneten Schlüsselburg zur Schuldenbremse und dem Sachstand der Kommission der Bundesregierung sei zu sagen, dass die Kommission eingesetzt und besetzt sei. Die Finanzministerkonferenz – FMK – sei jedoch nicht Teil dieser Kommission, weshalb ihr Neues zum Vorgehen der Kommission nicht bekannt sei. Es müsse also auf die Veröffentlichungen der Kommission gewartet werden.

André Schulze (GRÜNE) hält fest, er wolle in diesem Fall seine Berichtsbitte zum 30. Juni 2026 noch um ein Ausweisen der aktuellen Kostenschätzungen und zum verbleibenden Puffer in den einzelnen Maßnahmen ergänzen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. Die Aussprache sei damit beendet; es solle im Folgenden über die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen beraten werden.

hierzu:

- a) Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 1 bis 60

- b) Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (rote Nummer 2400 DJ) [2400 DJ-1](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
Austauschseite: lfd. Nr. 2, Nr. 38 und Nr. 52

Allgemeine Erläuterungen des Kapitels

hierzu:

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 1

„Deckungsvermerk: Ausgaben innerhalb einer Maßnahmengruppe sind gegenseitig deckungsfähig“

Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

„Ausweitung auf Verpflichtungsermächtigungen

c) Deckungsvermerk: Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb einer Maßnahmengruppe sind gegenseitig deckungsfähig.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 33102 (neu) – Zuweisungen des Bundes für Investitionen –

hierzu:

Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (rote Nummer 2400 DJ) [2400 DJ-1](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
Austauschseite: lfd. Nr. 2

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 497 175 000 Euro

2027: + 719 015 000 Euro

„a) In Abstimmung mit den anderen Ländern soll für eine vereinfachte Auswertung möglicherweise einheitlich ein Titel der Gruppe 331 verwendet werden. Dieser Titel ersetzt 33401. Das Einnahmenvolumen wurde an die Ausgabenansätze des Kapitel 2980 angepasst.

c) Zweckbindungsvermerk:

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben für Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes gemäß Art. 143h Abs. 2 Satz 1 GG.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ-1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 33401 (neu) – Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen des Bundes

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 3

Ansatz 2026: 332 458 000 Euro

Ansatz 2027: 436 567 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 332 458 000 Euro

2027: - 436 567 000 Euro

„a) In Abstimmung mit den anderen Ländern soll für eine vereinfachte Auswertung möglicherweise einheitlich ein Titel der Gruppe 331 verwendet werden. Die Einnahmen werden zukünftig in Titel 33102 ausgewiesen.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 70300 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für die Bezirke –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 4

Ansatz 2026: 50 000 000 Euro

Ansatz 2027: 50 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 12 000 Euro

2027: - 12 000 Euro

„a) Anpassung des Ansatzes aufgrund der Einrichtung von 12 bezirkseigenen Titeln zum Merkansatz.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Titel 70331 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes
für den Bezirk Mitte –**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 5

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus
2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der
Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Titel 70332 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes
für den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg –**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 6

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus 2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 70333 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk Pankow –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 7

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus 2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 70334 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 8

Ansatz 2026: 0
Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus 2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 8 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 70335 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk Spandau –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
2400 DJ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 9

Ansatz 2026: 0
Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus 2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 9 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Titel 70336 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes
für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf –**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 10

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus
2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 10 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der
Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Titel 70337 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes
für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg –**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 11

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus
2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 11 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 70338 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk Neukölln –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der SPD
2400 DJ
Fraktion der SPD
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 12

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus 2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 12 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 70339 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk Treptow-Köpenick –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der SPD
2400 DJ
Fraktion der SPD
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 13

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus 2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 13 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 70340 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk Marzahn-Hellersdorf –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 14

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus 2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 14 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 70341 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes für den Bezirk Lichtenberg –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 15

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus ^
2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 15 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Titel 70342 (neu) – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes
für den Bezirk Reinickendorf –**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DJ

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 16

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

„a) Einrichtung von bezirkseigenen Titeln gemäß Deckungsvermerk aus
2980/70300“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 16 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 05

Titel 71101 (neu) – Investitionen der Bezirke in Sportstätten –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 17

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 5 000 000 Euro

2027: + 5 000 000 Euro

VE 2026: + 5 000 000 Euro

davon fällig 2027: + 5 000 000

VE 2027: +/- 0

„a) Ergänzend zum Sportanlagensanierungsprogramm können die Bezirke bei der für Sport zuständigen Senatsverwaltung investive Mittel für die Ertüchtigung von Sportstätten beantragen.

b) Einfügung der Erläuterung: „Zur weiteren Ertüchtigung vorhandener bezirklicher Sportstätten.“

Der Abruf der Mittel erfolgt seitens der Bezirke auf Antrag und unter Vorlage der für die Umsetzung erforderlichen Unterlagen bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

Die Priorisierung beantragter Maßnahmen erfolgt mit Blick auf den Breitensport seitens der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 17 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81101 – Lösch-Hilfeleistungsfahrzeuge –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 18

Ansatz 2026: 1 900 000 Euro

Ansatz 2027: 1 900 000 Euro

VE 2026: 1 900 000 Euro

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 4 331 000 Euro

2027: + 2 900 000 Euro

VE 2026: + 2 900 000 Euro

davon fällig 2027: + 2 900 000 Euro

VE 2027: +/- 0

„a) Teilausbuchung aus dem Kernhaushalt“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 18 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81103 – Hubrettungsfahrzeuge –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 19

Ansatz 2026: 2 000 000 Euro

Ansatz 2027: 2 000 000 Euro

VE 2026: 2 000 000 Euro

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 90 000 Euro

2027: + 204 000 Euro

VE 2026: + 204 000 Euro

davon fällig **2027: + 204 000 Euro**

VE 2027: +/- 0

„a) Teilausbuchung aus dem Kernhaushalt“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 19 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81112 (neu) – Rettungswagen –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 20

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 3 500 000 Euro

2027: + 3 500 000 Euro

VE 2026: + 3 500 000 Euro

davon fällig **2027: + 3 500 000 Euro**

VE 2027: +/- 0

„a) Beschaffung zusätzlicher Rettungswagen

b) Einfügung der Erläuterung:

„Für 2026 und 2027 sind folgende Beschaffungen geplant:

10/10 Rettungswagen – komplett““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 20 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81115 (neu) – Polizeihubschrauber –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 21

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: +/- 0

2027: + 15 000 Euro

VE 2026: + 15 000 Euro

davon fällig **2027: + 15 000 Euro**

VE 2027: +/- 0

„a) Beschaffung eines Hubschraubers für die Polizei

b) Einfügung der Erläuterung: „In 2027 ist die Beschaffung eines Polizeihubschraubers für polizeitaktische Einsätze vorgesehen.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 21 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81230 (neu) – Drohnenabwehrtechnik –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 22

Ansatz 2026: -
Ansatz 2027: -

VE 2026: -
VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 500 000 Euro
2027: + 1 500 000 Euro

VE 2026: + 1 500 000 Euro
davon fällig **2027: + 1 500 000 Euro**
VE 2027: +/- 0

„a) Beschaffung von Drohnenabwehrtechnik (Jammering, Spooling, Netzwerfern, etc.). Das Gefahrenpotenzial durch missbräuchlich verwendete Drohnen ist erheblich. Die Drohnenabwehr erlangt bundesweit als auch international für die Sicherung von Veranstaltungen bzw. Staatsbesuchen an Bedeutung.

b) Einfügung der Erläuterung: „Beschaffung von Drohnenabwehrtechnik/Schulungs- und Einsatzdrohnen zur Abwehr von Gefahren aus dem Luftraum.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 22 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89125 (neu) – Zuschuss an das SILB für den Neubau eines kriminaltechnischen Instituts –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
[Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 23

Ansatz 2026: -
Ansatz 2027: -

VE 2026: -
VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 500 000 Euro
2027: + 2 500 000 Euro

VE 2026: + 2 500 000 Euro
davon fällig **2027: + 2 500 000 Euro**
VE 2027: + 186 000 000 Euro
Davon fällig:
2028: + 3 500 000 Euro
2029: + 30 000 000 Euro
2030: + 40 000 000 Euro
2031: + 40 000 000 Euro
2032: + 40 000 000 Euro
2033 ff: + 32 500 000 Euro

„a) Zuschuss an das SILB zur Realisierung durch die BIM. Die dem Kriminaltechnischen Institut der Polizei Berlin (KTI) derzeit zur Verfügung stehenden Flächen sind nicht mehr ausreichend bzw. entsprechen nicht mehr dem technisch zeitgemäßen Zustand. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2039 geplant.

b) Einfügung der Erläuterung: „Die KTI soll einen neuen Standort erhalten. Standort spezifische Bauplanungsunterlagen werden erst nach der Entscheidung über den jeweils in Betracht kommenden Standort aufgestellt. Die Gesamtkosten werden auf 190.000.000 € geschätzt. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 23 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89120 (neu) – Neubau von Wachen der Freiwilligen Feuerwehr –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 24

Ansatz 2026: 200 000 Euro
Ansatz 2027: 200 000 Euro

VE 2026: -
VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 6 078 000 Euro
2027: + 2 800 000 Euro

VE 2026: + 3 200 000 Euro

Davon fällig:

2027: 2 800 000 Euro

2028: 400 000 Euro

VE 2027: + 400 000 Euro

davon fällig **2028: + 400 000 Euro**

„a) Ausbuchung aus dem Kernhaushalt

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 24 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89201 (neu) – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 25

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 5 000 000 Euro

2027: + 5 000 000 Euro

VE 2026: + 5 000 000 Euro

davon fällig **2027: + 5 000 000 Euro**

VE 2027: +/- 0

„a) Mehr für Investitionen der Berliner Bäderbetriebe

b) Einfügung der Erläuterung: „Zur Finanzierung von Maßnahmen werden die Mittel für die Berliner Bäder-Betriebe zur Umsetzung der Vorhabenplanung nach dem Bädervertrag für die Entwicklung der Bäderinfrastruktur (grundhafte Sanierung, Modernisierung und Verbesserung von Schwimmbädern einschließlich der für ihren Betrieb erforderlichen technischen Anlagen) eingesetzt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 25 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89222 (neu) – Neubau Schwimmbäder –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 26

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: +4 000 000 Euro

VE 2026: + 4 000 000 Euro

davon fällig **2027: + 4 000 000 Euro**

VE 2027: +/- 0

„a) Neubau von bis zu vier Typen-Schwimmsporthallen

b) Einfügung der Erläuterung: „Zur Neubaufinanzierung von bis zu vier Typen-Schwimmsporthallen werden Mittel für die weitere Entwicklung der Bäderinfrastruktur eingesetzt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 26 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zu.

Kristian Ronneburg (LINKE) weist darauf hin, dass in den Erläuterungen von einer Neubaufinanzierung von bis zu vier Typen-Schwimmhallen die Rede sei. Bisher seien es nur drei gewesen, und zwar in Spandau, Pankow und Marzahn-Hellersdorf. Welche sei die vierte?

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu dieser Frage keine Wortmeldung vorliege.

Maßnahmengruppe 06 (neu)

Titel 81214 (neu) – Waschstraße für die zentrale Wäscherei in der JVA Plötzensee –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 27

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 200 000 Euro

2027: +/- 0

„a) Der Titel wird vom Kapitel 0661, Titel 81214 umgegliedert.

b) Anpassung der Erläuterung:

Erläuterung 2026: „Ersatzbeschaffung Waschstraße in der Wäscherei der JVA

Plötzensee““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 27 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81240 (neu) – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft (verfahrensabhängige IKT) –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 28

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 695 000 Euro

2027: + 2 345 000 Euro

„a) Teilumgliederung vom Kapitel 0610, Titel 81240 (MG 32)

b) Anpassung der Erläuterung:

Erläuterungen 2026:

Erneuerung Hardware (Server+Netzwerk)	435.000 €
Hochleistungsscanner	<u>260.000 €</u>
	695.000 €

Erläuterungen 2027:

Erneuerung Hardware (Server+Netzwerk)	730.000 €
Erneuerung Hardware (Monitore)	1.200.000 €
Erneuerung Hardware (Notebooks)	<u>415.000 €</u>
	2.345.000 €“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 28 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Titel 81254 (neu) – Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit
(Masterplan IMOГ - verfahrensabhängige IKT) –**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 29

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 2 075 000 Euro

2027: + 2 040 000 Euro

VE 2026: + 1 840 000 Euro

davon fällig 2027: + 1 840 000 Euro

VE 2027: + 1 870 000 Euro

davon fällig 2028: + 1 870 000 Euro

„a) Der Titel wird vom Kapitel 0620, Titel 81254 (MG 32) umgegliedert.

b) Anpassung der Erläuterung:

„Die Berliner Amtsgerichte, die Landgerichte und das Kammergericht müssen mit Fachverfahren und Applikationen sowie der zu deren Einsatz erforderlichen Hardware ausgestattet werden, um den IT- gestützten Gerichtsbetrieb sicherzustellen.

Das in Grundbuchsachen eingesetzte, im IT-Länderverbund entwickelte Fachverfahren SolumSTAR wird durch das im Verbund aller Länder und des Bundes in Entwicklung befindliche Bundeseinheitliche Datenbankgrundbuch dabag abgelöst werden.

Das Justizverwaltungsportal wird im Verbund aller Länder weiterentwickelt.

Die Verpflichtungsermächtigungen sind vorgesehen für die Erfüllung der Länderverbundverpflichtungen.“

Zusätzliche Erläuterungen 2026:

Weiterentwicklung des Justizverwaltungsportals im Länderverbund	390.000 €
Weiterentwicklung des Fachverfahrens SolumSTAR im Länderverbund	220.000 €
Entwicklung des Bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuchs (dabag)	965.000 €
Erneuerung Hardware (Server, Netzwerktechnik)	<u>500.000 €</u>
	2.075.000 €

Zusätzliche Erläuterungen 2027:

Weiterentwicklung des Justizverwaltungsportals im Länderverbund	410.000 €
Weiterentwicklung des Fachverfahrens SolumSTAR im Länderverbund	220.000 €
Entwicklung des Bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuchs (dabag)	1.210.000 €
Erneuerung Hardware (Server, Netzwerktechnik)	<u>200.000 €</u>
	2.040.000 €“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 29 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81260 (neu) – KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft (verfahrensunabhängige IKT) –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 30

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 360 000 Euro

2027: + 400 000 Euro

„a) Der Titel wird vom Kapitel 0610, Titel 81260 (MG 31) umgegliedert.

b) Anpassung der Erläuterung:

Erläuterungen 2026:

Hardwareerneuerung Drucker	300.000 €
Hardwareerneuerung (Server+Netzwerk)	<u>60.000 €</u>
	360.000 €

Erläuterungen 2027:

Hardwareerneuerung Endgeräte	200.000 €
Hardwareerneuerung Drucker	120.000 €
Hardwareerneuerung (Server+Netzwerk)	<u>80.000 €</u>
	400.000 €“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 30 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

**Titel 81276 (neu) – Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit
(Masterplan IMOГ - verfahrensunabhängige IKT) –**

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 31

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 31 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 2 050 000 Euro

2027: + 2 050 000 Euro

„a) Der Titel wird vom Kapitel 0620, Titel 81276 (MG 31) umgegliedert.

b) Anpassung der Erläuterung:

Erläuterungen 2026

Hardwareerneuerung Endgeräte	950.000 €
Beschaffung Endgeräte Referendare	600.000 €
Hardwareerneuerung Netzwerkkomponenten	450.000 €
Beschaffung Technik für Moderne Arbeitswelten	<u>50.000 €</u>
	2.050.000 €

Erläuterungen 2027

Hardwareerneuerung Endgeräte	850.000 €
Beschaffung Endgeräte Referendare	500.000 €
Hardwareerneuerung Netzwerkkomponenten	450.000 €
Weiterentwicklung Infrastrukturdienste / Migration SBC	200.000 €
Beschaffung Technik für Moderne Arbeitswelten	<u>50.000 €</u>
	2.050.000 €“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 31 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 07

Titel 70136 (neu) – Investive Maßnahmen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 32

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

VE 2026: + 5 996 000 Euro

VE 2027: + 5 992 000 Euro

„a) Das BEK soll in den Folgejahren aufgestockt werden. Um zeitnah neue Bewilligungen erteilen zu können, werden VE eingestellt. Die VE 2026 und VE 2027 sind redundant und als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Anpassung der Erläuterung:

„Umsetzung von investiven Maßnahmen im Rahmen des klimapolitischen Programms nach § 4 EWG Bln, vor allem im Bereich der Klimaanpassung wie Entsiegelungsprojekte, Kiezbrunnen und im Bereich des Klimaschutzes die Co-Finanzierung von Photovoltaik-Aufständungen bei Gründächern sowie der Einsatz von erneuerbaren Energien. Bauplanungsunterlagen werden kurzfristig und erst nach Entscheidung über die Maßnahme von dem jeweiligen Vorhabenträger aufgestellt.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 32 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 71400 – Investive Maßnahmen in Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes (Grün) –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

[2400 DJ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 33

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 10 000 000 Euro

2027: + 30 000 000 Euro

VE 2026: + 690 000 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 30 000 000 Euro

2028: + 30 000 000 Euro

2029: + 30 000 000 Euro

2030: + 30 000 000 Euro

2031 ff: + 570 000 000 Euro

VE 2027: + 660 000 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 30.000.000

2029: + 30.000.000

2030: + 30.000.000

2031: + 30.000.000

2032 ff: + 540.000.000

„a) Der Titel dient der zukünftigen Finanzierung der Investiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes Berlin (KAnGBln). Die VE 2026 und VE 2027 sind redundant.

b) Anpassung der Erläuterung:

„Der Titel dient der zukünftigen Finanzierung der investiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Klimaanpassungsgesetzes Berlin (KAnGBln).“ Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 33 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 72014 – Neubau von elektrischen Straßenbeleuchtungsanlagen –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 34

Ansatz 2026: 20 000 000 Euro

Ansatz 2027: 20 000 000 Euro

VE 2026: 15 000 000 Euro

VE 2027: 15 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 34 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 10 000 000 Euro

2027: - 10 000 000 Euro

VE 2026: - 5 000 000 Euro

Davon fällig:

2027: 5 000 000 Euro

2028: 5 000 000 Euro

VE 2027: - 5 000 000 Euro

Davon fällig:

2028: 5 000 000 Euro

2029: 5 000 000 Euro

„a) Gegenfinanzierung“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 34 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 72065 (neu) – Investitionen in Fahrbahnen, Gehwege, Radwege (Sanierung) –
hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 35

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 10 000 000 Euro

2027: + 10 000 000 Euro

VE 2026: + 10 000 000 Euro

VE 2027: + 1 000 Euro

„b) Ergänzung der Erläuterung:

„Die Mittel sind vorgesehen für Investitionen in Fahrbahnen, Gehwege und Radwege. Die Verpflichtungsermächtigungen sind zur haushaltsmäßigen Absicherung zur Vergabe von überjährigen Aufträgen bestimmt.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 35 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81136 (neu) – Beschaffung von Fahrzeugen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 36

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 36 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

VE 2026: + 1 000 Euro

VE 2027: + 1 000 Euro

„a) Das BEK soll in den Folgejahren aufgestockt werden. Um zeitnah neue Bewilligungen erteilen zu können, werden VE eingestellt. Die VE 2026 und VE 2027 sind redundant und als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Anpassung der Erläuterung:

„Ausgaben zur Beschaffung von E-Fahrzeugen und Fahrrädern im Rahmen des klimapolitischen Programms nach § 4 EWG Bln, d.h. Dekarbonisierung der Fahrzeugflotte, für die keine oder nicht ausreichende andere Programmmittel zur Verfügung stehen“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.

Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 36 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 88308 (neu) – Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung - BENE II - (Förderperiode 2021-2027) –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
[Haupt](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 37

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 37 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

VE 2026: + 9 999 000 Euro

VE 2027: + 9 999 000 Euro

„a) BENE-Mittel sollen in den Folgejahren aufgestockt werden. Um zeitnah neue Bewilligungen erteilen zu können, werden VE eingestellt. Die VE 2026 und VE 2027 sind redundant und als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Ergänzung der Erläuterung:

,BENE 2 fördert Maßnahmen zur Senkung von CO2-Emissionen der vorangehenden Umweltförderprogramme. Auf Grundlage einer Ermittlung der Bedarfe des Landes Berlin für eine Förderung aus dem EFRE in Abstimmung mit den zuständigen Verwaltungen unter Berücksichtigung und Verzahnung mit den klimaschutzpolitischen Programmen und Zielstellungen richtet sich BENE 2 im Einzelnen auf Energieeffizienzmaßnahmen, die Förderung intelligenter Energiesysteme und -speicher, einer nachhaltigen CO2-neutralen Mobilität sowie Maßnahmen zum Umbau und zur baulichen Anpassung von grüner und blauer Infrastruktur. Siehe auch Erläuterung zu Titel 88309 im Kapitel 0710 MG03.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

André Schulze (GRÜNE) gibt an, er habe es bisher so verstanden, dass im Sondervermögen 20 Millionen Euro für das BENE-Programm vorgesehen seien. Zu den Verpflichtungsermächtigungen – VE – sei aber nun festgehalten, dass die VE für die Jahre 2026 und 2027

redundant und als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen seien. Seien in diesem Titel also doch nur 10 Millionen Euro für das BENE-Programm vorgesehen?

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass zu dieser Frage keine Wortmeldung vorliege.

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 37 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zu.

**Titel 89101 (neu) – Zuschüsse an die BWB für Maßnahmen nach dem
Klimaanpassungsgesetz –**

hierzu:

Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (rote Nummer 2400 DJ) [2400 DJ-1](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
Austauschseite: lfd. Nr. 38

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 38 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 20 000 000 Euro

VE 2026: + 300 000 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 20 000 000 Euro

2028: + 20 000 000 Euro

2029: + 20 000 000 Euro

2030: + 20 000 000 Euro

2031ff: + 220 000 000 Euro

VE 2027: + 280 000 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 20 000 000 Euro

2029: + 20 000 000 Euro

2030: + 20 000 000 Euro

2031: + 20 000 000 Euro

2032ff: + 200 000 000 Euro

„a) Zuschüsse an die Berliner Wasserbetriebe, um Kreditmittel zur Umsetzung der neuen Aufgaben nach dem Klimaanpassungsgesetz zu realisieren. Aus den Mitteln werden unter anderem Maßnahmen für die Straßenregenentwässerungsanlagen im öffentlichen Straßenland in Trenn- und Mischsystemen finanziert.

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Die Verpflichtungsermächtigungen werden zur haushaltsmäßigen Absicherung überjähriger Maßnahmen veranschlagt. Die Zuschüsse sind zur Finanzierung bzw. anteiligen Finanzierung des Neu- und Umbaus von Straßenregenentwässerungsanlagen in Trenn- und Mischsystemen erforderlich, einschließlich Grundstücks-kaufen, insbesondere

- zur Umsetzung kommunaler Straßenbaumaßnahmen
- auf Grund betrieblicher Notwendigkeiten und
- im Zusammenhang mit Baumaßnahmen Dritter.

Maßnahmen zum Schutz bzw. zur Verbesserung der Qualität der Berliner Gewässer bzw. des Grundwassers, wie z. B. der Bau von Regenklärbecken, Bodenfilteranlagen und Sandfängen sowie von Regenrückhaltebecken und Schwellenerhöhungen, werden teilweise auch aus Kapitel 0720, Titel 89101, finanziert.

Die VE 2026 und VE 2027 sind redundant.

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 38 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ-1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89136 (neu) – Zuschüsse an öffentliche Unternehmen für Investitionen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 39

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

VE 2026: + 1 000 Euro

VE 2027: + 1 000 Euro

„a) Das BEK soll in den Folgejahren aufgestockt werden. Um zeitnah neue Bewilligungen erteilen zu können, werden VE eingestellt. Die VE 2026 und VE 2027 sind als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Die Ausgaben sind vorgesehen für Zuschüsse für Investitionen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende, insbesondere in Bezug auf das EWG Bln sowie der gesetzlichen Vorgaben des Klimaanpassungsgesetzes (KAnG) und des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) wie bspw. Energieeffizienzmaßnahmen oder Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Wärme und als Kofinanzierung bei Inanspruchnahme von Fördermitteln aus Bundes- und EU-Mitteln).““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 39 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89220 (neu) – Zuschüsse an private Unternehmen im Rahmen des Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung - BENE II - (Förderperiode 2021-2027) –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 40

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 40 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

VE 2026: + 1 000 Euro
VE 2027: + 1 000 Euro

„a) BENE-Mittel sollen in den Folgejahren aufgestockt werden. Um zeitnah neue Bewilligungen erteilen zu können, werden VE eingestellt. Die VE 2026 und VE 2027 sind redundant und als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Auf Grundlage einer Ermittlung der Bedarfe des Landes Berlin für eine Förderung aus dem EFRE in Abstimmung mit den zuständigen Verwaltungen unter Berücksichtigung und Verzahnung mit den klimaschutzpolitischen Programmen und Zielstellungen richtet sich BENE 2 im Einzelnen auf Energieeffizienzmaßnahmen, die Förderung intelligenter Energiesysteme und -speicher, einer nachhaltigen CO2-neutralen Mobilität sowie Maßnahmen zum Umbau und zur baulichen Anpassung von grüner und blauer Infrastruktur. Siehe auch Erläuterung zu Titel 89220 im Kapitel 0710 MG03.“

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 40 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89236 (neu) – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 41

Ansatz 2026: 0
Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0
VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 41 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro
2027: + 1 000 Euro

VE 2026: + 1 000 Euro
VE 2027: + 1 000 Euro

„a) Das BEK soll in den Folgejahren aufgestockt werden. Um zeitnah neue Bewilligungen erteilen zu können, werden VE eingestellt. Die VE 2026 und VE 2027 sind als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Zuschüsse an private Unternehmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende, insbesondere in Bezug auf das EWG Bln sowie der gesetzlichen Vorgaben des Klimaanpassungsgesetzes (KAnG) und des Wärmeplanungsgesetzes (WPG) und als Kofinanzierung bei Inanspruchnahme von Fördermitteln aus Bundes- und EU-Mitteln.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 41 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89336 (neu) – Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen für Investitionen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

[2400 DJ](#)

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 42

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 42 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

VE 2026: + 1 000 Euro

VE 2027: + 1 000 Euro

„a) Das BEK soll in den Folgejahren aufgestockt werden. Um zeitnah neue Bewilligungen erteilen zu können, werden VE eingestellt. Die VE 2026 und VE 2027 sind als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Zuschüsse an natürliche Personen und gemeinnützige Einrichtungen im Zusammenhang mit der Umsetzung investiver Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende, insbesondere in Bezug auf das EWG Bln sowie

der gesetzlichen Vorgaben des Klimaanpassungsgesetzes (KAnG) und des Wärmeplanungsgesetzes (WPG), für die keine oder nicht ausreichende andere Programmmittel zur Verfügung stehen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 42 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89436 (neu) – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für Investitionen für Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der [2400 DJ](#)
Fraktion der SPD [Haupt](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 43

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 43 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 1 000 Euro

VE 2026: + 1 000 Euro

VE 2027: + 1 000 Euro

„a) Das BEK soll in den Folgejahren aufgestockt werden. Um zeitnah neue Bewilligungen erteilen zu können, werden VE eingestellt. Die VE 2026 und VE 2027 sind als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen im Zusammenhang mit der Umsetzung investiver Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmewende, insbesondere in Bezug auf das EWG Bln sowie der gesetzlichen Vorgaben des Klimaanpassungsgesetzes (KAnG) und des Wärmeplanungsgesetzes (WPG), für die keine oder nicht ausreichende andere Programmmittel zur Verfügung stehen.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 43 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89462 (neu) – Infrastrukturmaßnahmen Tiefe Geothermie –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD **2400 DJ**
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 44
Haupt

Ansatz 2026: 0
Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0
VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 44 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: +/- 0
2027: +/- 0

VE 2026: + 35 000 000 Euro
VE 2027: + 35 000 000 Euro

„a) Der Titel dient der zukünftigen Finanzierung des Entwicklungsvorhabens zur Erkundung des geologischen Untergrunds (Erdwärme Berlin). Die VE 2026 und VE 2027 sind redundant und als Jahresbetrag für 2028 vorgesehen.

b) Ergänzung der Erläuterung:

Der Titel dient der zukünftigen Finanzierung des Entwicklungsvorhabens zur Erkundung des geologischen Untergrunds (Erdwärme Berlin)

c) Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Sperrvermerk: Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 44 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 08 (neu)

Titel 89124 (neu) – Zuschuss an das SILB zur Neustrukturierung und Sanierung des Bröhan-Museums

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 45

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

VE 2026: 0

VE 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 45 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 Euro

2027: + 2 000 000 Euro

VE 2026: + 21 500 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 2 000 000 Euro

2028: + 6 000 000 Euro

2029: + 5 000 000 Euro

2030: + 5 000 000 Euro

2031ff: + 3 500 000 Euro

VE 2027: + 20 000 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 6 000 000 Euro

2029: + 5 000 000 Euro

2030: + 5 000 000 Euro

2031: + 3 500 000 Euro

2032: + 500 000 Euro

„a) Absicherung der Neustrukturierung und Sanierung des Bröhan-Museums

b) Ergänzung der Erläuterung:

„Durch die Neustrukturierung und Sanierung wird das Bröhan-Museum nachhaltig in die Lage versetzt, zeitgemäße und angemessene Sonder- und Dauerausstellungsformate zu gestalten, die eigene Sammlung zu bewahren, den Anforderungen des internationalen Leihverkehrs gerecht zu werden und die Vermittlungs- und Bildungsarbeit

durch eine räumlich adäquate Ausstattung durchzuführen. Ein geprüftes Bedarfsprogramm vom 04.12.2020 mit Gesamtkosten in Höhe von 22.250.000 € (Kostenstand III/2020) liegt vor. Die Maßnahme soll weitergeführt werden.

Im Jahr 2024 erfolgten die Verfahren zur Vergabe der Planungsleistungen gemäß Vergabeverordnung (VgV). Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind für die Beauftragung der BIM GmbH vorgesehen. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt und gesperrt. Es wird erwartet, dass Bauplanungsunterlagen im Jahre 2027 vorliegen werden.

Finanzierung:

Bis 2025	250.000 €
2026	1.000 €
2027	2.000.000 €
2028 ff.	20.000.000 €
Summe:	22.250.000 €

Angaben zu den Lebenszykluskosten können im Zuge der Erstellung der Bauplanungsunterlage (BPU) ermittelt werden. Die bauliche Fertigstellung ist für das Jahr 2031 vorgesehen, sodass die Baumaßnahme im Jahre 2032 schlussgerechnet wird. Zu diesem Zeitpunkt der baulichen Fertigstellung können die Gesamtkosten baupreisindiziert 42.075.000 € betragen.

c) Einfügung Sperrvermerk:

Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.

Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 45 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 09

Titel 89235 – Zuschüsse für Investitionen aus dem Transformationsfonds an Krankenhäuser nichtöffentlicher Träger –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

[2400 DJ](#)

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 46

Ansatz 2026: 5 000 000 Euro

Ansatz 2027: 10 000 000 Euro

VE 2026: 958 000 000 Euro
VE 2027: 945 000 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 46 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 20 000 000 Euro
2027: + 20 000 000 Euro

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Es handelt sich um eine Veränderung der Jahresscheiben“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 46 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89479 (neu) – TU Berlin, Erneuerung von zwei Umspannwerken –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 47

Ansatz 2026: -
Ansatz 2027: -

VE 2026: -
VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 47 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 600 000 Euro
2027: + 5 000 000 Euro

VE 2026: + 24 400 000 Euro
Davon fällig:
2027: + 5 000 000 Euro
2028: + 6 800 000 Euro
2029: + 7 300 000 Euro
2030: + 4 300 000 Euro
2031: + 1 000 000 Euro

VE 2027: + 19 400 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 6 800 000 Euro

2029: + 7 300 000 Euro

2030: + 4 300 000 Euro

2031: + 1 000 000 Euro

„a) Die TU Berlin hat zwei Hochspannungseinspeisungen, welche die TU fast ausfallsicher mit Elektroenergie versorgen. Die zur Umspannung erforderlichen Umspannwerke sind am Ende ihrer Lebensdauer angekommen. Damit eine gesicherte Stromversorgung weiterhin möglich ist, sind beide Anlagen zu ertüchtigen.

b) Einfügung der Erläuterung:

„Erneuerung der Umspannwerke der TU Berlin. Hierzu sind die Trafos und auch die zugehörigen Schaltanlagen vollständig zu erneuern. Zudem muss die Infrastruktursversorgung für die neuen Trafos angepasst und entsprechend umgebaut werden. Die Maßnahmen erfolgen am Campus Charlottenburg an den Standorten an der Straße des 17. Juni 136 bzw. in der Hardenbergstraße 36 in 10623 Berlin-Charlottenburg. Eine Machbarkeitsstudie liegt vor. Die Dauer der Maßnahme einschließlich Planung wird auf 5 bis 6 Jahre geschätzt. Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.“

c) Einfügung Sperrvermerk:

„Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.

Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 47 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89480 (neu) – FU Berlin, Mittelspannungsverteilung Dahlem –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

[2400 DJ](#)

Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 48

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 48 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 500 000 Euro

2027: + 1 500 000 Euro

VE 2026: + 18 500 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 1 500 000 Euro

2028: + 5 000 000 Euro

2029: + 5 000 000 Euro

2030: + 5 000 000 Euro

2031: + 2 000 000 Euro

VE 2027: + 17 000 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 5 000 000 Euro

2029: + 5 000 000 Euro

2030: + 5 000 000 Euro

2031: + 2 000 000 Euro

„a) Über 50 % der Mittelspannungsstationen einschließlich vieler Kabel am Campus Dahlem, Düppel, Lankwitz und Botanischer Garten der FU Berlin sind veraltet und sanierungsbedürftig. Die Erneuerung dient der Versorgungssicherheit, insbesondere für die kritischen Bereiche wie Forschungslabore, IT, Tierhaltung und zentrale Einrichtungen.

b) Einfügung der Erläuterung:

„Erneuerung einer Vielzahl von Mittelspannungsstationen einschließlich Kabel der FU Berlin. Mit der Maßnahme soll ein erster Teil des Verteilungssystems saniert werden, um die Betriebsfähigkeit, Sicherheit und Resilienz der Universität dauerhaft zu sichern und das Risiko folgenschwerer Ausfälle zu minimieren. Nächster Planungsschritt ist die Grundlagenermittlung. Eine Maßnahme befindet sich bereits in der Ausführungsplanung. Die Dauer der Maßnahmen wird auf ca. 5 Jahre geschätzt. Die Ausgaben und die Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.“

c) Einfügung Sperrvermerk:

„Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.

Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 48 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 11

Titel 89355 (neu) – Zuschüsse für die Errichtung eines Wohnheimes für Auszubildende –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 49

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 49 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 4 000 000 Euro

2027: + 8 000 000 Euro

VE 2026: + 9 500 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 8 000 000 Euro

2028: + 1 500 000 Euro

VE 2027: + 4 000 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 4 000 000 Euro

„a) Errichtung eines Wohnheims für Auszubildende. Zielgruppe sind Personen, die im Land Berlin ihre Ausbildung gem. BBiG absolvieren. Es sollen ca. 149 Plätze geschaffen werden

b) Einfügung der Erläuterung:

„Errichtung eines Wohnheims für Auszubildende. Zielgruppe sind Personen, die im Land Berlin ihre Ausbildung gem. Berufsbildungsgesetz (BBiG) absolvieren. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind im Hinblick auf den dringenden Handlungsbedarf nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 49 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89356 (neu) – Zuschüsse für die Schaffung neuer Frauenschutzplätze –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD 2400 DJ
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 50

Ansatz 2026: -
Ansatz 2027: -

VE 2026: -
VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 50 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 2 000 000 Euro
2027: + 5 000 000 Euro

VE 2026: + 5 000 000 Euro
Davon fällig:
2027: + 5 000 000 Euro

VE 2027: + 3 000 000 Euro
Davon fällig:
2028: + 3 000 000 Euro

„a) Investive Mittel für die Schaffung neuer Frauenschutzplätze sowie den Bestands-
erhalt bestehender Frauenschutzplätze. Schutzplätze werden u.a. bereitgestellt in
Frauenhäusern, der Clearingstelle und in Frauenschutzwohnungen

b) Einfügung der Erläuterung:
Schaffung neuer sowie den Bestandserhalt bestehender Frauenschutzplätze.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 50 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der
Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 81268 (neu) – Digitalisierung im Schwerbehindertenrecht –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 51

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 51 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 500 000 Euro

2027: + 230 000 Euro

VE 2026: + 630 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 230 000 Euro

2028: + 230 000 Euro

2029: + 170 000 Euro

VE 2027: +/- 0

„a) Für die Beschaffung und Einführung einer Softwarelösung

b) Einfügung der Erläuterung:

„Investive Beschaffungen für ein IT-Fachverfahrens zur Erhöhung der Digitalisierungsreife des Feststellungsverfahrens im Schwerbehindertenrecht.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 51 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 12

Titel 70201 (neu) – Unterschwellige gewerkeweise Sanierungen von Schulgebäuden

hierzu:

Austauschseite zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD (rote Nummer 2400 DJ) [2400 DJ-1](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
Austauschseite: lfd. Nr. 52

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 52 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 30 000 000 Euro

2027: + 30 000 000 Euro

VE 2026: + 30 000 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 30 000 000 Euro

VE 2027: + 30 000 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 30 000 000 Euro

„a) Neues Programm für serielle Sanierungen

b) Einfügung der Erläuterung:

„Der Titel dient der Durchführung von Sanierungen akut havariegefährdeter Schulen. Grundsätzlich ist vorgesehen, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen diese Sanierungen im Rahmen standardisierter Verfahren in Amtshilfe für die Bezirke vornimmt.“

c) Einfügung Sperrvermerk:

„Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.
Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 52 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ-1 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89325 (neu) – Investive Zuschüsse zur Sanierung von Kulturimmobilien –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 53
Haupt

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

Änderungsantrag Nr. 53 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 000 Euro

2027: +/- 0

„a) 1 Mio. Euro sind für die Sanierung im Kino International, letzte Ausbaustufe, vorgesehen. Es besteht eine Kofinanzierung durch den Bund

b) Einfügung der Erläuterung:

„Investiver Zuschuss zur Sanierung des Kino International““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 53 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89360 (neu) – Zuschüsse für Programme der Städtebauförderung –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 54
Haupt

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

Änderungsantrag Nr. 54 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 627 000 Euro

2027: + 4 171 000 Euro

„a) Landesseitige Kofinanzierung zur Inanspruchnahme der zusätzlichen Bundesmittel für die Städtebauförderung (s. Änderungsanträge zu Kapitel 1240). Die Umsetzung erfolgt durch Mittelzusagen aus 2980 an den betreffenden Bezirk im Rahmen der Auftragswirtschaft. Das Controlling erfolgt durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

b) Einfügung der Erläuterung:

„Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel zur Inanspruchnahme der erhöhten Bundesmittel für die Städtebauförderung (Kapitel 1240)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 54 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89364 (neu) – Zuschüsse für Maßnahmen zur Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tempelhof –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 55

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

Änderungsantrag Nr. 55 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 1 000 000 Euro

2027: +/- 0

„a) 1 Mio. Euro sind für die Tempelhof Projekt GmbH für die Anschaffung technischer Ausstattung zur Durchführung von Kulturveranstaltungen vorgesehen

b) Einfügung der Erläuterung:

„Die Mittel sind für die Schaffung der technischen Voraussetzungen sowie die Anschaffung technischer Ausstattung zur Durchführung von Kulturveranstaltungen auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof vorgesehen“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 55 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89366 (neu) – Zuschüsse an die Tegel Projekt GmbH für Erschließungsmaßnahmen UTR (Regenwasser, Verkehr, Baustraßen) –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD [2400 DJ](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 56

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 56 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 25 400 000 Euro

2027: + 42 200 000 Euro

VE 2026: + 42 200 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 42 200 000 Euro

VE 2027: + 62 400 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 62 400 000 Euro

„a) Ergänzend soll auf GRW-Förderung zurückgegriffen werden.

b) Einfügung der Erläuterung:

„Die Mittel werden unter anderem für Grundlagenermittlung, Bauvorbereitung sowie Baukosten eingesetzt. Durch die Realisierung der Erschließungsmaßnahmen im Bereich der UTR werden die Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen geschaffen. Die Maßnahmen sollen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert werden. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.“

c) Einfügung Sperrvermerk:

„Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.

Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 56 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 89367 (neu) – Zuschüsse an die Tegel Projekt GmbH für Terminal B (UTR) –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD **2400 DJ**
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Kapitel 2980
hier: Nr. 57
Haupt

Ansatz 2026: -

Ansatz 2027: -

VE 2026: -

VE 2027: -

Änderungsantrag Nr. 57 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 13 700 000 Euro

2027: + 35 100 000 Euro

VE 2026: + 35 100 000 Euro

Davon fällig:

2027: + 35 100 000 Euro

VE 2027: + 20 600 000 Euro

Davon fällig:

2028: + 20 600 000 Euro

„a) Ergänzend sollen Wege alternativer Finanzierung eingesetzt werden

b) Einfügung der Erläuterung:

„Die Mittel werden eingesetzt für Grundlagenermittlung, Bauvorbereitung sowie Baukosten im Zusammenhang mit der Instandsetzung und dem Umbau des Bestandsgebäudes Terminal B für die geplanten Nachnutzung als Gründungs- und Innovationszentrum. Das Gebäude wird zur Schaffung einer modernen Arbeitsumgebung für Startups sowie Gründerinnen und Gründer modernisiert (Vollsanierung). Geprüfte Vorplanungsunterlagen vom 11. November 2021 liegen vor, die festgesetzten Gesamtkosten betragen 118.609.000 €. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind nach § 24 Abs. 3 LHO veranschlagt.“

c) Einfügung Sperrvermerk:

„Die Verpflichtungsermächtigung im 1. Planjahr ist gesperrt.

Die Verpflichtungsermächtigung im 2. Planjahr ist gesperrt.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 57 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Maßnahmengruppe 15

Titel 81257 (neu) – Digitalisierung der Personalverwaltung, insbesondere Serviceorientiertes Personalmanagement, SPM –

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2400 DJ
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29

hier: Kapitel 2980

hier: Nr. 58

Ansatz 2026: 0

Ansatz 2027: 0

Änderungsantrag Nr. 58 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 20 000 000 Euro

2027: + 30 000 000 Euro

„b) Ergänzung der Erläuterung:

„Die veranschlagten Mittel dienen insbesondere der Finanzierung des Digitalisierungsprojekts Serviceorientiertes Personalmanagement (SPM) im Land Berlin. Das Projekt schafft eine einheitliche, moderne Systemlösung zur Abbildung aller personalwirtschaftlichen Prozesse (u. a. Ausschreibung, Einstellung, Personalentwicklung, Stellenmanagement, Bezügeabrechnung). Die Mittel umfassen insbesondere:

- Aufbau der technischen Umgebungen (Entwicklung, Test, Referenz, Produktion)
- Beschaffung abschreibungsfähiger Softwarelizenzen
- Leistungen zur Einführung und Implementierung der SPM-Systemlösung durch externe Anbieter.““

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 58 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DJ der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass es sich bei den Änderungsanträgen Nr. 59 und Nr. 60 um Doppelungen zu Anträgen aus der Vorlage rote Nr. 2400-DI handele; sie würden im Kapitel 2990 – Vermögen – aufgerufen.

Kapitel 2990 – Vermögen –

Mitberaten wird:

- a) Vertraulicher Bericht Senat von Berlin – Fin I A 1 – vom 18.11.2025 [1872 G](#)
Klimapakt 2025-2030 – Gemeinsame Erklärung des Landes Berlin mit bedeutenden Landesunternehmen zur beschleunigten Erreichung ihrer Klimaschutzziele
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025, aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025, 76. Sitzung vom 14.05.2025, aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024 und aus der 65. Sitzung vom 04.09.2024)
- b) Vertraulicher Bericht SenFin – I BfdH 1 – vom 29.10.2025 [2469](#)
Anlage 8 Haushaltsgesetz 2026/2027 und Eigenkapitalzuführungen an landeseigene Unternehmen
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025 und aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

André Schulze (GRÜNE) gibt an, er wolle eine Frage zum Controlling stellen: Im Rahmen des Klimapakts sei eine ganze Reihe von Maßnahmen vereinbart worden. Welches Kontrollinstrument gebe es vonseiten des Senats, um die erfolgreiche Umsetzung – sowohl der Investitionen, aber auch der damit verbundenen Klimaziele – zu gewährleisten? Wie werde die Zweckbindung der Eigenkapitalzuführungen gewährleistet und vom Senat überwacht? – In der Vorlage werde auch darauf verwiesen, dass es die Möglichkeit geben könne, dass über den Anteil des Bundes am Sondervermögen oder auch über den Klima- und Transformationsfonds – KTF – weitere Maßnahmen gefördert werden könnten. Wann sei hier ein geeigneter Zeitpunkt, um noch einmal über die Beschlusslagen zu berichten?

Mit Blick auf die Laufzeit des Klimapakts sei bisher der Zeitraum bis 2030 abgedeckt; danach würden die Dekarbonisierungsziele und -maßnahmen vager. Sei eine Fortschreibung des Klimapakts im Senat in regelmäßigen Zeiträumen geplant? Gebe es schon Planungen seitens des Senats oder konkrete Verabredungen mit den Unternehmen, wie oft man den Pakt fortgeschreiben wolle?

Dr. Michael Efler (LINKE) gibt an, seine Fraktion halte es für grundsätzlich richtig und wichtig, die öffentlichen Investitionen im Rahmen des Klimapakts beträchtlich auszuweiten. Er verstehe den Pakt auch als eine verspätete Umsetzung des Klimasondervermögens, das im Land Berlin leider gescheitert sei. Man könne nun einer Vorbildwirkung gerecht werden, die auch das Energiewende- und Klimaschutzgesetz vorschreibe; zudem könne der Klimaschutz sozial umgesetzt werden. Dies gelte insbesondere für die Wärmepreise, die stabilisiert werden müssten.

Der Klimapakt legitimiere jedoch nicht die Kürzungen im Kernhaushalt: Diese Kürzungen seien nicht komplett zurückgenommen worden. Auch aus dem Sondervermögen wären aus Sicht der Linken noch mehr Investitionen im Bereich Klimaschutz möglich gewesen. – Dass den Unternehmen Berliner Energie und Wärme – BEW – und Stromnetz Berlin GmbH Schlüsselrollen zugewiesen würden, sei richtig: Es zeige sich auch erneut, wie wichtig die Rekommunalisierung beider Unternehmen gewesen sei. Ohne den Rückkauf wäre eine derart abgestimmte Investitionsplanung und das Hebeln von Investitionen in dieser Weise nicht möglich gewesen.

In den letzten Jahren seien Klimaschutzvereinbarungen mit einzelnen öffentlichen Unternehmen getroffen worden. Würden diese durch den Klimapakt ersetzt, oder sollten sie parallel zum Klimapakt weitergeführt werden? – Im Kontext konkreter Unternehmen frage er weiterhin, warum der Flughafen in der Auflistung der Unternehmen fehle: Lägen die Gründe in der Minderheitenbeteiligung oder der Verortung in Brandenburg? – Zur BIM sei festgehalten, dass dem Unternehmen 22 Millionen Euro jährlich zur Verfügung ständen, dass der Bedarf, um die gesetzlichen Klimaschutzziele Berlins umzusetzen, allerdings bei 146 Millionen Euro liege. Es gebe hier also eine Lücke von 120 Millionen Euro. Es sei festgehalten, dass an einer Lösung gearbeitet werde. Sei eine solche Lösung schon gefunden worden? – Rechtlich sei die BIM nicht selbstständig, weswegen keine Eigenkapitalszuführung möglich sei.

Durch das Gesetz zum Baumentscheid seien viele neue Aufgaben auf das Land Berlin und auf die Berliner Wasserbetriebe zugekommen. Diese Aufgaben seien aus Sicht seiner Fraktion noch nicht im Klimapakt abgebildet: Inwieweit könnten die Investitionen, die sich im Bereich Wasser ergäben und nicht über das Sondervermögen abgedeckt werden könnten, nachträglich eingearbeitet werden? Oder seien die neuen Aufgaben in der Planung der Wasserbetriebe schon berücksichtigt? – Zu der Frage, welche Auswirkungen der Klimapakt auf die öffentlichen Wohnungsbauunternehmen haben werde, schlage Die Linke eine gesonderte Beratung vor.

André Schulze (GRÜNE) ergänzt, dass auch seine Fraktion zum Bereich der Landeseigenen Wohnungsunternehmen – LWU – einige Fragen nachreichen wolle. Die Investitionspläne seien im Klimapakt nur auszugsweise enthalten, was aufgrund ihrer Länge verständlich sei. Gleichzeitig sei die Überschneidung mit der Dekarbonisierung der Fernwärme sehr groß. Die offenen Fragen könnten jedoch besser in einem schriftlichen Bericht und mit einem eigenen Diskussionspunkt geklärt werden.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) führt aus, dass ein Controlling selbstverständlich geplant sei: Es solle jährlich stattfinden und Teil des umfangreichen Monitorings über die Beteiligungsunternehmen sein. Es werde über den Beteiligungsbericht zugänglich.

Zum Thema der Fortschreibungen der Ziele im Bereich der CO₂-Einsparungen sei zu sagen, dass der Senat mit den Unternehmen sogenannte Zielbilder beschließe. In diesem Zusammenhang werde es eine Fortschreibung mit gegebenenfalls notwendigen Anpassungen geben. Es gebe bereits beschlossene und auch noch laufende Klimaschutzvereinbarungen der Landesunternehmen; diese blieben vom Klimapakt unberührt. Die Klimaschutzvereinbarungen ließen also weiter. Gleichzeitig seien die Vereinbarungen aus dem Klimapakt, die mit den Unternehmen geschlossen worden seien, gleichwertig mit den Klimaschutzvereinbarungen nach

§ 13 EWG – Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetz. Es bestehe also in gewisser Weise eine Parallelität.

Mit Blick auf den Flughafen müsse die Frage gestellt werden, wo Unterstützung gebraucht werde oder notwendig sei, um die Zielvorgaben zu erreichen. Die Frage nach der BIM solle im Zuge der Berichtsbitte schriftlich beantwortet werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält dies so fest. Der Bericht unter a) sei auch an den Unterausschuss für Beteiligungsmanagement und Controlling überwiesen worden.

André Schulze (GRÜNE) fragt nach, ob die Eigenkapitalzuführungen zweckgebunden für konkrete Maßnahmen seien. Sie seien ohnehin qualifiziert gesperrt und müssten vor der Entsperrung vom Hauptausschuss beraten werden; er frage trotzdem, wie bei der Eigenkapitalzuführung sichergestellt werde, dass diese für Investitionen in den Klimaschutz genutzt würden.

Dr. Michael Efler (LINKE) hält fest, die Gleichwertigkeit der Klimaschutzvereinbarungen halte er für richtig. Sei es für die Zukunft nicht aber sinnvoll, sich auf ein Instrument zu verständigen? – Zur BIM warte er gespannt auf die schriftliche Beantwortung der Fragen; ihn interessiere, in welche Richtung bei der Suche nach einer Lösung gedacht werde. Sollte der Senat hierzu bereits etwas ausführen können, wäre er dankbar. – Zuletzt wolle er wissen, warum bei Vivantes und bei den Berliner Bäder-Betrieben keine Hebelungswirkung über Fremdfinanzierungen möglich sei. So sei es im Klimapakt festgehalten.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) weist darauf hin, dass sich Vivantes in der Konsolidierungsphase befindet. Der Kurs werde vom Senat unterstützt. Man sei auf einem guten Weg; trotzdem sei das Unternehmen derzeit nicht kreditfähig. Aus diesem Grund könne auch keine Hebelungswirkung eintreten. – Die Fragen zur BIM würden schriftlich beantwortet.

Die Hinweise auf die qualifizierten Sperren der Eigenkapitalzuführungen seien richtig: Alle Eigenkapitalzuführungen im Rahmen des Klimapakts müssten im Hauptausschuss vorgelegt und genehmigt werden. Es sei geplant, in diesem Kontext dann auch Ausführungen dazu vorzulegen, wie konkret auf die Maßnahme bezogen das Monitoring der Zweckbindung erfolgen solle. – Die zwei verschiedenen Instrumente der Klimaschutzvereinbarungen und des Klimapakts wolle man im Laufe der Zeit prüfen und evaluieren, um schlussendlich nur ein Instrument festzulegen.

Dr. Michael Efler (LINKE) kündigt an, seine Fraktion wolle schriftliche Fragen nachreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt nimmt diesen Hinweis auf und stellt fest, dass ansonsten keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen vorlägen. Die Berichte rote Nr. 1872 G und rote Nr. 2469 würden somit zur Kenntnis genommen.

Titel 83106 – Kapitalzuführung an die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 24

Ansatz 2026: 41 997 000 Euro

Ansatz 2027: 2 511 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: + 40 000 000 Euro

2027: + 80 000 000 Euro

„a) Aufgrund von Verschiebungen im S-Bahn-Vergabeverfahren SBSNS-II entsteht ein Mehrbedarf für vertraglich verpflichtete Anzahlungen für Fahrzeuge, Zugüberlassungssystem und Werkstätten im Jahr 2026 i. H. v. rd. 40,0 Mio. Euro. Sollte es zu weiteren Verschiebungen im Vergabeverfahren kommen, werden die Eigenkapitalzuführungen i. H. v. insgesamt 80 Mio. Euro im Jahr 2027 benötigt.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 24 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DI der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Titel 83149 – Kapitalzuführung an die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 DI](#)
Haupt

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29
hier: Nr. 25

Ansatz 2026: 244 200 000 Euro

Ansatz 2027: 1 000 Euro

Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

2026: - 59 200 000 Euro

2027: +/- 0

„a) Für die im November 2025 erfolgreich abgeschlossene Anschlussfinanzierung der 2026 auslaufenden Bankkredite benötigt die FBB eine letzte Eigenkapitalzuführung ihrer Gesellschafter in Höhe von 500 Mio. Euro (Anteil Berlin 185 Mio. Euro). Die von den Gesellschaftern zugesicherte Summe von bis zu 660 Mio. Euro (Anteil Berlin 244,2 Mio. Euro) wird damit seitens der FBB nicht vollständig ausgeschöpft, sodass der Ansatz 2026 um 59,2 Mio. Euro reduziert werden kann.“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 25 aus der Vorlage rote Nr. 2400 DI der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD ohne Aussprache zu.

Kapitel 2991 – Immobilienbezogene Sondervermögen –

Titel 12121 – Rückfluss aus dem Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Die Linke [2400 CU](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 29 Haupt
hier: Nr. 8

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag Nr. 8 aus der Vorlage rote Nr. 2400 CU der Fraktion Die Linke ohne Aussprache abzulehnen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, das Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten – werde zur 95. Sitzung zurückgestellt.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.